

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inflations-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Rollen-
 gelle oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 80 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schick-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Insetate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: halbjährlich 3,00 RM., monatlich 1,10 RM.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnements-Preis: 1,10 RM. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich, Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 16. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Blutarbeit.

Von dem erfreulichen Verlauf der gewaltigen Wahlrechts-
 umgebung des preussischen Proletariats, von diesem glänzenden
 experimentellen Beweis für die politische Reife der Arbeiterschaft
 und für die Sicherheit der Straßen und der Passanten bei un-
 gestörten sozialdemokratischen Strahendemonstrationen haben
 sich um so greller die grauenvollen Polizeiatacken von Halle,
 Frankfurt a. M., Königsberg, und
 Neumünster ab. Je mehr Einzelheiten über die
 Taten der Ordnungshüter bekannt werden, um so
 mehr vertieft sich der empörende Eindruck. Um so
 mehr, als der ruhige, würdige Verlauf der Demon-
 strationen im übrigen Preußen, in der großen überwiegenden
 Mehrzahl der Städte in überzeugender Weise zeigt, daß nur
 das sinnlose Vorgehen der Polizei und nichts als das
 sinnlose Vorgehen der Polizei für die traurigen
 Ereignisse verantwortlich ist. Die Wahrung der öffentlichen
 Sicherheit und des Verkehrs durch die Arbeiter ist prächtig
 gelungen — Frauen und Kinder, Greise und
 Gebrechliche konnten ungehindert und un-
 gefährdet die Straßen passieren, die von den Tausenden
 der Demonstranten durchzogen wurden! Wo aber die Polizei
 angeblich die öffentliche Sicherheit und den Verkehr gegen die
 demonstrierenden Proletarier wahren mußte, da sind Frauen
 und Kinder, Greise und Gebrechliche in ärgste
 Gefahr geraten, da ward die Straße zum Schlachtfeld, das
 kein Unbeteiligter betreten durfte, ohne seine Knochen aufs
 schlimmste zu gefährden!

Sinnlose Blutarbeit hat die Polizei der vier Städte ge-
 liefert! Nichts war vorhanden, was sie zu ihrem brutalen
 Vorgehen genötigt hätte, nichts als die alte Polizeianschauung,
 daß das Volk den Mund zu halten hat, daß es kein Recht
 hat, mit seinen Beschwerden vor die Öffentlichkeit zu treten,
 daß der Staat ins Wadeln gerät, wenn die Massen der
 Staatsbürger sich zu bewegen beginnen! Nicht weil die
 öffentliche Sicherheit und der Verkehr bedroht war, ist
 Arbeiterblut geflossen, sondern weil der öffentliche Ausdruck
 der Volksmeinung über die Wahlreformulage Beth-
 mann Hollweg nicht geduldet werden sollte, weil
 der Schrei der Empörung über die Niedertracht dieser
 elken Kreuzung aus Klassenrecht und Pluralrecht
 nicht laut werden sollte. Deshalb wurden in Halle
 Schädel gespalten und Ohren abgefaßt, deshalb
 wurden in Frankfurt a. M. Frauen und Kinder nieder-
 geritten, deshalb wurden in Königsberg die Zlichtenden
 bis ins freie Feld von den reißigen Schutzeinheiten verfolgt,
 deshalb wurden in Neumünster mit scharf geschliffenem
 Säbel die Kleider und die Leiber zerfetzt und also zugerichtet,
 daß heute die entsetzte Frage von Mund zu Mund geht, ob
 schließlich gar noch Tote unter den Opfern des Wahlrechts-
 kampfes, oder richtiger den Opfern hirnlösen Polizeiwütens zu
 buchen sein werden!

Neumünster ist von den vier blutbesudelten Städten
 die kleinste — aber seine Polizei hat den Preis in
 der Brutalität und der Sinnlosigkeit gewonnen! Die
 Polizei von Neumünster hat gewütet, wie Kolonialtruppen im
 Striege gegen Wilde haufen. Es schloß nur noch, daß die
 Häuser der „Empörer“ in Brand gesteckt worden wären und
 die Parallele wäre vollständig. Die Polizei von Neumünster
 hat das Schwert scharf geschliffen. Vor Jahr und Tag sind
 die Klempen einmal eines Krawalls wegen geschürt worden.
 Seitdem hat man sie nicht wieder stumpf machen lassen.
 Wahrscheinlich wäre die Ausgabe zu groß gewesen —
 Arbeiterblut, Arbeiterknochen sind billiger. Die Polizei von
 Neumünster schlägt nicht bloß, sie streckt die „Rebellen“
 nieder, sie durchbohrt Leib und Lunge, sie benützt sich nicht
 damit, den Feind unschädlich zu machen, sie bringt ihm
 lebensgefährliche, vielfache gar tödliche Verletzungen bei!

Das ist preussische Schmach, das ist preussische
 Schande! Das muß den Namen Preußens bei allen
 Nationen beslecken! Nicht die nörgelnden Zeitungsschreiber
 „besammeln das eigene Nest“, Herr v. Bethmann Hollweg, das tun
 die Polizeileiter in Preußen, das tun die Regierungsmänner,
 die solche Ausschreitungen der Sicherheitsbehörde dulden und
 decken. Wir hätten gesagt: fordern — wenn nicht das
 Verhalten der Polizei im größten Teile des preussischen Ge-
 biets bewiese, daß der Wille der preussischen Regierung nicht
 auf Polizeischlächtern unter friedlichen Demonstranten ge-
 richtet ist.

Aber das mindert die Verantwortlichkeit der Regierung
 für die blutigen Vorfälle nicht. Jene Polizeileiter, die sie
 verschuldeten, haben gehandelt in dem Glauben, den Willen
 der Regierung zu vollstrecken. Und die preussische Regierung
 kann nicht hindern, daß der entsetzliche Eindruck der Regieren
 stärker wirkt als alle Redungen von vernünftigen Ver-
 halten preussischer Polizei. Ein Staat, in dem auch nur
 vereinzelte Vorkommnisse solcher Art wie in Halle, Frank-
 furt, Königsberg und Neumünster möglich sind, ist kein
 Kulturstaat! Und nichts Stichthaltiges wird das offizielle
 Preußen antworten können, wenn das Ausland diese
 preussischen Greuel den russischen Greueln
 gleichsetzt, wenn es das offizielle Preußen,

das Preußen der Junker und der Bureau-
 kraten, auf eine Stufe stellt mit dem Rußland der
 Knete und der Kosaken!

Die Schlacht von Neumünster.

Wie die Ausgeburt der zügellosen Phantasie eines Toll-
 häuslers lesen sich die Berichte aus Neumünster. Uns
 wird von dort geschrieben:

Am 4 Uhr waren die Versammlungen beendet und die De-
 monstranten wollten sich auf dem nächsten Wege nach ihren Ver-
 sammlungen begeben. Da es sich um mindestens 3000 Personen
 handelte, war die Sache nicht ganz leicht, zumal die
 Polizei einen Kordon in der Nähe der Ver-
 sammlungslokale gebildet hatte. Ein großer Teil der Per-
 sonen mußte eigentlich hindurch, um zu ihrer Wohnung zu ge-
 langen. Zudem trieb die Polizei die vorwärtsdrängenden Leute
 wieder zurück und in die beim Rathaus gelegenen engen Seiten-
 gassen hinein, wo die Menschen nicht rasch vorwärts konnten. Zu-
 nächst hatte die Polizei ohne Rücksicht auf Alter und
 Geschlecht „nur“ mit den Fäusten eingehauen. Als
 aber die Massen bereits in die Seitengassen abgedrängt wurden,
 ward das Kommando zum Blankziehen gegeben. Und nun
 geschah das Entsetzliche. An der Ecke der Wittorfer und Altonaer
 Straße wälzte sich alsbald ein Anhauf von 20 Menschen übereinander,
 die Schutzeinheiten hieben ohne Erbarmen von hinten in
 die am Boden Liegenden hinein, wobei es zahlreiche schwer
 und leicht Verwundete gab. Einem alten Arbeiter von 68 Jahren
 wurde von hinten ein Säbelstich in die Lunge beigebracht, einem
 jungen Mann wurde das linke Handgelenk zur Hälfte abgeschlagen!
 Der Arzt bekundet, daß der Arm abgenommen werden müsse, weil
 die Sehne fast vollständig durchhauen ist. Einem Mann wurden
 schwere Rückenverletzungen beigebracht. Einem Jungen von 15 Jahren
 wurde ein Ohr abgeschlagen! Fünf Schwerverletzte be-
 finden sich im städtischen Krankenhaus! Im
 ganzen sollen — nach einer Meldung des „Holtz Couriers“ 40 Ver-
 letzte vorhanden sein, die allerdings zum großen Teil leicht verletzt
 worden sind.

Alles wäre vermieden worden und niemand wäre ein Leid ge-
 sehen, wenn die Polizei die Straßen freigegeben hätte!

Selbst der gut bürgerliche „Holtz Courier“ muß in seinem Be-
 richt zugeben:

So arg wie in Neumünster wurde in keiner
 Stadt der Monarchie von der Polizei vorgegangen.
 Mit vierzig Verletzungen kann die Neumünsterische Polizei das
 Ruderschiff in Anspruch nehmen, die schneidigsten Polizeiatacken
 gegen nichtbewaffnete Wahlrechtsdemonstranten am gestrigen Sonn-
 tag geritten zu haben. Einem Arbeiter wurde die Lunge durch-
 bohrt, einem anderen Arbeiter die Hand und einem dritten
 ein Ohr abgeschlagen. Solcher Heldentaten kann sich keine
 Polizei irgend einer Stadt des preussischen Staates rühmen. Das
 wütende Dreinhalten erfolgte auch wieder beim „Abdrängen“ der
 Massen beim Verlassen der Versammlungslokale. Hätte die Polizei
 sich begnügt, wie in anderen Städten auch, die die Verammlung
 verlassenden Massen „ruhig und besonnen“ in die Stroßen abzuleiten,
 wir würden heute in der angenehmen Lage sein, auch von Neumünster
 berichten zu können, die Ruhe und Ordnung wurde nirgends ge-
 stört. Schon bei den früheren Demonstrationen zeichnete sich die
 Polizei in Neumünster durch besonders schmeißiges Vorgehen aus.
 Das Vorgehen am 13. Februar 1910, das einzig in seiner Art in
 der preussischen Monarchie dasteht, wird nicht verfehlen, in Ab-
 geordnetenhaus zur Sprache gebracht zu werden. Glaubt denn
 die Polizei wirklich, auf die Art eine Gefinnungsänderung der
 Massen herbeizuführen? Oder glaubt die Polizei sich berufen,
 durch ganz besonders drakonische Mittel zu demonstrieren, wie
 notwendig es ist, die Wahlrechtsüberwälchtung zu erzwingen und
 der konterrevolutionären Parteiherrschaft beizuspringen? Wir nehmen
 an, daß die Polizei sich da in einem starken Irrtum befindet.
 Die Stadtpolizei dürfte in erster Linie berufen sein, dahin zu
 wirken, daß Neumünster von weiteren solcher „historischen Ver-
 richtungen“ bewahrt wird.

Vom hiesigen Regiment 163 waren vier Kompagnien (zirka
 450 Mann) marschbereit in der Kaserne, jeder Mann ausgerüstet mit
 30 scharfen Patronen. Die Soldaten wurden indes nicht gebraucht,
 da die Polizeimannschaften ihre Pflicht „voll und ganz“ erfüllten.

Etwahnenswert ist noch, daß an der Spitze der Polizeimann-
 schaften der Kommissar Gutsmann steht, von dem schon vor zwei
 Jahren das oben erwähnte bürgerliche Blatt gesagt hat, daß er
 zur Führung der Polizei unfähig sei und aus
 seinem Amte enifernt werden müsse!

Einem Bericht des „Berliner Tageblatt“ entnehmen wir:
 ... Die Demonstranten ergreifen nun die Flucht; aber nur
 die letzten im Zuge konnten sich in Sicherheit bringen, auf
 die Vordersten hieben die Beamten planlos ein. Die Situation
 wurde dadurch besonders kritisch, daß die Schutzeinheiten mit
 scharfen Säbeln zuschlugen. Als nämlich vor
 Jahresfrist ein Tumult entstanden war, ließ die Polizei
 am Tage darauf die Säbel schleifen und sie später nicht wieder
 stumpf machen. Daher sind jetzt verschiedene sehr schwere Ver-
 letzungen entstanden. ... Einer ganzen Reihe von Leuten
 wurden die Kleider zerrissen. Sämtliche Kerze hatten den Abend
 über mit dem Verbänden der Wunden zu tun. Die Erbitterung
 unter der Bevölkerung über das Vorgehen der Schutzmansschaft
 ist grenzenlos.

Dem nationalliberalen „Hann. Cour.“ wurde geschrieben:

„Die Verletzungen befinden sich am Hinterkopf oder am
 Rücken der Verwundeten. Das bestätigt die Aussagen von
 Augenzeugen, daß die Polizisten blindlings auf die
 vor ihnen her fliehenden Menschenmengen ein-
 gehauen haben. Es sollen im ganzen 10000 Menschen an
 den Wahlrechtsdemonstrationen teilgenommen haben. Sehr viele
 unschuldige und unbeteiligte Personen sind arretiert und von den
 Polizisten verletzt worden. Vielen Personen hingen die
 Kleider in Fetzen vom Leibe. In Neumünster herrscht
 große Erregung über das Vorgehen der Polizei.“

Der Blutsonntag in Halle.

Aus Halle a. S. wird uns über die Polizeiataten be-
 richtet:

Die Polizei hat in der grauenhaftesten Weise gewütet. Vor
 den Versammlungen bereits fanden sich zahlreiche Teilnehmer auf
 dem Marktplatz vor dem Rathaus ein, um von da nach den fünf
 Versammlungslokalen zu ziehen. Hier bereits zeigte sich die Polizei
 außerordentlich nervös, sie nahm verschiedene Verhaftungen
 vor und sperrte den völlig ruhig abziehenden einige Straßen. Die
 Versammlungen waren überfüllt, an ihnen nahmen 6000 Personen
 teil, darunter zahlreiche Bürgerliche, weil bisher weder Demofeuten
 noch Freisinnige sich gerührt haben.

Nach den Versammlungen trafen sich die Teilnehmer in der
 Zahl von schließlich mehr als 10000 auf dem großen freien Platz
 zwischen Stadttheater und Hauptpost. Die Polizei war völlig
 überrascht, sie hatte geglaubt, daß es wiederum auf den Markt
 abgesehen sei. Telephonisch herangerufen, ging sie in der rückwärts-
 losen Weise vor. Ohne irgend welche Aufforderung, die Masse
 sollte sich zerstreuen, führten die Polizisten mit gezücktem Säbel auf
 sie ein und hieben nieder, was ihnen in den Weg kam.
 Die blutend am Boden Liegenden wurden von den Schutzeinheiten
 mit Fuhrtritten regelirt!

Währenddem die Menge zurückzuckte, flog ein Stein gegen die
 auf der andern Seite des Platzes erschienenen zirka 10 Schutzeinheiten,
 traf aber niemanden. Sofort befohl der Polizeikommandant v. Doffow
 den Angriff. 50 Meter vor der Menge flogen die Säbel
 heraus und nun gab es die fürchterlichsten Szenen.
 Einem Manne wurde ein Teil der Kopfhaut nebst dem
 Ohr abgetrennt, ein anderer wurde am Hals schwer
 verletzt, auf ihm trampelten die Schutzeinheiten herum; ebenso
 erging es einem Dritten, der eine schwere Schädelver-
 letzung erhielt. Zahlreich sind die Rückenverletzungen,
 da die Schutzeinheiten unarmherzig auf die fliehenden
 einhieben. Verrittene sprengten den in die Häuser
 Fliehenden bis in den Hausflur nach. Bei dieser
 Gelegenheit wurde ein spielendes Kind schwer verletzt.

So wurde die Menge, aus der vieltausendstimmig die Rufe
 „Hut!“ und „Blutsonntag!“ erscholl, bis zur Gr. Ulrichstraße, Weisstraße,
 Markt usw. getrieben. Hier herrschte reger Verkehr, da gerade die
 Geschäfte geschlossen wurden. Die Schutzeinheiten hieben
 wahllos drein. Ein Fleischverlebler erhielt einen schweren
 Stich in den Rücken, einem anderen wurde der Arm am
 Ellenbogengelenk durchgeschlagen, einem dritten
 wurden durch Säbelhiebe in den Rücken und in die Hüften die
 Rippen bloßgelegt! Überall sah man Verletzte, die von hilf-
 reichen Kameraden und Passanten geleitet wurden. Einige mußten
 mit dem Krankenwagen transportiert werden, sie
 fanden Aufnahme in der Klinik. Die Arbeiter-Samariterkolonne hat
 zehn Verletzte verbunden. Im ganzen wurden 40 Verletzte ge-
 zählt, darunter zwei Kinder!

Wo die Polizei konnte, nahm sie Verhaftungen vor. Alle
 Sistierten wurden an die Kette genommen, sie zählen ins-
 gesamt 71. Die Polizei droht heute schon mit Anklagen wegen
 Aufruhrs!

Auch Militär war unterwegs. Eine Kompagnie
 Infanterie kam mit klingendem Spiel amarrschiert, sie fand jedoch
 nichts mehr zu tun. Anders die Artillerie, von deren Unter-
 offizieren und Mannschaften verschiedene bei den Attacken beteiligt
 gewesen sind.

Die Entrüstung in der Stadt über das ungläubliche Vorgehen
 der Polizei ist allgemein. Vor allem in der Arbeiterschaft
 herrscht eine fürchterliche Empörung; wo in den Arbeiter-
 vierteln ein Schutzmann sich sehen läßt, werden Ver-
 wünschungen und Pfuirufe laut. Die Proletarier in Halle
 denken natürlich gar nicht daran, vom Wahlrechtskampfe abzulassen,
 sondern werden nun erst recht in ihn eintreten!

Ähnliche empörende Schilderungen bringen die näheren
 Meldungen von Frankfurt a. M. und Königsberg.
 Doch sind in der Reichstadt wenigstens die Säbel nicht ge-
 zogen worden — dort haben die Hufe der Schutzmans-
 pferde die brutale Arbeit verrichten müssen. In der
 Stadt der reinen Vernunft mußte die schmutzige Umdemüt-
 rung der Polizeiatacke durch den blauen Säbel unterdrückt
 werden. Aber auch die Schutzmansgäule traten hier mit
 demselben Effekt in Aktion wie in Frankfurt.

Das sind die Siege, die preussische Polizisten am 13. Fe-
 bruar über friedliche Demonstranten erfochten haben. So
 wurde der Ruhmestag der preussischen Arbeiter zum Tag
 der Schande für das offizielle Preußen, so ward seiner
 moralischen Niederlage, die sich in der Wahlreformulage offen-
 bart, eine moralische Niederlage des Polizei-
 säbels angefügt.

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechts!

Die Wahlrechtsvorlage in der Kommission.

Wer erwartet hatte, daß die bürgerlichen Parteien, die „im Prinzip“ für das gleiche Wahlrecht sind, wenigstens die Kommissionsverhandlungen dazu bemühen würden, mit Nachdruck und Leidenschaft ihre Forderung zur Geltung zu bringen, sah sich durch die erste Kommissionsitzung bitter enttäuscht.

Die Debatte über die wichtigste Frage der ganzen Wahlrechtsreform, die des gleichen Wahlrechts, wäre in längstens zehn Minuten erledigt gewesen, wenn nicht der sozialdemokratische Vertreter mit aller Entschiedenheit Protest gegen eine solche Behandlung eingelegt und eine längere lebhaftere Debatte erzwungen hätte. Aber so sehr sich unser Genosse auch mühte, speziell das einflussreiche Zentrum zu einer entschiedenen Verfechtung seiner programmatischen Forderung des gleichen Wahlrechts und zu einer ernsthaften Kampfstellung gegen die konservativen Wahlrechtsfeinde zu veranlassen — das Zentrum ließ es bei einer matten platonischen Liebeserklärung für das gleiche Wahlrecht und brachte es auch nicht zu einem drohenden oder auch nur scharfen Worte gegenüber den Wahlrechtsfeinden! Dagegen ließen sich die Zentrumsredner, als der sozialdemokratische Vertreter ihre schwächlichen Ausflüchte schonungslos zerpfückte, zur Bekundung so reaktionärer und volksfeindlicher Anschauungen fortsetzen, daß diese Neugierungen unbedingt festgenagelt zu werden verdienen!

Die Leser finden deshalb weiter unten im Kommissionsbericht selbst eine eingehendere Darstellung dieser interessanten Verhandlungen.

Als die Sozialdemokratie immer und immer wieder betonte, daß der Kampf um Erreichung des gleichen Wahlrechts in erster Linie nicht im Dreiklassenparlament selbst geführt werden könne, sondern daß es gelte, den entschlossenen Willen der Wählermassen selbst in die Waagschale zu werfen, wußten es Freisinn und Zentrum natürlich besser, weigerten sie sich, in den außerparlamentarischen Kampf einzutreten!

Vergebens sagte die Sozialdemokratie voraus, wie die Dinge im Reichsparlament sich abspielen würden! Daß dort nämlich von der Annahme des gleichen Wahlrechts gar keine Rede sein könne! Man werde dort einfach die Abstimmungsmaschine arbeiten lassen, und die werde alle Anträge auf Einführung des gleichen Wahlrechts im Handumdrehen zerlegt in den Papierkorb schleudern!

Das Plenum des Dreiklassenparlaments selbst hat die Vorlage vorerst der Kommission überwiesen und dort hat die Abstimmungsquintette denn auch bereits prompt gearbeitet. Den Antrag auf Einführung des gleichen Wahlrechts hat bereits das Geschick erledigt! Und das wäre nicht nur sehr rasch, sondern auch ohne jeden Schmerz, ohne die geringste Aufregung geschehen, wenn sich nicht unter den 28 Mitgliedern der Kommission wenigstens ein Sozialdemokrat befunden hätte.

Damit wäre das Schicksal des gleichen Wahlrechts, ja überhaupt jeder nennenswerten Abschwächung der empörenden Dreiklassenschmach endgültig besiegelt, wenn nicht das Volk der Entschieteten ungehämt ans Werk geht, die bürgerlichen Parteien, insonderheit das Zentrum zur Rechenschaft zu ziehen!

Es versteht sich von selbst, daß der Kampf gegen die Regierung und die Junker dadurch nicht die geringste Verwundung erfahren darf! Überall, wo nur irgendeine Möglichkeit besteht, an die konservativen Wählermassen, sei es mündlich, sei es durch schriftliche Aufklärung heranzukommen, hat die Ausruftung dieser Massen mit aller Tatkraft einzusetzen! Das gleiche gilt von den Nationalliberalen! Aber nicht minder wichtig und geboten ist es gerade in diesem Augenblick, die proletarischen, Kleinbürgerlichen und Kleinbäuerlichen Wähler des Zentrums aufzuklären über die

Jämmerliche und verräterische Haltung der Zentrumsführer

im preussischen Landtage!

Eine unerhörte Provokation des Proletariats auch in den eigenen Reihen und ein Hohn auf die angeblich eheliche Forderung des gleichen Wahlrechts war es schon, daß der Zentrumsredner Abg. Herold die Erklärung abzugeben wagte, daß die Zentrumsfraktion

gegen jede Neueinteilung der Wahlkreise

stimmen werde!

Ist doch die heutige Wahlkreiseinteilung eine nicht minder skandalöse Entrechtung gerade des Proletariats und städtischen Mittelstandes, als die empörende Dreiklassenschmach selbst! Ist doch die jetzige Wahlkreiseinteilung, die den junkerlichen Wählern 100, ja 150 mal soviel Wahlrecht sichert, als den Wählern dritter Klasse in den Städten und in den Industriebezirken des Westens, vor allem eine Privilegierung der Junker, ein den konservativen Volksfeinden geradezu auf den Leib zugeschnittenes Vorrecht! Und für die Aufrechterhaltung eines solch unerhörten Junkerprivilegs erklärte sich das Zentrum durch den Mund des Abg. Herold!

Aber wie das Zentrum hier das gleiche Wahlrecht verriet, so gab es das gleiche Wahlrecht vollends preis in der Kommission, indem es auch auf den leisesten Versuch verzichtete, den Konservativen ins Gewissen zu reden und sie durch Androhung politischer Zwangsmittel gefügig zu machen!

Und die wildesten Junker wären gefügig zu machen, wären für weitgehende Konzessionen zu gewinnen, wenn ihnen das Zentrum nur den Daumen auf die Lippen drücken wollte! Was wären denn die Konservativen im Reichstage ohne die Unterstützung des Zentrums?! Und was wären sie vollends in preussischen Abgeordnetenhaus ohne die Hilfe des Zentrums!

Aber das Zentrum denkt gar nicht daran, seinen Einfluß auf die Konservativen geltend zu machen. Es läßt es mit

gekrenzten Armen geschehen, daß alle weitergehenden Wahlrechtsforderungen von den Konservativen niedergestimmt werden! Und dann erklärt es höhngrinsend: „Ja, wir haben doch für das gleiche Wahlrecht gestimmt. Aber wir blieben bei der Abstimmung in der Minderheit. Wir waschen also unsere Hände in Unschuld!“

Als ob nicht das Wesen aller parlamentarischen und politischen Taktik gerade darin bestünde, auch die Widerstrebenden durch Anwendung von allerhand Zwangsmitteln zur Nachgiebigkeit zu zwingen!

Das Zentrum will nicht! Versuchen wir, ob das Zentrum nicht vorwärts getrieben werden kann!

Wied dem Zentrum nicht kräftig eingeheizt, so wird es auch in der Kommission gegen die Neueinteilung der Wahlkreise stimmen, so wird es auch sonst Regierung und Reaktion direkt oder indirekt jeden schädigsten Handlungsdienst leisten!

Darum: Rühren wir die Stunde! Die Zeit ist kurz! Klären wir die Massen auf über die infame Haltung der Konservativen und nationalliberalen Wahlrechtsfeinde! Aber entlarven wir vor allen Dingen auch die

perfidie Wahlrechtsjesuiterei des Zentrums!

Die Verhandlungen der Wahlrechtskommission.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses trat am Dienstag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Im Interesse einer Förderung der Arbeiten sollen, wie der Vorsitzende mitteilte, in dieser Woche noch einen und in der nächsten Woche noch zwei Tage keine Plenarsitzungen abgehalten werden.

Die Kommission ist der Meinung, daß bei den Berichten über die Verhandlungen die Namen der Redner nicht genannt werden möchten. Der sozialdemokratische Vertreter widersprach vergebens mit dem Hinweis auf die Praxis des Reichstags und das hochgelobte Interesse, das die breitesten Kreise an den Verhandlungen der Kommission nehmen.

An Anträgen sind der Kommission bisher unterbreitet außer dem bereits mitgeteilten freisinnigen Antrag auf Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, ein sozialdemokratischer Antrag, der das Haus ersucht, die Vorlage abzulehnen und die Regierung aufzufordern, sofort eine neue Vorlage einzubringen, die die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sowie eine Neueinteilung der Wahlkreise vorsieht. Die Nationalliberalen haben die Veseitigung der Drittelung in Urwahlbezirken beantragt und das Zentrum beantragt, daß das Alter für das passive Wahlrecht von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt wird. Endlich liegt noch ein nationalliberaler Zusatzantrag zu dem das Prinzip der Drittelung enthaltenden § 7 vor, wonach die erste Abteilung mindestens ein Fünftel, die zweite mindestens zwei Fünftel der Wähler enthalten muß und daß da, wo diese Zahlen nach Abgabe der Steuerbeiträge nicht erreicht sind, zur Ergänzung die Wähler aus der nächstfolgenden Abteilung nach der Reihenfolge der zur Anrechnung gelangenden Steuerleistungen berufen werden sollen.

Der sozialdemokratische Antrag kann aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen erst am Schluß der zweiten Sitzung zur Abstimmung kommen. Von einer Generaldebatte nahm die Kommission Abstand. Die Erörterung beschränkte sich zunächst auf die

Frage des gleichen Wahlrechts.

Der freisinnige Antragsteller begründete die Forderung des gleichen Wahlrechts mit dem Hinweis darauf, daß das gleiche Wahlrecht die notwendige und logische Folge der Veseitigung des indirekten Wahlrechts sei, und daß die ganz willkürlichen Wahlunterschiede den Anforderungen der Vernunft und der Gerechtigkeit sowie der neueren Entwicklung nicht Rechnung tragen. Jetzt, wo auf die Gleichheit aller vor dem Gesetz so entscheidendes Gewicht gelegt wird, sei die Klasseneinteilung überhaupt zu verwerfen, zumal da zu dem Moment, das selber allein ausschlaggebend gewesen sei, der Steuerleistung, noch der sogenannte Examentoller hinzukommen solle.

Die übrigen Redner der bürgerlichen Parteien begnügten sich mit ganz kurzen Erklärungen für oder gegen den Antrag. Selbst die Erklärung des sozialdemokratischen Vertreters, daß man über die fundamentalste Frage des ganzen Wahlrechts doch unmöglich so lang- und klanglos hinweggehen könne, sondern daß gerade hier der Kampf um das Recht des Volkes entbrennen müsse, vermochte das Zentrum nicht aus seiner erschlafften Gleichgültigkeit aufzuklären. Der folgende Zentrumsredner wußte demgegenüber nichts Besseres zu sagen, als daß der sozialdemokratische Vertreter die Kommission wohl mit einer Volksversammlung verwechselt habe. Lange Reden würden an dem Ergebnis der Abstimmung doch nichts ändern!

Die durch den sozialdemokratischen Redner aufgestöberten Konservativen wurden jetzt gleichfalls lebendig. Einer ihrer Redner glaubte sich an der Sozialdemokratie dadurch reizen zu können, daß er ihr allzu große Zurückhaltung vorwarf. Sie habe in ihrem Antrag nur die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gefordert, während sie doch in ihrem Programm noch viel mehr fordere, nämlich die Ausdehnung des Wahlrechts auch auf 20jährige Wähler, sowie das Wahlrecht für die Frauen. Ein zweiter konservativer Redner wendete sich gegen den Versuch, die großen prinzipiellen Fragen in der Kommission überhaupt aufzurollen. Das habe schon deshalb gar keinen Zweck, weil es den Konservativen überaus ernst mit ihrer Ablehnung des gleichen Wahlrechts sei. Ein zweiter Zentrumsredner endlich glaubte sich darüber wundern zu müssen, daß der sozialdemokratische Vertreter hauptsächlich gegen das Zentrum und nicht auch gegen die Nationalliberalen vorgegangen sei. Freilich ließen ihn die Ausführungen des sozialdemokratischen Vertreters ebenso kühl, wie die Demonstrationen, die die Sozialdemokratie in seinem Wahlkreis Düsseldorf unternommen habe. Daß dort die Menge vor seine Wohnung gezogen sei, lasse ihn völlig gleichgültig.

Der Vertreter der Sozialdemokratie entgegnete darauf etwa das Folgende:

Daß die Konservativen es ernst, Bitterkraft mit ihrem Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht nehmen, daran zweifle ich keinen Augenblick. Das ist aber nur ein Grund mehr, diesem ersten Willen der Wähler für das gleiche Wahlrecht entgegenzutreten! Gerade daran aber hat es hier das Zentrum in so bedauerlichem Maße fehlen lassen.

Wenn hier gesagt wird, die großen grundsätzlichen Debatten gehörten nicht in die Kommission, so sollten wenigstens die Abgeordneten gerade des Zentrums einen entgegengeetzten Standpunkt einnehmen.

Die führende Zentrumspreffe wenigstens war der Meinung, daß gerade die Erörterung der großen prinzipiellen Gesichtspunkte die Kommission ernstlich zu beschäftigen habe. Der freikonservative Herr v. Jeddy hatte allerdings die Auffassung vertreten, daß die großen prinzipiellen Fragen, wie die des gleichen Wahlrechts, schon im Plenum zur Entscheidung gebracht werden müßten, damit die Kommission ausschließlich auf die unwesentlichen kleinen Veränderungen beschränkt bleibe. Dieser Auffassung hat aber der „Vorwärts“ auf das entschiedenste widersprochen und mit allem Nachdruck betont, daß dieser Vorstoß nur von Politikern geteilt werden könnte, die jede ernsthafteste Wahlrechtsdebatte, jede Möglichkeit einer gründlichen Umgestaltung der Vorlage durch die Kommission von vornherein vereiteln wollten! Auf den Standpunkt des „Vorwärts“ aber stellte sich mit aller Entschiedenheit auch die „Germania“, neben der „Köln. Volksztg.“ das führende Organ des Zentrums!

Die führende Zentrumspreffe teilte also durchaus meinen Standpunkt, daß hier in der Kommission gerade die wichtigsten, prinzipiellen Fragen des Wahlrechts eine gründliche Behandlung zu erfahren hätten!

Wenn der andere konservative Redner darüber spötteln zu können glaubte, daß wir hier nur die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen fordern, erkläre ich ihm, daß das nur deshalb geschehen ist, um Freisinn und Zentrum keine Möglichkeit zu Ausflüchten zu geben! An unserer prinzipiellen Forderung der Ausdehnung des Wahlrechts auch auf 20jährige Personen und die Frauen halten wir selbstverständlich fest! Wir kennen keinen vernünftigen Grund, der die Frau vom gleichen Wahlrecht ausschließen könnte. Selbst das Zentrum dürfte ja den Standpunkt der Kirche, die die Frau als inferiores Geschöpf betrachtete, nicht mehr zu verteidigen wagen. Und was die Herabsetzung des Wahlalters anlangt, so leben wir nicht ein, warum ein 20jähriger nicht das Wahlrecht besitzen sollte, während doch gleich junge Leute schon regierungsfähig sind, während schon 20- ja 18jährige Offiziere und Jährlinge das Volk in Waffen kommandieren dürfen! Auch ist es ja wohl noch erinnerlich, daß ein noch sehr jugendlicher Prinz sogar preussischen Universitätsprofessoren Lehren darüber gegeben hat, wie sie ihr Hochschulamt am würdevollsten ausüben vermöchten!

Wenn sich der eine Zentrumsredner darüber wunderte, daß ich gerade dem Zentrum das Rückgrat zu steifen suchte und nicht auch den Nationalliberalen, so kommt das daher, daß ja die Nationalliberalen niemals behauptet haben, Verfechter des gleichen Wahlrechts zu sein, wohl aber das Zentrum! Und wenn trotzdem jetzt, im

Kritischen Moment,

im Augenblick, wo es alle Versprechungen und Verstärkungen einzulösen gilt, das Zentrum so kluglich versagt, so forderte das eben die schärfste Brandmarkung heraus! Wenn aber dieser nämlich Zentrumsredner meine Ausführungen ebenso geringschätzig bewertet, wie die Demonstration der Massen am letzten Sonntag, so zeugt das nur von einer

Geringschätzung des Volkes überhaupt!

Die gleiche Geringschätzung atmen auch die Worte des anderen Zentrumsredners, der da meinte, ich verwechsle die Kommission mit einer Volksversammlung! Hier wäre es gerade für Sie am Plage, gleichfalls die warmen, entschiedenen Töne für eine Volksversammlungstunde zu finden! Nur damit könnten Sie ihren ersten Willen beweisen, für die Entschieteten das gleiche Wahlrecht durchzusetzen, nur damit könnten Sie Eindruck auf Regierung und Rechte machen!

Wenn Sie behaupten, alles Reden nütze ja doch nichts, so unterschätzen Sie Ihren Einfluß in ganz unbegreiflicher Weise. Sie, als die Verbündeten der Konservativen, als Teil des Regierungsblocks haben doch zweifellos einen

ganz erheblichen Einfluß auf Junker und Regierung!

Machen Sie nun gefälligst einmal davon Gebrauch. Stellen Sie doch auch einmal Ihre Bedingungen! Wenn Sie nichts von alledem tun, wenn Sie keinen Finger für das gleiche Wahlrecht rühren, so beweisen Sie eben, daß Sie für das gleiche Wahlrecht nichts tun wollen und die Quittung für Ihre Gleichgültigkeit wird Ihnen

draußen im Lande

gegeben werden!

Koch einmal wandten sich die Redner des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen gegen den Vertreter der Sozialdemokratie, der wiederum entschieden seinen Standpunkt vertat. Aber das Zentrum tat trotzdem nicht das geringste, um seiner „prinzipiellen“ Forderung des gleichen Wahlrechts gegenüber den Konservativen irgend welchen Nachdruck zu geben. So kam es denn, wie es kommen mußte: kaum zwei Stunden nach Eröffnung der Kommissionsberatung wurde der

Antrag auf gleiches Wahlrecht abgelehnt,

und zwar mit den 15 Stimmen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen gegen 11 Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten.

Hatte sich die Regierung bisher in Stillschweigen gehalten, so hielt sie es bei dem Prinzip, zu dem sich die Debatte nunmehr wandte, dem der öffentlichen oder geheimen Wahl für angebracht, einige Worte zu sagen. Der Minister des Innern, der für die Regierung das Wort führte, scheint aber die Bedeutung dieser Frage auch nicht entfernt erfasst zu haben, denn ohne auch nur ein Argument für oder gegen zu äußern, begnügte er sich damit, sich auf die Erklärung seines hohen Herrn Chefs zu beschränken, d. h. die Regierung ist Gegnerin der geheimen Stimmgabe. Die Stellung der Parteien ist bekannt, Konservativen und Freikonservativen sind gegen die übrigen Parteien für die geheime Wahl, und diesem Standpunkt gaben ihre Vertreter kurz Ausdruck. Daß die Freisinnigen die taktische Unklugheit bejahen, selbst bei dieser Gelegenheit über sozialdemokratischen Terrorismus zu zeteren, sei nur nebenbei erwähnt. Die Abstimmung ergab eine

Mehrheit für die geheime Wahl

von 15 Stimmen, während für die öffentliche Stimmgabe nur 13 Mitglieder waren, damit hat die Regierung die erste Niederlage erlitten.

Eine kurze Debatte entspann sich dann über den Zentrumsantrag, das passive Wahlrecht statt, wie es die Vorlage vorgehen, an das 30. bereits an das 25. Lebensjahr zu binden. Sozialdemokratie und Freisinn waren für völlige Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts, also dafür, daß auch bereits das Alter von 24 Jahren zur Annahme eines Mandates berechtigt. Da sich indessen die Nationalliberalen auf die Seite der Konservativen schlugen, wurde der Antrag abgelehnt.

Über die Frage der Veseitigung der indirekten Wahl fand auf Wunsch der Konservativen einstellend nur eine Aussprache statt, während die Abstimmung darüber so lange verschoben werden soll, bis die Konservativen sich klar darüber geworden sind, ob für sie das Wahlrecht elend genug gestaltet worden ist, um wenigstens dieser winzigen Konzession ihre Zustimmung erteilen zu können.

Darauf wurde die Weiterberatung bis zum Donnerstag verlagert.

Demonstrationen.

Süddeutschland gegen den schlechten Reichskanzler.

Die Feindschaft gegen das Reichstagswahlrecht, die die Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg amte, hat auf neue Beweise, daß die preussische Wahlrechtsfrage die wichtigste Reichsfrage ist. Die Erregung gegen den Feind des Volkrechts hat auch in Süddeutschland in großen Protestversammlungen und Straßendemonstrationen ihren Ausdruck gefunden.

In München fand Montagabend eine von mehr als 6000 Personen besuchte Protestversammlung gegen die preussische Wahlrechtsreform statt. Im Anschluß an die Versammlung entwickelte sich ganz spontan ein mehrere tausend Personen zählender Zug, der von einer kleinen Anzahl von Schülern begleitet wurde. Diese fanden keinen Anlaß zum Einschreiten, da sich der Zug in musterhafter Ruhe und Geschlossenheit nach der preussischen Gesandtschaft bewegte. Nach der vorgenommenen Demonstration, bei der Rufe: Es lebe das Wahlrecht! Nieder mit den Junkern! Nieder mit Bethmann Hollweg! laut wurden, zerstreuten sich die Demonstranten. Die Demonstration war außerordentlich eindrucksvoll. Nach der Demonstration kamen, herbeigerufen durch die unnötig um ihr Leben besorgte preussische Gesandtschaft, in Automobilen Schutze und eine Abteilung Verittener herbei, die aber nicht mehr zu tun fanden. An der Demonstration beteiligten sich sehr viel Bürger und besonders Studenten.

Die in Berliner Morgenblättern verbreitete Sensationsmeldung, die Demonstranten hätten sich gegen die Residenz gewendet, wo alle Fensterscheiben eingeschlagen worden seien, ist blanke Erfindung.

In Nürnberg hielt Genosse Sudekum eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, in Karlsruhe, Pforzheim und Durlach (Baden) sprach Genosse Grichorn und in Sonneberg (Thür.) Genosse Fiebig zu diesem Thema. In allen Versammlungen wurde den preussischen Wahlrechtskämpfern wärmste Sympathie ausgesprochen.

Ein Gruß aus Oesterreich.

Ein Privattelegramm aus Wien, der Hauptstadt Oesterreichs, meldet uns: Eine Montagabend tagende Volksversammlung der Linzer Arbeiter drückt den preussischen Arbeitern ihre vollste Bewunderung und Zustimmung zu ihrem Wahlrechtskampf und zu dem Kampf gegen Junkertum und Unterdrückung aus.

Die Geschicklichkeit der Straßendemonstration.

Die elende Heuchelei der konservativen Presse ist nie krasser in Erscheinung getreten als in der unablässigen Hebe, die sie wieder mal gegen die Sozialdemokratie betreiben, seitdem es sich herausgestellt hat, daß das Massenaufgebot der Wahlrechtskämpfer auch die Straße für ihre so würdevollen und eindrucksvollen Kundgebungen in Anspruch nehmen muß. Der vernünftige und verständige Teil der linksliberalen Presse weist mit Recht darauf hin, daß das Versammlungsgebot ausdrücklich Versammlungen unter freiem Himmel und Straßenzüge vorsieht und daß es nur Schuld der rückständigen Polizeipraxis ist, wenn die Massen gezwungen sind, auf organisierte Veranstaltungen zu verzichten. Die konservative Presse aber zeteri unablässig über die angebliche Ungeheuerlichkeit der Demonstrationen. Da kommt gerade ein Artikel Dr. Reichaus in der „Deutschen Juristenzeitung“ zuricht, in der eine Entscheidung des Kammergerichts besprochen wird, die die Bestrafung einer Wahlrechtsdemonstration als „groben Unfug“ ablehnt. In der Begründung, die auch wir feinerzeit mitgeteilt haben, heißt es:

„Die einerseits die Verletzung des Einschlusses, eine Ansicht in öffentlich bemerkbarer und dadurch besonders eindringlicher Weise auch Anderdenkenden kund zu tun, nicht für sich allein als Gefährdung der öffentlichen Ordnung angesehen werden kann, wenn sie sich nur innerhalb der durch die öffentliche Ordnung gezogenen Grenzen hält, so kann andererseits das politische Problem der Reform des preussischen Landtagswahlrechts die demonstrative parteipolitische Behandlung auf offener Straße nicht rechtfertigen. Vielmehr kommt es lediglich darauf an, ob der Angeklagte durch sein Benehmen an und für sich die öffentliche Ordnung gefährdet hat. Da dies nicht geschehen ist, so muß der Angeklagte freigesprochen werden.“

Diese Auslegung des § 360, 11 des Strafgesetzbuches entspricht — so führt Dr. Reichaus aus — dem Sinn des Gesetzes und steht mit der sonstigen höchstgerichtlichen Praxis im Einklang. Daher verdient sie schon in rechtlicher Beziehung vollste Anerkennung. Aber noch mehr ist sie in politischer Hinsicht mit Freude zu begrüßen. Denn wenn auch alle Ausschreitungen bei parteipolitischen Massendemonstrationen scharf zu verurteilen sind, so dürfen doch solche Demonstrationen, die zur Weckung und Förderung politischen Interesses und Verständnisses in allen Schichten der Bevölkerung beitragen, nicht ohne weiteres durchweg verworfen werden.

Aber was kümmern die Klopfflechter der Junker richterliche Entscheidungen, wenn sie sich einmal nicht gegen Arbeiter und Sozialdemokraten ausschlagen lassen! Sie scheren sich doch auch sonst nicht um Gesetze. Kann es denn eine größere Heuchelei geben als die Klage über Ungeheuerlichkeit im Munde von Leuten, welche systematisch den Duellmord verherrlichen, die in jedem Soldaten mißhandelnden Unteroffizier, wenn er einmal gefaßt wird, einen Märtyrer altpreussischer Tradition erblicken? Die Demonstranten haben sicherlich nichts Ungeheuerliches begangen. Hätten sie es, die Junker wären wirklich die letzten, die ein Recht hätten, ihnen Vorhaltungen zu machen.

Es bleibt vorläufig bei der Unvernunft.

Der Polizeipräsident v. Dypen hat einen Antrag der Breslauer Genossen, am Sonntag, den 20. Februar, einen großen Demonstrationenzug gegen die preussische Wahlrechtsvorlage zu veranstalten, abgelehnt.

Vergebliche Einschüchterungsversuche.

Das Vorgehen der Frankfurter Polizei hat natürlich dem Kampfesmut und der Entschlossenheit unserer Genossen keinen Eintrag getan. Im Gegenteil! Sie haben die erste Gelegenheit benützt, um der Polizei die gebührende Antwort zu geben. Gestern Abend fand eine von 2000 Besuchern besuchte Versammlung statt, die von den Demokraten einberufen, aber überwiegend durch unsere Genossen gefüllt war. Nach Schluß der Versammlung fand eine Straßendemonstration durch die Schillerstraße bis zur Hauptwache statt. An der Hauptwache löste sich der Zug auf. Nachträglich kamen von allen Seiten Straßenbahnwagen, die mit Schülern dicht besetzt waren. Die Schutze fanden aber keine Arbeit mehr und wurden mit Hohngelächter empfangen. In der Versammlung selbst wurde von allen Rednern auf das Schärfste das brutale Vorgehen der

Polizei am Sonntag verurteilt. Professor Quidde sagte, ein Gewaltakt von oben muß die Gewalt von unten legitimieren, wer mit solchen Gedanken spielt, der gefährdet den öffentlichen Frieden, aber nicht diejenigen, die für ihre Ueberzeugung auf der Straße demonstrieren.

In der Debatte sagte Genosse Quard, man kann nach den Polizeitaten am vorigen Sonntag in Frankfurt sagen, daß ein liberaler Polizeipräsident, der sich aufheben läßt, am aller schlimmsten ist. Zum Schluß wurde ein scharfer Protest gegen die Wahlrechtsvorlage und gegen die Heldentaten der Polizei angenommen.

Die sozialdemokratische Partei hat für Donnerstag fünf Versammlungen einberufen, in denen zu den Heldentaten der Polizei vom Sonntag Stellung genommen werden soll.

Die preussische „Kultur“ in englischen Augen.

London, 11. Febr. (Fig. Ver.)

Die gestrigen Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus erregen hier große Aufmerksamkeit. Einige Blätter befassen sich in ihrem reaktionellen Teil mit der Wahlrechtsfrage. So schreibt die liberale „Daily News“ in einem Artikel, der den Titel „Das preussische Wahlrecht“ trägt, unter anderem zu der Bemerkung Bethmann Hollwegs, daß die Demokratisierung des Wahlrechts zur Verrohung der politischen Sitten führe: „Wenn der Ministerpräsident das wirklich glaubt, warum schränkt er dann nicht durch seine Vorlage das Wahlrecht ein, um dadurch das Niveau der politischen Sitten Preußens zu heben? Ist denn aber etwas Wahres an der Behauptung, daß die Sitten einer Oligarchie besser sind als die einer Demokratie? Wir glauben, es ist nichts Wahres daran. Es ist immer leichter, 10 000 Menschen zu korumpieren, als eine Million, und die 10 000 sind darum nicht besser, daß sie ihre schmutzigen Wäsche auf der Hintertreppe waschen. Die Demokratie ist lauter und lärmender, aber sie ist auch reiner und gesünder.“ Zum Schluß lautet es: „Eine moderne Regierung kann sich nicht weigern, von der öffentlichen Meinung beeinflusst zu werden, selbst wenn sie eine Kerne hinter sich hat; denn, wie Bismarck in seiner bescheidenen Weise gesagt hat, man kann alles mit Vajonetten machen, nur nicht darauf sitzen.“

Recht lebhaft schildert der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ die Szenen, die sich gestern im preussischen Abgeordnetenhaus abspielten. Er beschreibt die Kundgebungen unserer Genossen, die Verbilligung der Reden. — Ein paar Sekunden lang wollten die älteren und gelehrteren Parteien kaum ihren Ohren trauen. Sie sahen da mit offenem Munde in heller Verwirrung. Dann dämmerte in ihnen die schreckliche Wahrheit auf und, von ihren Sinnen springend, schrien sie zur Linken herüber: „Heraus mit ihnen!“ Der Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hält den Herrn v. Bethmann Hollweg augenscheinlich für kein großes Licht. Der ungeschickte Mann kann es sogar seinen Freunden nicht einmal recht machen. „Sogar die Konservativen“, heißt es, „hatten sich zu beklagen, nämlich darüber, daß man überhaupt einen Versuch gemacht, ihr Talent auf die parlamentarische Arena in Preußen anzuhören.“ Sehr bezeichnend sind die Worte, mit denen die Vorbereitungen der Polizei gegen etwaige Wahlrechtsdemonstrationen beurteilt werden. Als einem Engländer ist dem Korrespondenten das Vorgehen der preussischen Polizei ganz unverständlich. „In ihren Sonntagskleidern“, so schreibt er, „bilden die Demonstranten eine so anständige und ordentliche Menge wie man sie sich nur wünschen kann und es ist einem unerschrockenen Ausländer ein unergründliches Mysterium, warum es notwendig sein sollte, mit Säbeln dreinzuschlagen.“ So der konservative „Daily Telegraph“.

Die Londoner Blätter drücken die auf die letzten Wahlen in England sich beziehenden Aeußerungen des preussischen Ministerpräsidenten meist ohne Kommentar einfach ab. Sie sind zu verlegen, um auf diese platten Schmeicheleien antworten zu können. Das Loblied auf die vollkommenen politischen Sitten Englands zu einer Zeit, wo die englischen Junker die Pächter und Landarbeiter systematisch terrorisieren und liberale Geschäftsleute dogmatizieren, zu einer Zeit, wo sich unter dem Vorhitz des englischen Schachzanglers eine Liga, die Gladstone-Liga, gebildet hat, deren Hauptzweck es ist, Bürgerliche und Arbeiter vor der Verfolgung der englischen Junkerklasse zu schützen, ist nicht gut angebracht. — Eines allerdings haben die Engländer vor den Preußen voraus. Ein Minister, der im englischen Parlament eine solche freche, das Volk verhöhrende Rede gehalten hätte, würde noch am selben Tage mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt worden sein.

Die Berichte der englischen Presse über den Wahlrechts-Sonntag.

Interessant sind die Urteile der großen englischen Blätter über die in Preußen am letzten Sonntag stattgefundenen Straßendemonstrationen, da sie deutlich zeigen, wie man in England über die preussische Polizei denkt, und welchen Eindruck die englischen Verächterstatter von dem Charakter der demonstrierenden Volksmassen hatten.

Die meisten Londoner Blätter sind wenig erbaut von dem schneidigen Ton der Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten. Das Hauptorgan der englischen Konservativen

„The Morning Post“

schreibt, nachdem es die Bekanntmachung wörtlich überseht hat: „Diese Proklamation mag notwendig gewesen sein vom Standpunkt der Regierung, aber auf die Bevölkerung von Berlin hat sie einen schlechten Eindruck gemacht. Die Arbeiter fühlen sich durch sie beleidigt, und in vielen Fällen ist sie von den Säulen abgetrieben worden.“

Diese Auslassung der „The Morning Post“ ist um so bedeutungsvoller, wenn man bedenkt, daß dieses englische Blatt das einzige ist, das die preussische Wahlrechtsvorlage verteidigt. „The Morning Post“ nimmt in England ungefähr die Stellung ein, die die „Kreuzzeitung“ in Deutschland besitzt.

Nachdem dann die polizeilichen Vorbereitungen geschildert worden sind, bemerkt das Blatt weiter:

„Die Sozialisten haben trotzdem „das Recht auf die Straße“ behauptet. Ueberhalb einer gewissen Entfernung vom Schlosse hat unser Korrespondent mehrere nach Tausenden zählende Demonstrationen gesehen. Die Demonstranten befanden sich an sehr anständigen Leuten, die zwar friedlich, aber entschlossen aussahen. Die meisten gingen ganz ruhig mit einer Zigarre im Munde, manche hatten die Frau oder die Braut am Arme. Sie marschierten in regelmäßigem Tempo, die Arbeiter-Marschkolonne singend, und brachten von Zeit zu Zeit „Hoch“ auf das freie Wahlrecht aus, wobei sie ihre Hüte lästeten. Der Ruf pflanzte sich jedesmal durch den ganzen Zug fort. Trotzdem kein Schutzmann zu sehen war, haben die Demonstranten niemand belästigt.“

Dann gibt das Blatt die Antwort des „Vorwärts“ auf die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten wieder. Zum Schluß meint

es: „Die Demonstrationen am Sonntag, ob sie mit oder ohne Konflikt mit der Polizei abließen, werden in ganz Preußen einen großen Eindruck machen.“

„Daily Telegraph“

frottel über die Herbofistät der Berliner Polizei und gibt der Meinung Ausdruck, daß die Berliner bisher schwerlich gemüht hätten, wieviel Polizisten Berlin hätte. Die polizeilichen und militärischen Maßnahmen der Behörden werden dann ganz ausführlich dargestellt. Die Sozialdemokraten, meint der Korrespondent des Blattes, seien schäuer als die Regierung. Während die Behörden unter den Linden alles zur Vereitlichung gehalten hätten, seien die Demonstranten gar nicht dahin gegangen, vielmehr hätten sie zum Trotz die von der Polizei entzündeten Straßen durchzogen. Der Korrespondent bewundert die Disziplin der Arbeiter und das anständige Aussehen der Demonstranten.

Ueber die Wahlrechtsbewegung selbst schreibt der „Daily Telegraph“:

„In Berlin sind drei Viertel der Bevölkerung Sozialdemokraten. Bei der letzten Reichstagswahl erhielt die Sozialdemokratie trotz ihrer „Niederlage“ 66 Proz. der abgegebenen Stimmen. Ein Jahr später erklärte Fürst Bismarck im preussischen Parlament, daß die Regierung augenblicklich nicht die Absicht beuge, das preussische Wahlrecht zu reformieren. Was nun folgte, ist sehr lehrreich. Die freisinnigen Führer kamen zusammen und saßen nach langem Ueberlegen den Beschluß, ein Flugblatt herauszugeben. Das ist charakteristisch für den modernen deutschen Liberalismus. Die Sozialisten aber organisierten Straßendemonstrationen. Mehrere Duzend der Teilnehmer wurden verurteilt in die Krankenhäuser gebracht. Die königstreue Presse war sehr empört darüber. Sie erklärte, dieses Vorgehen würde ihre Sache und die der Wahlreform schädigen. Aber was war die Folge? Einige Wochen später fanden die Wahlen zum preussischen Landtage statt und die Sozialisten, unterstützt von 75 Prozent der Wählerkraft — 330 000 von 440 000 abgegebenen Stimmen — eroberten sechs Mandate, die der Freisinn bisher besaß. Es ist klar, daß Straßendemonstrationen ein wirkungsvolleres Propagandamittel sind, als die Verbreitung von Flugblättern.“

Die liberalen

„Daily News“

Berichten spöttisch:

„Wenn eine politische Demonstration in Preußen vorkommt, macht gewöhnlich die Polizei sie. Was sie demonstriert, ist die politische Philosophie Bethmann Hollwegs, der in der Verteidigung seiner Karikatur einer Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte, daß sich die Regierung nicht durch die öffentliche Meinung beeinflussen lassen würde. Die Polizei besorgt das meistens mit dem hohen Säbel, manchmal auch mit der Säbelschneide. Gestern scheint sie sogar in Halle scharfe Patronen gebraucht zu haben, um die Menge von 2000 Kritikern der „Reform“-Vorlage eines Besseren zu belehren. Man sagt, die Menge hätte die Polizei angegriffen; und es würde auch sehr wahrscheinlich klingen, daß eine derartige Rasse gegen die Schutze vorgegangen wäre, wenn nicht schon oft genug der Beweis geführt worden wäre, daß bei derartigen Vorkommnissen fast immer die Polizei die Angreiferin ist. So wird behauptet, in Hildorf, einem Vorort von Berlin, sei mit Steinen nach den Schutzmännern geworfen worden. Im übrigen ist in Berlin alles ruhig verlaufen. Die sozialdemokratischen „Horden“, welche in den Augen eines Freundes einer Anzahl anhängiger Geschäftsleute auf dem Heimwege von der Kirche ähneln, wurden von dem Schloß vollständig ferngehalten und auch verhindert, öffentliche Versammlungen abzuhalten. Preußen scheint in der Tat sehr rückständig zu sein. Die Wahlreform verstärkt nur noch den Einfluß der ungefähr 30 Proz. jener Wählerklasse, die unter dem Dreiklassenwahlrecht schon die übrigen 70 Proz. niederhalten. Es bleibt alles beim alten. Die großen Protestversammlungen der enttäuschten Massen vom Sonntag werden wahrscheinlich auch nicht viel mehr erreichen, als daß sie einigen Teilnehmern blutige Köpfe eintragen. Es ist wahr, die Bewegung ist im Wachsen begriffen, sowohl was die Zahl der Teilnehmer anbetrifft, als auch die Entschlossenheit derselben, und jede Unterdrückungsmaßregel der Polizei, zum Beispiel die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten, macht die Lage nur um so gefährlicher.“

Der Wahlrechtskampf.

Die preussischen Städte und die Wahlrechtsvorlage.

Wie in Berlin bei der Stadtverordnetenversammlung beantragt wurde, gegen die preussische Wahlrechtsvorlage zu petitionieren, so wurden gleiche Anträge auch in Charlottenburg und Schöneberg eingebracht.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Hagen beantragten, auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen: Petition an den preussischen Landtag gegen die Wahlrechtsvorlage. Der Oberbürgermeister Cuno, freisinniger Reichstagsabgeordneter, lehnte den Antrag kurzweg ab. Es handelte sich um eine rein politische Frage, und wenn man die Selbstverwaltung achten wolle, müsse man sich hüten, die gesetzliche Grenze zu überschreiten. In der Stadtverordnetenversammlung vom Montag drachten die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Antwort des Oberbürgermeisters zur Sprache und zeigten, daß die Stadt ein sehr hohes Interesse an der Erlangung eines vollständigen Wahlrechts habe. In anderen Fragen sei der Oberbürgermeister nicht so engberzig gewesen, so bei dem Protest gegen § 23 des Einkommensteuergesetzes. Es nütze aber nichts. Die bürgerlichen Stadtverordneten beschloßen: Uebergang zur Tagesordnung.

Nach der Polizei die Justiz.

Wie eine Berliner Polizeinotiz meldet, soll gegen die Reichstagsabgeordneten Ledebour, Städtgen und Fischer wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz (Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel ohne vorherige polizeiliche Anmeldung) ein Strafverfahren eingeleitet werden.

Die Polizei in Essen glaubt nach wochenlangen Untersuchungen und Vernehmungen einen Verantwortlichen für die Wahlrechtsdemonstration vom 23. Januar gefunden zu haben. Die Veranlassung einer Anklage gegen den vermeintlichen Leiter riskiert sie aber nicht, sie begnügt sich, dem Genossen Limberg, der am Kriegerdenkmal die Veranlassung zum Gesang der Marschlied gab, ein Strafmandat über 6 Mark zu senden, weil er durch überlauten Schreien und Rufen großen Unfug verübt habe. So kommandieren die Junker die Justiz!

Die Polizeischlacht in Halle und die bürgerlichen Stadtverordneten.

In der Stadtverordnetenversammlung in Halle interpellierten gestern die Sozialdemokraten über das Vorgehen der Polizei am Sonntag. Bürgermeister v. Hohl lehnte die Verantwortung der Anfrage ab, weil die Polizeiverwaltung nicht dem Magistrat, sondern dem Regierungspräsidenten unterstehe. Genosse Thiele brachte dann seine Beschwerden beim Polizeipräsidenten vor. Stadtverordneten-Vorsitzer Steiner und Bürgermeister v. Hohl sprachen ihr größtes Bedauern aus, daß Verwundungen vorgekommen und auch Unschuldige getroffen worden seien. Das Einschreiten der Polizei und der Gebrauch der Waffe sei aber unter den obwaltenden Umständen notwendig gewesen. Die bürgerlichen Stadtverordneten stimmten zu.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar 1910.

Das Stellenvermittlungsgesetz.

Aus dem Reichstage, 15. Februar. Auf der Tagesordnung stand zunächst die Fortsetzung der ersten Lesung über den Kaligesehntwurf. Es kamen auch einige Redner aus den kleineren Fraktionen zum Wort, darunter ein Mitglied des elsässischen Zentrums, Dr. Kläin und der Welse v. Dannenberg. Dann lief plötzlich ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, seitens der Konserverativen, der Nationalliberalen und des Zentrums, der auch von diesen Parteien gegen Sozialdemokraten und Freisinnige angenommen wurde. Die Genossen Ledebour und Emmel und von den Freisinnigen die Herren Gothein und Müller-Weinigen protestierten entschieden gegen dieses bei einem Gesehntwurf von solcher Tragweite besonders rigorose Verfahren, den designierten zweiten Rednern der Fraktionen das Wort abzuschneiden. Den protestierenden Fraktionen gegenüber war diese Wortabschneidung um so rücksichtsloser, da sie nicht das Glück hatten wie das Zentrum, daß zwei dieser Partei nahestehende Wilde auch noch in der ersten Serie zum Wort zugelassen waren.

Dann trat das Haus in die erste Lesung des Stellenvermittlungsgesetzes ein. Daß ein solches Gesetz dringend notwendig ist, wird höchstens noch von denjenigen Leuten bestritten, die als gewerkschaftliche Stellenvermittler die armen Arbeitslosen in unerhörter Weise auszunutzen im Jahre 1902 wurde auch schon ein Gesetz beschlossen, das wenigstens für die Seeleute, die wohl am schlimmsten unter den „Seuerbörsen“ zu leiden hatten, eine Regelung der Stellenvermittlung vorsah. Die Uebel für andere Gewerbe, z. B. für Kaufleute und Gastwirtsgehilfen, schreien indes nicht minder nach Abhilfe. Die Regierung hat nun in dem vorliegenden Entwurf den Versuch gemacht, das gesamte Stellenvermittlungswesen, einschließlich des für die Seeleute bestehenden, nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Wesentlich fand der Gesehntwurf die Zustimmung aller Parteien.

Namens der Sozialdemokratie wies indes Genosse Brühne darauf hin, daß auch eine noch so sorgfältige Regelung des privaten Stellenvermittlungswesens niemals die an der Privatwirtschaft haftenden Schäden völlig beseitigen könne und daß es notwendig sein würde, das System der gewerkschaftlichen, kommunalen und gemeinnützigen Arbeitsnachweise nach Möglichkeit auszubauen. Der Gesehntwurf kommt insofern allerdings dieser Forderung entgegen, als er bestimmt, daß in Orten, wo durch gemeinnützige Arbeitsnachweise irgendwelcher Art für Arbeitsvermittlung hinreichend gesorgt wird, private Arbeitsvermittler überhaupt nicht konzessioniert werden sollen. Brühne erläuterte an einigen Beispielen, wie besonders die Gastwirtsgehilfen und landwirtschaftlichen Arbeiter geschädigt würden und wie die Stellenvermittler es anstellen, die gesetzlichen Einschränkungen ihrer Tätigkeit zu umgehen.

Schließlich wurde der Gesehntwurf an eine Kommission verwiesen.

Die Fraktionsstellung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Bestimmte als Redner für den Gesehntwurf betr. die Arbeitskammern den Genossen Legien, für den Gesehntwurf die Hausarbeit betr. die Genossen Robert Schmidt und Albrecht. Zur Abänderung der §§ 114a ff. der Gewerbeordnung sollen die Genossen Wolfenbutz und Stadthagen reden. Zu den Toleranzanträgen des Zentrums, der am Donnerstag, dem nächstfolgenden Schwereindlage, zur Verhandlung kommt, ist von der Fraktion Genosse David als Redner bestimmt. Für die einzelnen Kommissionen, die eventuell für die betreffenden Gesehntwürfe vorgehen sind, wurden seitens der Fraktion bestimmt: Für den Kaligesehntwurf die Genossen Vrech, Emmel, Albrecht und Que; für das Gesetz die Stellenvermittlung betreffend Hildebrand, Schmidt und Schwarz; für das Arbeitskammergesetz Bömelburg, Legien und Severing. An den Kommissionsberatungen betr. die Hausarbeit werden sich beteiligen die Genossen Albrecht, Schmidt und Stüden. An der Beratung der Gewerbeordnungsabänderung die Genossen Wolfenbutz, Schmidt und Stadthagen.

Ferner wurde beschlossen, an den Reichstangler eine Interpellation zu richten wegen der Angriffe, die er am 10. Februar im preussischen Abgeordnetenhaus gegen das Reichstagswahlrecht richtete. Als Redner hierzu wurden die Genossen Ledebour und Frank bestimmt.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg

Ist der Unterstaatssekretär im preussischen Landwirtschaftsministerium v. Conrad ernannt worden. Geh. Rat v. Conrad war von 1888 bis 1899 Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und gehörte der konservativen Fraktion an.

Die Biersteuer in der bayerischen Kammer.

München, 11. Februar. (Eig. Ber.) Es gibt doch noch Humoc in der Politik! Das bewies der Hauptmann der Reserve und Zentrumsgesandte Loidl in seiner Rede im bayerischen Abgeordnetenhaus. Er sprach den klassischen Satz: „Das Bier ist geradezu ein Mittel zur Bekämpfung des Alkohols.“ Um so trauriger aber für das Zentrum, daß es dieses Mittel verteuert und so die Bekämpfung des Alkoholismus erschwert. Herr Loidl scheint überhaupt ein Mann von Geist und Witz zu sein, denn in seiner Selbstbiographie im Handbuch der Kammer der Abgeordneten schreibt er wörtlich: „1893 trat er behufs Vereinfachung Vermögensverhältnisse halber zur Reserve über.“

Die Beratung des Malgausschlages geht in so raschem Tempo vorwärts, daß in zwei Sitzungen die Generaldiskussion zu Ende geführt werden konnte. Der Berichterstatter sprach nur drei Minuten. Dafür hat er einen schriftlichen Bericht angefertigt, der 514 Seiten stark ist und dessen Durchlegung an 8000 Mark gekostet haben soll.

Die Diskussion beschäftigte sich zunächst mit der Frage, wie Bayern den infolge der Reichsbiersteuer um 12—14 Millionen Mark erhöhten Ausgleichsbetrag an das Reich aufbringen soll. Die Redner der bürgerlichen Parteien sprachen für Erhöhung des bayerischen Malgausschlages, die Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Harzger und Kofshaupter, für Aufbringung durch einen 30prozentigen Zuschlag zu den direkten Steuern. Genosse Harzger brachte den zahlenmäßigen Nachweis, daß eine Erhöhung der direkten Steuern Arbeiter- und Mittelstand wesentlich weniger belastet als eine Erhöhung des Bierpreises um 2 Pf. das Liter. Der Abgeordnete Loidl gab zu, daß die Bayern unter einer Bierpreiserhöhung sehr zu leiden haben werden.

Interessant sind die Feststellungen über die bayerische Bierproduktion und Bierkonsumtion. Die Produktion beträgt 8½ Millionen Hektoliter mit einem Fabrikationswert von rund 130 Millionen Mark. Zur Herstellung dieser Biermenge sind 12 Millionen Hektoliter Gerste erforderlich. Der Export beträgt 3 Millionen Hektoliter im Verkaufswert von 56 Millionen Mark. Wirtschaften sind in Bayern über 40.000, d. i. auf 100 Einwohner eine Wirtschaft.

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Insepatenteil verantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

Wie die Brauereien sich zu helfen wissen, um ihren Proffit auf der Höhe zu erhalten, erhellt aus der Tatsache, daß durch Vervollkommnung der Technik in 8 Jahren zwar 700.000 Hektoliter Malz weniger verbraucht, trotzdem aber 800.000 Hektoliter Bier mehr erzeugt wurden.

Die Regierung will aus der Erhöhung des Malgausschlages 14 bis 15 Millionen heraus schlagen. Da nun eine Erhöhung des Bierpreises um 2 Pf. das Liter in Aussicht steht und der Bevölkerung damit eine Summe von rund 31 Millionen abgenommen wird, machen die Bierbrauer einen Proffit von rund 16 bis 17 Millionen Mark.

Solcher Art sind die Steuererhöhungen, die im Deutschen Reich und im bayerischen Landtage gemacht werden. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion stellte in Aussicht, daß die Konsumenten eine Bierpreiserhöhung sich nicht ohne weiteres gefallen lassen werden.

Aus dem Meininger Landtag.

Der Meininger Landtag nahm mit 15 gegen 9 Stimmen einen Antrag an, der den Herzog ersucht, zugunsten des Landes die Einnahmen aus den Domänen der Besteuerung zu unterstellen.

Verfassungs- und Wahlrechtsänderung in Elsaß-Lothringen.

Dem Landesausschuß in Straßburg ist ein Verfassungsantrag zugegangen, der die Unterschrift sämtlicher Abgeordneten trägt. Der Antrag fordert: die Regierung zu ersuchen, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß die Verbündeten Regierungen dem Reichstage alsbald einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, wodurch bestimmt wird, daß die Verfassung des Deutschen Reiches sowie das Reichsgesetz über die Verfassung Elsaß-Lothringens dahin abgeändert werde, daß Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat erhoben und als solcher den deutschen Bundesstaaten verfassungsrechtlich völlig gleichgestellt werde.

Außer diesem Antrag wird dem Landesausschuß auch ein von der Mehrheit der Abgeordneten unterzeichneter Wahlrechtsantrag zugehen, der wie folgt lautet: „Der Landesausschuß wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß die Verbündeten Regierungen dem Reichstage alsbald einen Gesetzesvorschlag unterbreiten, wodurch bestimmt wird, daß der Landesausschuß von Elsaß-Lothringen oder die bei der Erhebung zum Bundesstaat zu schaffende Volksvertretung aus dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalwahlverfahrens hervorgehen soll.“

„Was ist des Deutschen Vaterland?“

Der alte Ernst Koriß Kndi hätte bekümmert den Kopf geschüttelt, wenn er den letzten Verhandlungen im bayerischen Ständehaus beigewohnt hätte. Die Sozialdemokraten richteten scharfe Angriffe gegen den Oberlehrer, der einem Oberlehrer Ködel wegen einer freimütigen Rede über die Volksschule des „Mutterlandes“ eine Rüge erteilt hatte. Daraus erhob sich in seiner ganzen würdevollen Länge der Chef der Regierung, der Staatsminister von Dusch, und erwiderte: Die Regierung denke nicht daran, die freie Meinungsäußerung zu beschränken, aber hier habe sie einschreiten müssen, weil die Rede über heimische Verhältnisse „im Ausland“ (!) gehalten worden sei. Genosse Dr. Frank erwiderte sofort, nach den Ereignissen der letzten Monate und besonders nach der Verhandlung, die Baden im Bundesrat finde, sei es begreiflich, daß vielen Süddeutschen Preußen als Ausland erscheine. Daß aber dieser Ueberzeugung von der Regierungsbank aus Ausdruck gegeben werde, sei ein überraschendes Zeichen für den Fortschritt der politischen Erkenntnis. Der Vortrag des Herrn Ködel war auf der Versammlung des Deutschen Lehrervereins im Rheintal gehalten worden.

Die Zeugniszwangskoffer.

Seit Anfang Dezember sitzt der Redakteur Kowal von der „Oberschlesischen Volksstimme“ in Zeugniszwangskasse. Der Verhaftete war früher Redakteur in Klausthal und ist in das Verfahren verwickelt, das dort gegen den Reichstagsabgeordneten Amtsgerichtsrat Kölle schwebt. Kowal hatte in seinem Blatt einen Senator scharf angegriffen, der Mann lagte, und das Gericht, unter dem Vorbehalt des Amtsgerichtsrats Kölle, sprach den Angeklagten frei. Die Strafkammer als Berufungsinstanz erkannte dann auf 3 Monate Gefängnis. Es wird nun behauptet, daß der Amtsgerichtsrat Kölle, der den Redakteur freisprach, selbst der Verfasser des Artikels gewesen ist. Darüber soll nun der Redakteur Auskunft geben, die er bislang verweigert hat.

Berichtigung. In dem Artikel unserer Sonntagsnummer „Hag gegen die Arbeiter“ hat sich ein sinnstörerender Druckfehler eingeschlichen, der aus dem Grafen Tisza einen fanatischen Anhänger des gleichen Wahlrechts macht. Der Mann ist in Wirklichkeit ein fanatischer Gegner des Wahlrechts, der aber längst nicht jenes Maß von Hag und Verachtung gegen die Arbeiterklasse hegt, von dem der deutsche Reichstangler und preussische Ministerpräsident befehle ist.

Ungarn.

Eine Regierungspartei.

Budapest, 14. Februar. Das Organisationskomitee der Regierungspartei erklärt einen Aufbruch an die Nation, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die Parteiuerscheidung zwischen den Organen und Anhängern des siebenundzwanziger Ausgleichs, zwischen der Unabhängigkeitspartei und der Ausgleichspartei vollkommen inhaltslos geworden sei, da die Unabhängigkeitspartei, als sie die Majorität erlangte und zur Regierung gelangte, genötigt gewesen sei, ihre Gegnerschaft gegen das Ausgleichsgesetz aufzugeben und den Dualismus anzuerkennen. Das Regime der Koalition habe in einem Zwiespalt zwischen der Nation und der Krone gedeut, welcher das Land den größten Enttäuschungen aussetze. In dieser schwierigen Lage ergebe ein Appell an die Nation zur Bildung einer Partei, die die Harmonie zwischen König und Nation herstelle und eine Politik der produktiven Arbeit und der realen Ziele im Auge behalte. An die neue Partei könnten sich alle ohne Rücksicht auf ihre frühere Zugehörigkeit zu einer alten Partei anschließen. Die Konstituierung finde am 19. d. Mts. statt. Der Aufbruch trägt die Unterschriften aller Minister, des Grafen Tisza und Elsaß, zahlreicher Notabilitäten und Mitglieder der früheren liberalen Partei. Die Verfassungspartei beschloß heute, sich aufzulösen.

England.

Das neue Parlament.

London, 15. Februar. Das Unterhaus trat heute nachmittags 2 Uhr zusammen und beschäftigte sich mit der Wahl des Sprechers. Die königliche Sanction der Wahl Douthers zum Sprecher des Unterhauses wird dem Unterhause morgen bekanntgegeben werden und die Mitglieder werden sodann den Suldigungseid leisten. Da diese Zeremonie den größten Teil der Woche in Anspruch nehmen wird, so wird die Thronrede nicht vor dem 21. d. M. zur Verlesung gelangen. Verschiedene Gerüchte laufen um bezüglich der Haltung des Kabinetts. Es heißt, daß die Mitglieder des Kabinetts immer noch in zwei Gruppen geteilt

sind und daß eine Einigung über die einzunehmende Haltung des Kabinetts noch nicht erzielt sei.

Türkei.

Zur Lage in Mazedonien.

Konstantinopel, 9. Februar. (Eig. Ber.) In der Korrespondenz vom 30. Januar hatten wir über die Sitzungen des Parteirates der „mazedonisch-demokratischen Föderation“ berichtet, die sich mit den letzten Ereignissen in Mazedonien und den türkisch-bulgarischen Mißverständnissen beschäftigten sollten. Unsere Hoffnung, daß der Parteirat die Tragweite des Moments erfassen und seine staatsbürgerlichen Pflichten erfüllen würde, hat sich erfüllt.

Der Parteirat hat beschlossen, sich durch einen Aufruf an alle Bürger Mazedoniens zu wenden und sie aufzufordern, ihre Kräfte zu vereinigen, um die osmanische Konstitution zu befestigen. Denn das Schicksal Mazedoniens hängt von dem der Türkei ab. Weiter wird das mazedonische Volk aufgefordert:

1. Seine ganze Energie anzustrengen, um zahlreichen und mannigfaltigen Einflüssen entgegenzuwirken, die die günstige Atmosphäre für die Tätigkeit der Wunden schaffen, die von verschiedenen Staaten subventioniert werden und oft gewöhnliche gemeine Verbrechen begehen.

2. Alle Mittel zu ergreifen, um unter den demokratischen Elementen aller Nationalitäten Mazedoniens eine Annäherung anzubahnen.

Das Interessanteste an diesen Beschlüssen ist, daß die Föderation die sogenannte Vandalenaktion verurteilt und die Erneuerung ihrer Tätigkeit als eine Provokation der Mächte brandmarkt. Weiter ist es sehr erfreulich, daß die stärkste Partei Mazedoniens sich von dem bulgarischen Nationalismus los sagt und die gemeinschaftliche Tätigkeit mit anderen Nationalitäten für notwendig hält.

Das Wichtigste ist aber, daß wenigstens ein Teil der Mazedonier schon verstanden hat, daß die Lösung ihrer Frage im Zusammenhang mit der Befestigung der osmanischen Konstitution steht.

Und es sind nicht bloß die Mazedonier, die dies einzusehen begannen. Die armenische sozialistische Partei „Dschanakutium“ hat mit dem jungtürkischen Komitee für „Einheit und Fortschritt“ schon längst einen Vertrag geschlossen, worin sich beide Parteien zu solidarischer Tätigkeit zwecks Verteidigung der Konstitution verpflichten.

In der Solidarität der Völker und nicht in der Intervention der eigennütigen, gierigen Großmächte besteht die Möglichkeit einer Förderung der Wohlfahrt nicht nur aller Mazedonier, sondern auch der ganzen Türkei und ihrer zahlreichen Nationalitäten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstags-Erfatzwahl in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach.

Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie!

Mülheim a. Rhein, 15. Februar. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Köln 6 (Mülheim-Gummersbach-Wipperfürth) haben erhalten: Oberlandesgerichtsrat Marx (Z.) 20.867, Schriftsteller Dr. Erdmann (Sozialdemokrat) 10.927, Rechtsanwalt Falk (natl.) 8461, Pfarrer Hosmann (christlich-sozial) 1124 Stimmen, zerstückelt waren 32 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen Marx und Dr. Erdmann erforderlich.

Das Ergebnis von 1907 lautete: Sozialdemokraten: 8538; Zentrum: 10.958; Nationalliberale: 11.218.

Die Sozialdemokratie hat also um 2389 Stimmen zugenommen, das Zentrum hat nur 400 Stimmen gewonnen, die Nationalliberalen haben 2757 Stimmen verloren, oder, wenn man ihnen die Stimmen der 1907 nicht vertretenen Christlich-Sozialen zugerechnet, 1633 Stimmen.

Die Sozialdemokratie hat also einen starken Stimmengewinn erzielt, das Zentrum aber hat das mit Hochdruck verfolgte Ziel, wie 1907 im ersten Wahlgang zu siegen, nicht erreicht.

Wahlrechtsdemonstration in Kassel.

Kassel, 15. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In hiesigen Gewerkschaftshaus tagte heute abend eine große Protestversammlung, die von 3000 Personen besucht war. Nach Schluß der Teilnehmer durch die Königstraße nach dem Friedrichsplatz, wo ein Genosse eine Ansprache hielt, die mit einem Hoch auf das Wahlrecht endete. Die Demonstration wurde dann ohne Störung aufgelöst, da sich die Polizei vernünftig benahm.

Gegen die Willkür der Frankfurter Polizei.

Frankfurt a. M., 15. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heutigen Stadtverordnetenversammlung hatten die Sozialdemokraten und die Demokraten gegen das brutale Vorgehen der Polizei am letzten Sonntag Interpellationen eingebracht. Die sozialdemokratische Interpellation richtet sich gegen die polizeiliche Benützung städtischer Einrichtungen und lautet:

1. Ist dem Magistrat bekannt, daß bei Gelegenheit einer Volksversammlung am letzten Sonntag Polizeibeamte städtische Straßenbahnwagen okkupiert haben, um den friedlichen Abgang der Versammlungsbesucher zu verhindern und was gedenkt der Magistrat zu tun, um dies für die Zukunft zu verhindern?

2. Was hat das Straßenbahnamt veranlaßt, der Polizei am Sonntag die Werkstätten der Handwerker einzuräumen und zu vorübergehendem Aufenthalt zwecks Wohnung zu überlassen und zu gedenkt der Magistrat zu tun, um dies für die Folge zu verhindern?

Die demokratische Interpellation lautet: Mit Rücksicht darauf, daß das Verhalten der Polizei besonders am letzten Sonntag geeignet ist, sowohl die Sicherheit harmloser Passanten zu gefährden als auch den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, ersuchen wir den Magistrat, an der zuständigen Stelle Verwahrung einzulegen, damit die Wiederholung solcher Vorgänge vermieden wird.

Oberbürgermeister Adickes erklärte, dem Magistrat sei von den Vorgängen nichts bekannt. Er wolle deswegen die Interpellationen heute nicht beantworten. In einer sich anschließenden Geschäftsordnungsdebatte wurde allgemein verlangt, daß die Interpellationen schnellstens beantwortet werden. Ein bürgerlicher Stadtverordneter erklärte unter Zustimmung der Versammlung, daß alle Parteien über das Vorgehen der Polizisten entrüstet sind. Die Interpellationen sollen am nächsten Dienstag beantwortet werden.

Ein weiterer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion bezüglich des gleichen Wahlrechts will den Magistrat ersuchen, in einer Resolution entsprechenden Protest gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung beim Abgeordnetenhaus einzulegen. (Es ist derselbe Antrag, den die Berliner sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion gestellt hat.)

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsskizzen.

Reichstag.

36. Sitzung, Dienstag, den 15. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Sydow, v. Arnim-Criegen. Die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Absatz von Kalifalgen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Ricklin (Elsässer): Auch bei uns im Elsass ist die Kalifalginindustrie zufolge der dort gefundenen Kalifalgen im Aufblühen begriffen; in diese Entwicklung würde das Gesetz nur störend eingreifen. Es wird von der Gestalt, die das Gesetz in der Kommission erhält, abhängen, ob wir ihm zustimmen können.

Abg. v. Damm (württ. Vg.): Gegen einen Kalifalgenzoll an sich haben wir nichts, aber der Weg, den die Regierung vorschlägt, erscheint uns wirkungslos.

Abg. Werner (Ant.): Wir müssen uns gegen die Ausbeutung durch Amerika sichern, das wird eine Hauptaufgabe der Kommission sein. Unsere Bauern haben Kalidünger zu wahren Hungerpreisen kaufen müssen; wir haben aber die Aufgabe, unsere Bodenschätze unserem Volke zu sichern. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Dammberg (Welfe): Was man über die Millionen-gewinne und Niederdwinden hier erzählt hat, ist doch sehr stark übertrieben. Im vorigen Jahre hat die Kalifalginindustrie bei einem Umsatz von 110 Millionen Mark an Löhnen, Gehältern und sozialen Lasten 40 Millionen Mark bezahlt.

Abg. Brandts (Völk.): Wir haben wesentliche Bedenken gegen die Vorlage, die wir in der Kommission zum Ausdruck bringen werden.

Es läuft ein

Schlussantrag

ein von den Konservativen, dem Zentrum und den National-Liberalen!

Abg. Lebebour (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Es ist ganz ungewöhnlich, daß bei einem Gesetzentwurf von so außerordentlicher Bedeutung in der ersten Lesung die Debatte kurz abgebrochen wird. Es ist von den Fraktionen bisher nur je ein Redner zu Wort gekommen, während Voraussetzung war, daß mindestens zwei Serien sprechen würden. Wir haben unsererseits den dringenden Wunsch, daß unser zweiter Redner noch zu Wort kommt, und ich nehme an, daß das auch bei den anderen Fraktionen der Fall ist.

Der Schlussantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Abg. Will (Els.): Ich bedaure, durch den Schluss der Debatte verhindert zu sein, den Standpunkt der Elsässer zu vertreten. (Lautes Lachen links.)

Abg. Emmel (Soz.): Ich will nur feststellen, daß der Herr Vorredner zu einer der großen Parteien gehört, die neben für den Schluss gestimmt haben. Daher ist es ein etwas eigenartliches „Bedauern“, das er ausgesprochen hat. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Roehde (D. d. L.): Auch ich bedaure, durch den Schluss der Debatte verhindert zu sein. (Stürmisches Gelächter links.) Ich behalte mir das für später vor.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Ich bin etwas erstaunt über die Ausführungen der Herren Will und Dr. Roehde. (Sehr richtig! links.) Herr Will gehört der Partei an, die durch drei Redner in der Debatte vertreten gewesen ist! (Hört! hört! links.) Unsere Partei, speziell ich, bin in dieser Debatte in einer Weise angegriffen, auch persönlich, wie dies sonst nie geschieht, und Sie haben uns durch Ihren Schlussantrag das Wort abgeschnitten. (Sehr wahr! links.) Da ist es doch merkwürdig genug, daß die Herren sich jetzt darüber beschweren, daß ihnen das Wort abgeschnitten ist. (Sehr gut! links.) Aber Ihr Vorgehen mißt Ihnen nichts, es wird Ihnen doch nichts geschehen. (Bravo! links.)

Abg. Gröber (B.): Der Vorredner ist im Irrtum. Von unserer Partei ist lediglich Dr. Heim zu Wort gekommen.

Abg. Emmel (Soz.): Außer Herrn Dr. Heim hat noch Dr. Ricklin gesprochen, der dem elsässischen Zentrum angehört und außerdem der Hospitant des Zentrums Herr Dammberg.

Kleines feuilleton.

Die Schöpfungsgeschichte der preussischen Wahlreform. Am Anfang schuf Bethmann die Wahlreform. Und die Schöpfung der preussischen Geheimräte waren wüste und leer und es war finstern in ihrer Erkenntnis und der konservative Geist schwebte über den Wasserlöpfen.

Und Bethmann sprach: Es werde öffentlich. Und es ward öffentlich.

Und Bethmann sah, daß die Öffentlichkeit gut war. Da schied Bethmann die Öffentlichkeit von der „Heimlichkeit“.

Und nannte die Öffentlichkeit frei und die „Heimlichkeit“ abhängig. Da ward aus Abend und Morgen der erste Tag.

Und Bethmann sprach: Es werde eine Feste zwischen den Volksmassen.

Da machte Bethmann die Feste und schied das Volk in den Städten von dem Volke auf dem Lande. Und es geschah also.

Und Bethmann nannte die Feste Wahlkreis-einteilung. Da ward aus Abend und Morgen der andere Tag.

Und Bethmann sprach: Es sammle sich die Armee unter dem Volke an besondere Orte, daß man den Reichtum sehe. Und es geschah also.

Und Bethmann nannte den Reichtum besitzende Klasse und die Sammlung der Armee nannte er besitzlose Klasse. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Und Bethmann sprach: Es entstehe aus dem preussischen Volke eine dritte Klasse, die fünfundachtzig Prozent aller Wähler umfaßt. Und es geschah also.

Und es entstand aus dem preussischen Volke eine dritte Klasse, die die Arbeiter, Angestellten, Unterbeamten, Kleinbauern und Klein-gewerbetreibenden umfaßt. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Da ward aus Abend und Morgen der dritte Tag.

Und Bethmann sprach: Es werden Lichter am Wahlrechtshimmel, die da scheiden Armut und Reichtum und geben Klassen, Stände und Rollen.

Und seien Lichter am Wahlrechtshimmel, daß sie scheinen dem preussischen Volke. Und es geschah also.

Und Bethmann machte zwei große Lichter, den Besitz und die Bildung.

Und Bethmann setzte sie an die Feste des Wahlrechtshimmels, daß sie scheinen dem preussischen Volke.

Und Reichtum und Armut regierten und schieden Ausbeuter und Ausgebeutete. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Da ward aus Abend und Morgen der vierte Tag.

Und Bethmann sprach: Es entstehe aus dem preussischen Volke eine zweite Klasse, die zehn Prozent aller Wähler umfaßt.

Und Bethmann schuf eine zweite Klasse, die sich aus den Mittelschichten des preussischen Volkes zusammensetzte. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Da ward aus Abend und Morgen der fünfte Tag.

Und Bethmann sprach: Das preussische Volk bringe hervor eine erste Klasse, die fünf Prozent aller Wähler umfaßt. Und es geschah also.

Und Bethmann machte die erste Klasse aus den Reichsten und Vornehmsten der Nation. Und Bethmann sah, daß es gut war.

Abg. Dammberg (D. d. L.) stellt fest, daß er nicht Hospitant des Zentrums sei.

Abg. Gröber bestreitet ebenfalls, daß die genannten Abgeordneten dem Zentrum angehören. (Zuruf links: So werden sie ab-geschworen! Heiterkeit.)

Abg. Lebebour: Geviß gehören die Herren Dammberg und Ricklin nicht der Fraktion des Zentrums an. Aber gerade die Tatsache, daß einzelne Abgeordnete, die für sich selber isoliert im Hause stehen, hier zu Wort gekommen sind, müßte dafür sprechen, daß dann den großen Fraktionen das Recht gegeben sein muß, ein-deutsch mit zwei Rednern zu Wort zu kommen. (Lebhafte Zu-stimmung links.)

Das Gesetz wird hierauf an eine Kommission von 21 Mit-gliedern verwiesen.

Stellenvermittlungsgesetz.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Stellenvermittlungsgesetzes.

Staatssekretär Desbrück:

Die fortgesetzten Klagen über die Stellenvermittlung haben die Einbringung dieses Gesetzes veranlaßt. Die zunehmende Bedeutung der Stellenvermittlung, der steigende Bedarf an Arbeitskräften, die sozialpolitischen Kämpfe um den Arbeitsnachweis, alles das drängt auf eine reichsgesetzliche Gestaltung dieser Materie. Besonders die großen Kämpfe um den Arbeitsnachweis zwischen gewaltigen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen Gegenstand gelenkt — ich erinnere an die Erörterungen, die hier über den Arbeitsnachweis in Rheinland-Westfalen stattgefunden haben. Die Verbündeten Regierungen haben die Frage der Einführung öffentlich-rechtlicher Arbeitsnachweise mit paritätischer Beteiligung der Arbeiter und Arbeitgeber reichlich erwogen; sie sind aber zu dem Resultat gelangt, daß die Lösung der Frage in diesem durchgreifenden Sinne vor-läufig wenigstens noch nicht möglich ist. Es müßte auch in Ver-tracht gezogen werden, daß, während auf der einen Seite manche öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweise ihrer Aufgabe zurzeit noch nicht in vollem Umfang zu genügen vermögen, auf der anderen Seite zahlreiche private Stellenermittler vorwurfsfrei ihrer Tätigkeit obliegen. Es geht nicht an, diese Leute ohne weiteres um ihr Brot zu bringen; mindestens müßte dann gleichzeitig die Frage der Entschädigung aufgeworfen werden.

So begnügt sich der Gesetzentwurf damit, die private Stellenvermittlung einer öffentlich-rechtlichen Regelung zu unterwerfen. Da-durch, daß der Entwurf die Erlaubnis zur privaten Stellenvermit-tlung an den Nachweis des Bedürfnisses knüpft und das Bedürfnis insbesondere dort verneint, wo ein öffentlicher gemeinnütziger Arbeits-nachweis in ausreichendem Umfang besteht, wird der ersichtlich in der Richtung nach paritätischen Arbeitsnachweisen sich be-wegenden Entwicklung Rechnung getragen. Die Bestimmungen des § 12, der den Landesbehörden die Ausdehnung der Bestimmungen des Gesetzes auf die nicht gewerbmäßig betriebene Stellenvermittlung ermöglicht, sind geeignet, dieser Entwicklung weiteren Vorkurs zu leisten.

Redner bespricht sich kurz die Einzelbestimmungen des Gesetzes, wie das Verbot, bestimmte Gewerbe (Gastwirtschaft, gewerbmäßige Wohnungvermittlung, Kleiderhandel, Lotteriegewerbe usw.) neben gewerbmäßiger Stellenvermittlung zu betreiben, geht ganz kurz über die Strafbestimmungen hinweg (die Strafan-drohung wegen Verleitung zum Kontraktbruch erwähnt er gar nicht, bemerkt zuletzt, daß der Entwurf in den Interessentenkreisen durchweg günstige Aufnahme gefunden habe, daß besonders der Verband der Arbeits-nachweise sich für den Entwurf ausgesprochen habe, da zurzeit nicht mehr zu erwarten sei, und empfiehlt das Gesetz der wohlwollenden Prüfung des Hauses).

Abg. Dr. Pfeiffer (B.):

Ob der Entwurf in der vorliegenden Gestalt Annahme finden wird, das scheint mir denn doch noch recht zweifelhaft. Immerhin betrachten wir den Entwurf im Prinzip als einen Fortschritt. Ganz besonders freuen wir uns über das Verbot, Gastwirtschaft und gewerbmäßigen Betrieb von alkoholischen Getränken neben der ge-werbmäßigen Stellenvermittlung zu betreiben. Gerade darüber

Und Bethmann sprach: Lasset uns eine Bureaokratie machen, ein Bild, das uns gleich sei, die da herrsche über die dritte Klasse der Entrechteten und über die zweite Klasse der Mittelschichten und über die erste Klasse der Reichen und Vornehmen.

Und Bethmann schuf die Bureaokratie, ihm zum Wilde, zum Wilde Bethmanns schuf er sie.

Und Bethmann segnete sie und sprach zu ihr: Sei fruchtbar und mehre dich und erfülle das preussische Volk und mache es dir untertan.

Und Bethmann sah an alles, was er gemacht hatte, und siehe da, es war sehr gut.

Da ward aus Abend und Morgen der sechste Tag. . .

Die Solidarität der Zensur. Die Autoren der in Wien und Berlin verbotenen Schaarre „Der Feldherrnhügel“ schreiben uns: Die Berliner Behörde hat die Erlaubnis zur Auf-führung unseres Stückes lediglich deshalb verweigert, weil es nach den von den zuständigen Wiener Ortsbehörden be-stätigten Nachrichten der Presse in Wien als eine Verleumdung der österreichischen Armee, ihrer Einrichtungen und ihres Kommandos empfunden worden ist und aus diesem Grunde Anstoß und Vergernis erregt hatte. Wir (die Autoren) stellen fest:

1. Ein österreichisches Gesetz gebietet dem Reichskriegsminister (und nur ihm) Klage zu erheben, wenn er die Armee oder einzelne ihrer Teile beleidigt sieht. Der Kriegsminister erklärt aber, im „Feldherrnhügel“ nicht nur keine Verleumdung der Armee erblickt, sondern im Gegenteil über das harmlose, lustige Stück nur das Beste gehört zu haben.

2. Das einzige militärische Blatt, das Notiz von dem Stück nahm, war Danzgers „Armeezeitung“, übrigens das weitest größte Militärfachblatt der Monarchie. Und die „Armeezeitung“ ist ent-schieden und ohne Vorbehalt gegen das Polizeiverbot und für uns, die Autoren, eingetreten.

3. Keine Kommandostelle des k. und k. Heeres und der k. k. Landwehr — weder in Wien noch in der österreichischen Provinz — hat den Besuch der „Feldherrnhügel“-Vorstellungen verboten. Man sah denn auch in jeder der 19 Wiener Vorstellungen Offiziere aller Chargengrade vom General bis zum Leutnant. — Aus diesen Tatsachen geht wohl zur Evidenz hervor, daß die Wiener „Ortsbehörden“ — die k. k. Polizeibehörde näm-lich — der Berliner Zensurbehörde falsche Informationen ge-liefert hat, wenn sie behauptete, der „Feldherrnhügel“ wäre in Wien als eine Verleumdung der Armee empfunden worden“ und hätte „aus diesen Gründen Anstoß und Vergernis erregt.“

Wir haben durch unseren Rechtsanwalt Beschwerde beim Ober-präsidenten erhoben. Carl Höpfer, Roda Roda.

Das sind zwar triftige Argumente, die die Verfasser anführen, aber damit ist natürlich noch lange nicht gesagt, daß sie für unsere Behörden triftig sind.

Pariser Ueberschwemmungen seit 250 Jahren. Es ist jetzt mit Sicherheit festgestellt worden, daß Paris eine ähnliche Ueber-schwemmung wie jetzt seit beinahe zweieinhalb Jahrhunderten nicht erlebt hat. Ein Mitarbeiter der „Nature“ stellt eine Liste von Hochwassern zusammen, die Paris seit dem Jahre 1649 über sich hat ergehen lassen müssen, und es findet sich darin nur eine Zahl, die die Fluthöhe vom Januar 1910 übertrifft, nämlich für den Februar 1663 mit 850 Zentimetern gegen 830 Zenti-

meter in diesem Jahr. Bei den anderen Ueberschwemmungen stieg das Wasser nicht über 800 Zentimeter hinaus. Auffallend ist der Umstand, daß die Hochfluten in früherer Zeit verhältnismäßig kurz auf einander gefolgt sind. So gab es in dem Jahrzehnt von 1649 an ein dreimaliges Hochwasser, im ersten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts ein zweimaliges, während dann ein volles Jahrhundert bis zur Wiederholung einer derartigen Katastrophe verging. Die Ursachen der Seinerüberschwemmung sind übrigens nicht so augenfällig wie ihre Wirkungen, und selbst ein Geograph, der nicht besonders Kenntnisse der Verhältnisse besitzt, mag sich mit Recht darüber wundern. Vor allen Dingen fehlt es doch an Quell-gebiet der Seine und ihrer Zuflüsse ganz an hohen Gebirgen, die etwa gar von ewigem Schnee bedeckt wären und ein Reservoir für fruchtigkeitsmassen bilden, die durch den plötzlichen Eintritt von warmem Wetter gefährlich werden müßten. Die Erklärung ist vielmehr allein in der Tatsache zu erblicken, daß der Boden innerhalb weitem Gebiets des Seins-bassens sehr undurchlässig ist und daß daher fast das gesamte Regen-wasser, namentlich nach heftigen Güssen, dem Fluß zufließt. Dazu kommt freilich, daß auf den Plateaus von Nordan, die gleichfalls mit undurchlässigen Bodenarten bedeckt sind, im Winter fest Schnee liegt, dessen Schmelzen unter Umständen mächtig mitwirkt. Die beiden großen Flüsse, die sich mit der oberen Seine zur eigentlichen Seine vereinigen, die Yonne und die Marne, haben gleichfalls bedenkliche Eigenschaften, abgesehen die Yonne eigentlich der einzige unter diesen Strömen ist, der zu-weilen den Charakter des Vergewaltigers annehmen kann, also mit reizender Schnelligkeit fließt und ebenso rasch wieder fällt. Die Marne fließt von der Yonne erreichten nach einem schweren Regenfall die Stelle des Zusammenflusses zuerst, und zwar schon nach drei oder vier Tagen, während die Wasser der oberen Seine und Marne erst vier oder fünf Tage später ankommen. Gält das Unwetter nicht lange an, so genügt dieser zeitliche Zwischenraum, eine Häufung der Gewässer aus allen drei Quellflüssen zu verhalten. Bei langer Dauer oder einer schnellen Wiederholung des Regenwetters aber kann die Wirkung einer einzigen fortgesetzten Flut von großer Höhe entstehen. Günstig ist es bei all dem, daß das Eintreffen einer Flut für Paris eine Reihe von Tagen vorausgesagt werden kann und zwar auch ihrer mutmaßlichen Höhe nach.

Notizen.

— Rusitaktion. Am Donnerstag, den 17. nachm. 5 Uhr, findet im Künstlerhaufe eine Wiederholung des persisch-arabischen Vortrags- und Liederabends statt. Bilette zu 1 M. im Künstlerhaufe.

— Die Südpolar-expedition Charcois hat nach einem Telegramm ihres Leiters aus Punta Arenas wesentlich wissenschaftliche Aufgaben gelöst. Die bei der vorigen Expedition begonnene Aufnahme des Küstenlandes konnte bis zur 130 Meilen langen Insel Udelaide fortgesetzt werden. Im Süden wurde ein ausgebeuteter Meerbulen entdeckt und 120 Meilen neues Land aufgefunden. Weiter wurde das Alexanderland erreicht und damit der Hauptzweck der Reise erfüllt. Auf der Petermannsinsel wurde überwintert. Der Winter war nicht sehr streng, aber unangenehm. Interessante Winterflüge konnten unternommen werden. Das zweite Lager wurde auf den südlichen Schelfandinseln gehalten. Damit wurde nach Süden vorgestoßen und die Petermannsinsel wieder-gefunden.

gefakten Maßnahmen, daß ein Stellenvermittler weder eine Gastwirtschaft noch eine Schankwirtschaft, Kleinhandel mit geistigen Getränken, gewerbsmäßige Vermietung von Wohn- oder Schlafstellen, Handel mit Kleidungs-, Gebrauchs- oder Verzehrungsgegenständen oder mit Lotterielosen und das Geschäft eines Geldwechslers, Händlelers oder Handvermittlers weder selbst noch durch andere betreiben darf, schließen wir uns vollständig an. Gerade da, wo die Stellenvermittlung mit Wohn- und Schlafstellen verbunden ist, sind die Mietsätze ganz besonders hoch. Wir gehen aber noch weiter. Der § 8 will der Landeszentralbehörde erlauben, Ausnahmen von jener Vorschrift zuzulassen. Damit ist der Umgehung Tor und Tür geöffnet. In Berlin hat z. B. ein Stellenvermittler seine Gastwirtschaft aufgegeben, sein Nachfolger aber muß ihm für jede Tonne Bier, die er verkauft, 1,40 M. zahlen, vom Wein 15 Proz., außerdem die Miete für sein Bureau und die Telefongebühren! Die Gäste der Wirtschaft sind natürlich die arbeitslosen Stellensuchenden. In dieser Weise würde das Gesetz auch später umgangen werden können.

Der Entwurf bestimmt ferner die

Bestimmung bestimmter Tagen

für die Vermittlung. Man kann ja über solche Tage verschiedener Meinung sein. Wenn man aber die Auswüchse im Stellenvermittlungswesen kennt, wird man doch zugeben müssen, daß das Gesetz ohne eine verlässliche Tage seinen Zweck nicht erfüllen kann. Interessant ist es, welche Summen für das Vermittlungswesen in Deutschland ausgegeben werden. Nach Dr. Freund, einem sehr guten Kenner dieser Verhältnisse, gibt die Landwirtschaft allein an Provision und Reisekosten für die vermittelten Arbeiter jährlich zehn bis fünfzehn Millionen Mark aus. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn sie das kann, auch allerdings der Verdienst in der Landwirtschaft ein ganz ungeheurer sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber nicht einbezogen sind in dieser Summe diejenigen Summen, welche die arbeitslosen Arbeiter zahlen müssen. Diese werden von den Stellenvermittlern auch noch ganz gehörig gerupft. Man laßt so viel über

die Abwanderung vom Lande.

Nun, in der Provinz Posen hat ein einziger Stellenvermittler in einem einzigen halben Jahre nicht weniger als 95 Familien zum Abwandern veranlaßt! In einer dem Reichstag zugegangenen Denkschrift vermahnen sich die Stellenvermittler dagegen, daß sie allein an den Lebensbedingungen schuld seien. Die Denkschrift zeigt auch, in welcher Weise sie die Arbeit vermitteln.

Aus Berlin

bringt ein einziger Stellenvermittler jährlich 3000 bis 5000 Arbeiter auf das Land, im ganzen kommen aus Berlin etwa 100 000 Arbeiter auf das Land! Wenn diese Angaben der Denkschrift der Stellenvermittler richtig sind, muß der Wechsel der Arbeiter auf dem Lande ein ganz gewaltiger sein. Es wäre interessant, zu erfahren, unter welchen Bedingungen und Löhnen diese hunderttausend Arbeiter auf das Land gehen. Die Denkschrift der Stellenvermittler weist darauf hin, daß nicht 10 bis 12 Stunden Arbeit, sondern 16 bis 18 Stunden Arbeit bei 4 bis 5 Pf. Lohn pro Stunde und der ständigen Verpflegung gearbeitet werden muß, weshalb die Leute es dort nicht aushalten. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die schlimmsten Zustände im Stellenvermittlungswesen herrschen aber

im Gastwirtsgerwerbe.

Gäßen freilich die Gastwirtsgehilfen sich schon früher zu einer leistungsfähigen Organisation zusammengeschlossen, so würden die Mißstände nicht so haben eintreten können. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Gastwirtsgehilfen wissen, daß bei den Vermittlern ein vollständiger Tarif über ganz Deutschland besteht. Wenn ein Geschäftsführer, Buchhalter, Konditor oder Koch eine Stelle sucht, so hat er von dem ersten Monatslohn nicht weniger als 25 Proz. dem Vermittler zu zahlen. Ein Oberkellner in einem Hotel ersten Ranges muß 45 M. zahlen, ein solcher in einem Hotel zweiten Ranges 35 M., ein Zimmerkellner 30 respektive 18 M., ein Zofenkellner 12 M., und so geht es fort bis zum Auskutschkellner, der pro Tag 75 Pf. zahlen muß. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Verdienst der Vermittler ist allerdings so gering, wie sie selbst glauben machen wollen. Was für eine

Ausbeutung auf dem Lande

befiehlt, dafür nur ein Beispiel: In den Vorhöfen des Gastwirtsgehilfenverbandes Pöhlitz wandte sich ein ländlicher Stellenvermittler aus Plessburg, der für Dienstmädchen pro Person 60 M., für andere Personal 40 M. Vermittlungsgebühr bezahlen wollte. Zu diesen hohen Gebühren kommen noch

andere Auswüchse.

So ist es in Übung gang und gäbe, daß der Stellenvermittler die Kellnerinnen, die er vermittelt, auch gleich einlädelt, wobei ihnen natürlich das Bierchen des Wertes der Kleider abgenommen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Vermittler verlangte von einem Kellner für die Vermittlung 100 M., wovon 25 M. sofort, 25 M. nach drei Monaten, 25 M. nach sechs und der Rest nach einem Jahre zu zahlen war. Der Kellner zahlte 60 M., und als der Vermittler, den Rest einlagte, war das Gericht so vernünftig, die Klage abzuweisen, weil die Vermittlungsgebühr von 100 M. zu hoch sei.

Wie gewissenlos manche Stellenvermittler vorgehen, dafür will ich noch ein Beispiel anführen, das ich im vorigen Sommer selbst erlebt habe: Ein Stellenvermittler ging in ein Hotel und erklärte dort dem Personal, er könne ihnen allen gute Stellen besorgen; sie sollten sämtlich am nächsten Sonnabend kändigen. Nachdem er dies auch erreicht hatte, ging er zu dem Hotelier und sagte zu ihm: Ihr Personal wird Ihnen am nächsten Sonnabend wahrscheinlich ungenügend; ich bin bereit, Ihnen neues, gutes Personal zu vermitteln. So schlug er zwei Fliegen mit einer Klappe.

Auch im Handel ist es nicht anders und nach der Meinung gemindert, daß die private Stellenvermittlung ganz zu besorgen ist. Es haben sich hier sogenannte „Kaufmännische Vereine“ gebildet, die in vielen Fällen den Stellensuchenden den letzten Pfennig abnehmen, obwohl sie genau wissen, daß sie nicht imstande sind, Stellen zu vermitteln.

Nach § 12 hat die Landeszentralbehörde zu bestimmen, in wie weit die hauptsächlichsten Vorschriften des Entwurfs auf nicht gewerbsmäßig betriebene Stellen oder Arbeitsnachweise anzuwenden sind, und weitere Bestimmungen über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Betrieb dieser Nachweise zu erlassen.

Die Arbeitsvermittlung bei den Gewerkschaften

hat außerordentlich segensreich gewirkt. Wir beklagen aber, daß man nach diesem Paragrafen den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen das Leben sauer machen wird. Man scheint hier ein ähnliches Mißtrauen gegen die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu haben, wie früher gegen die Arbeitersekretariate. Das Mißtrauen gegen diese hat sich allmählich gelegt; sie werden nicht nur von Arbeitern, sondern auch von Arbeitgebern vielfach benutzt, und auch die christlichen Gewerkschaften haben schon seit langer Zeit Arbeitersekretariate eingerichtet. Aber gegen die Arbeitsnachweise scheint immer noch Mißtrauen zu bestehen. Am besten wäre es, man würde in unserem Entwurf den Artikel 2 des französischen Gesetzes einfügen, welcher ausdrücklich die Arbeiterorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von solchen Einschränkungen freiläßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir stimmen der Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zu und hoffen, daß man alle Mängel dort gründlich prüft. Wir hoffen, daß etwas Brauchbares in der Kommissionsberatung zustande kommt. Sollen die Arbeiter aber Vertrauen zu den großen paritätischen Arbeitsnachweisen in Deutschland haben, dann mühte man auch endlich daranzugehen und eine schon oft erörterte Frage lösen, indem man den ländlichen Arbeitern die Koalitionsfreiheit gibt und die Gefindeordnung aufhebt; denn das Fehlen der Koalitionsfreiheit für die ländlichen Arbeiter und die Gefindeordnung passen ebenso wenig in unser Zeitalter wie das preussische Dreiklassenwahlrecht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kuferski (Vot.): Wenn es nicht gelingt, in der Kommission einschneidende Veränderungen am Gefindegesetz vorzunehmen, wird es uns nicht möglich sein, ihm zuzustimmen. Jeder Einzelheiten wird sich in der Kommission reden lassen; ich will hier nur so viel sagen, daß sich höchst gefährliche Bestimmungen, der reine Kaufschal, in der Vorlage finden. Mit mathematischer Gewisheit können wir behaupten, daß diese Kaufschalbestimmungen gegen uns und gegen die Gefindeordnung finden würden. Schon allein diese Bestimmungen machen uns den Entwurf unannehmbar. (Beifall bei den Voten.)

Abg. Dr. Burdhardt (Wirtsch. G.): Der Forderung des Kollegen Brühne, daß die Arbeitsnachweise der Arbeiterorganisationen nicht benachteiligt werden dürfen, ist zuzustimmen. Die Diskussion schließt; und die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist das Arbeits-

ammergesetz.

Abg. Bessermann (natl.) (zur Geschäftsordnung) beantragt Vertagung. (Bravo.)

Vizepräsident Dr. Spahn stellt die Unterstufungsfrage, ob das ganze Haus erhebt sich. Die Vertagung wird nahezu einstimmig beschlossen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Erste Lesung des Arbeitsamters- und des Hausarbeitsgesetzes sowie der Novelle zur Gewerbeordnung.)

Schluß 5/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die erweiterte Geschäftsordnungskommission des Reichstags hielt am Dienstag ihre 1. Beratung unter dem Vorsitz des stellvertretenden Leiters Dr. Jung. Es handelte sich um die geschäftliche Regelung der zur Änderung der Geschäftsordnung eingereichten vier Resolutionen. Unter ihnen befindet sich der weitgehendste Antrag des Zentrums (Nr. 225), der eine allgemeine Revision der Geschäftsordnung wünscht. Abg. Kooren erklärt diesen Antrag für einen nicht dringlichen und stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden bei: erst eine Regelung der Einzelfragen (Anträge zu den §§ 35, 48 usw.) in dieser Tagung noch herbeizuführen und darüber einen Bericht an das Plenum gehen zu lassen. Dieser Vorschlag findet die Zustimmung der Kommission; nur der Abg. v. Dirksen war für die Dringlichkeit einer generellen Revision. Ebenso ist die große Mehrheit der Kommission darin einig, daß die Zugziehung eines Regierungsvertreter zu diesen häuslichen Angelegenheiten unterbleibt. Es finden wöchentlich zwei Sitzungen statt; der erkrankte Vorsitzende Singer hofft, die nächste Sitzung leiten zu können.

Eingemeindungen.

Die verstärkte Gemeindefraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat ihre Beratung über eine Reihe Eingemeindungsverträge zu Ende gebracht und einstimmig beschlossen, dem Plenum zu empfehlen: den Gesetzesvorlagen über die Erweiterung der Stadtkreise Essen, Köln, Rastatt, Kiel, Flensburg, Danzig zuzustimmen. Mit Bezug auf Frankfurt (Main) wurde der gleiche Beschluß gefaßt, jedoch stimmten hier die Konservativen (9 St.) unter Führung des Abg. v. Brandenstein dagegen. Die Festsetzung des Verichts und der Verichterstattung an das Haus soll so beschleunigt werden, daß die Vorlage nach vor den Ferien an das Herrenhaus gelangen kann und die Gesetze am 1. April d. J. in Kraft treten können.

Marine-Wirtschaft und Freilins-Wachlappigkeit.

Zu einem interessanten Bruderkampf zwischen den Mitgliedern der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft kam es am Dienstag in der Budgetkommission des Reichstags. Es handelte sich dabei um folgendes:

Für Verpflegungszulagen der Offiziere unserer Marine werden anstatt 4 907 400 M. 5 289 000 M. gefordert. Diese Mehrforderung wird von den Freisinnigen Leonhart und Straube und vom Zentrum bekämpft, weil die Tafel- und Messgeld der hoch bemessenen seien. Abgeordneter Erzberger hat herausgerechnet, daß, wenn man alle Zulagen, die ein Marineoffizier bezieht, zusammenrechnet, man zu dem erschreckenden Resultat gelangt: daß zu 100 M. Gehalt immer noch 60 M. Zulagen hinzukommen! Durch den Abgeordneten Leonhart war ein Fall mitgeteilt, wonach das Schiff „Nixe“ zwar als Burschenschaft diene, aber nicht völlig demonstriert worden sei, sondern die Maschine behalten habe, damit der Kasten noch als „Schiff“ bezeichnet werden und die Schiffszulagen beziehen könne! Eine Antwort hierauf hatte der Abgeordnete nicht erhalten.

Marineinspektör v. Tirpitz behauptet nun unter lebhaftem Widerspruch zahlreicher Kommissionsmitglieder, daß diejenigen Marineoffiziere, welche auf den Torpedobooten zu Unrecht Messgelder erhalten hätten, diese zurückzahlen gezwungen worden wären. Vizeadmiral Capelle unternahm es, nachzuweisen, daß die Messgelder im allgemeinen zu gering seien! Das Messgeld betrage pro Tag für den Offizier 750 M., also pro Monat 22 500 M., für den Kommandanten 450 M.! Das sei wenig und es komme vor, daß Seeoffiziere noch Geld zusehen müßten!

Von konservativer und nationalliberaler Seite wurde Staatssekretär v. Tirpitz warm unterstützt, als er sich gegen den Antrag Leonhart auf Abstrich von 500 000 M. wandte. Um es nun seinen Freunden zu erleichtern, für den Abstrich zu stimmen, ermahnte der Antragsteller die zu streichende Summe auf 271 500 M. d. h. um den gegenüber dem Vorjahre geforderten Mehrbetrag. Aber das war den Herren noch zu viel und Abgeordneter Kommen erhob sich zu einer Rede gegen seinen neben ihm sitzenden Fraktionskollegen, obgleich dieser mittlerweile nochmals das Wort genommen und nachgewiesen hatte, daß auf dem Schiff „Nixe“ tatsächlich keine Messe gehalten wird, das heißt: keine gemeinsamen Mahlzeiten für die Offiziere serviert werden, und daß nur ein Bahmeister, um den Schein zu wahren, sich sein Mittagessen auf das Schiff bringen lasse!

Genosse Koste hatte noch darauf hingewiesen, daß der Abg. Straube auf seine Anfrage, was den Seeoffizieren an Ersparnissen aus den Messgeldern ausgezahlt worden sei, noch keine Antwort erhalten habe. Auf seinen Fall seien die Abrechnungen korrekt, denn das sei doch mit Sicherheit aus der Debatte zu schließen, daß der Aufwand an Kleiderluxus aus dem Gewinn der Messgelder bestritten werde.

Bei der

Abstimmung

fielen die konservativ-nationalliberal-freisinnigen Anhänger der freisinnigen Marineoffiziers fraktion schließlich doch hinein. Der Vorsitzende v. Camp ließ ganz kurzweilige Weise über die höhere Forderung zuerst abstimmen. Diese Forderung wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt, womit der Abstrich beschloffen war! Herr Jungdun vermochte das gar nicht zu fassen und

verlangte, daß noch einmal, und zwar zuerst über den Antrag Leonhart abgestimmt werde! Er wollte auf diese Weise dem Antrag seines Fraktionsfreundes mit Stimmengleichheit den Hals umdrehen lassen! Der Vorsitzende beehrte ihn aber, daß immer über die höhere Summe zuerst abgestimmt werde! Es wird nun den marinefernen Parteien nicht anders übrigbleiben, als zur zweiten Beratung im Plenum einen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage einzubringen, wie das vorige Woche beim Militärstat der Fall war. Damals wurde mit Hilfe freisinniger Budgetkommissionsmitglieder eine Forderung zur Errichtung neuer Schießplätze in Düsseldorf gestrichen, aber im Plenum durch den alten Bloß wieder hergestellt. Wie die Freisinnigen damals ihr Mitglied Gothein bloßgestellt haben, so werden sie diesmal ihre Freunde Leonhart und Straube fallen lassen.

Man sieht daraus: Wenn das Zentrum versagt, springen Nationalliberale und Freisinnige mit Todesbesorgnis in die Bresche, um der Regierung zu zeigen, wie unentbehrlich sie ihr sind.

Uebrigens wurden schließlich doch noch zwei Resolutionen angenommen, durch die der Reichszentralrat aufgefordert wird, noch in diesem Jahre eine Verordnung über die Neuregelung der Tafel- und Messgelder zu erlassen und diese Frage in einer Denkschrift zu behandeln.

Der große Mansfelder Streikprozeß.

Boke, 15. Februar. (Telegr. Ber.)

(Zweiter Tag.)

Am heutigen zweiten Verhandlungstage wurde in der Beweisaufnahme fortgesetzt. Dem Angeklagten Schäfer wird vorgeworfen, daß er bei seiner Vernehmung vor dem Amtsgericht in Heilfeld zugegeben habe, den verstorbenen Bergarbeiter Hannemann geschlagen zu haben. Angekl. Schäfer erklärt das für ein Mißverständnis. Als Zeuge erscheint dann Gendarmereisachmeister Wiedemann. Er bekundet: Hannemann wußte den Namen des Mannes nicht, der ihn geschlagen hatte, er kannte ihn aber. Eines Tages traf er den Mann, als er Zeitungen austrug, und sagte zu ihm: Du hast mich geschlagen, wie heißt Du? Der Mann lief jedoch weg. Dieser Mann wurde dann in der Person des Angekl. Schäfer ermittelt und dem Hannemann gegenübergestellt. Hannemann erkannte ihn wieder, und Frau Hannemann erklärte: Das ist der Mann, den mein Mann beim Zeitungsaustragen angesprochen hat.

Vollzeu Kommissar Fischer-Hettfeld sagt aus: Schon am 20. Oktober wurden die Arbeitswilligen von den Streikenden mit Gewalt begleitet, aber es passierte nichts. Am folgenden Tage begann der Arzwall. Ich erhielt Steinwürfe an den Helm. Auf dem Marktplatz griez die Gendarmerei ins Gedränge, dann entstand eine Lücke. Die Menge rannte nach dem Saigertor, und es wurde gerufen: Ihndt ihn! Ihndt ihn! Hannemann hatte sich in das Haus des Schuhmachermessers Hebler geschüchtet, das von einer großen Menschenmenge umlagert war. Als ich mit Hannemann auf der Straße erschien, rief die Menge: Nieder mit dem Rottegen! Wutthund! Ich zog meinen Revolver und drohte, jeden niederzuschießen, der mich angreifen würde.

Die Beweisaufnahme wandte sich dann dem Falle zu, bei dem der Angekl. Schneider in Betracht kommt. Zeuge Bergmann bekundet: Der Angekl. Brühlmann sagte: Ihr könnt hingehen, wo ihr wollt, alle Wege sind besetzt. Schneider schimpfte: „Reich-treue Kröpel!“ und trat mich dabei mit dem Fuß, so daß ich gegen die Mauer flog. Ich erkenne den Schneider bestimmt wieder. Zeuge Bergmann Hiltz, der am 21. Oktober morgens auf dem Wege zum Mietwandschacht schon einmal überfallen worden war (weicher Fall in der vorigen Woche das Schörrgericht beschäftigt hat), wurde am Nachmittag desselben Tages nochmals mißhandelt. Er bekundet: Als der Zug auf dem Markte mündete, wurde ich ins Gesicht geschlagen. Die Menge drängte so sehr, daß ich mich mit dem Gesicht zur Wand weiter tastete. Am Saigertor erhielt ich einen Tritt. Hinter mir stand der Angekl. Schneider; sein Gesicht war vor Wut verzerrt. Zeuge Polizeisergeant Wölfer: Die Streikenden suchten die Schuhmannsleite zu durchbrechen, ich hielt sie zurück; der Angekl. Regal sagte: „Dah! die Schnauze, Du hast hier keine Nummer!“ Dabei versuchte er, mich an den Hals zu fassen; ich packte seine Hand, worauf Regal rief: „Dah! mich los! Ich schlage Dir den Schädel ein!“ Dabei schlug er mir ins Gesicht und rief sich dann los. Ich habe von der Waffe keinen Gebrauch gemacht, sonst wäre der Arzwall noch größer geworden, und die Arbeitswilligen wären ohne Schutz gewesen. Das würde dann ein Blutbad gegeben haben.

Es werden dann eine Reihe Entlastungszeugen vernommen, die gesehen haben wollen, daß nicht der Angeklagte Regal geschlagen habe, sondern daß Regal von dem Polizeisergeanten Wölfer zurückgeschleudert und ihm dabei das Hand getroffen worden sei. Zeuge Invalide Luedde bekundet, daß er auf einer Anhöhe gestanden und den Vorfall mit angesehen habe. Regal habe nichts getan, er sei von dem Polizeisergeanten gefaßt und zurückgeworfen worden. Zeuge Bergmann Lüd hat gesehen, daß Polizeisergeant Wölfer dem Angeklagten Regal das Hand zerrissen hat. Zeuge Bergarbeiter Welm: Regal wurde ohne weiteres von dem Polizeisergeanten angefaßt und ihm das Hand zerrissen. Zeuge Bergmann Wäker bekundet: Der Polizist sah den Regal von hinten am Genick, holte ihn aus der Reihe heraus und schleuderte ihn umher. Vor.: Das behauptet ja der Angeklagte selbst nicht.

Ueber die Beteiligung des Angeklagten Bieler bekundet der Zeuge Bergmann Thomas, daß er den Bieler in der Bahnhofsstraße im Zuge gesehen habe. Zeuge Bergmann Franz Watisak: Ich besaß mich mit meinem nebzehnjährigen Sohn in dem Zuge der Arbeitswilligen. In der Bahnhofsstraße erhielt ich von Bieler einen Tritt gegen die Hüfte. Als ich mich umdrehte, schlug mich Bieler und sagte: Du verfluchter Vollad, weis Du nicht, daß Du zu Hause zu bleiben hast? Zeuge Bergmann Paul Watisak, der Sohn des Vorgezogenen, ist von Bieler in gleicher Weise gemißhandelt worden. Zeuge Bergmann Louis Schmidt bekundet: Bieler rief uns zu: Wagt es nicht, morgen nach dem Schacht zu gehen, sonst rennt ich Euch das Messer in den Bauch! Zeuge Bergmann Bientz: Ich habe den Angeklagten Brühlmann auf dem Trottoir getroffen. In demselben Augenblick erhielt ich einen Stoß in die Seite und lag durch die Waffe bis auf die Straße. Eine andere Person als Brühlmann war nicht in der Nähe. Ich habe große Schmerzen gehabt. Zeuge Kontrolleur Wätscher: Bientz fiel auf mich und sagte dabei: Ich kann nichts dafür, ich bin von Brühlmann gestoßen worden.

Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Gerichtshof beschloß, die Zeugen, die am Streik teilgenommen haben, wegen Verdacht der Mithäterschaft nicht zu verurteilen.

Den Geschworenen wurde sodann eine Reihe von Schuldfragen vorgelegt, die auf schwerere und einfachere Landfriedensbruch, auf Mißhandlung, Verleumdung, Nötigung usw. lauteten. Die Verteidiger stellten eine Anzahl Hilfsfragen und, wo zulässig, die Frage nach mildernden Umständen.

Hierauf wurde die Weiterverhandlung auf Mittwoch vertagt.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Theologe.

Genosse Dr. Max Wahrenbrecher, der bekanntlich Theologie studiert hat, hält in Leipzig Vorträge über die Frage, ob Jesus gelebt und was er gewollt hat. Das ist sicherlich keine Privatsache, die uns nichts angeht. Bedenklich ist es aber, daß Wahrenbrecher, der sich doch zur Partei zählt, diese Vorträge in einem von der Leipziger Arbeiterschaft boykottierten Lokal hält, und noch bedenklicher ist die Art und Weise, wie er in der bürgerlichen Presse für sich und seine Vorträge die Klammern rühren läßt. Wie uns aus Leipzig gemeldet wird, brachte nämlich dieser Tage das national-

liberale „Leipziger Tageblatt“ eine im Stille der religiösen Traktäten gehaltene Beilage, die auf der ersten Seite Marenbrechers Bild zeigt mit der Ueberschrift „Zwei Jesus-Porträte“; dann folgt auf der zweiten Seite die Ankündigung der Vortrags-Themata und der Eintrittspreise; und die dritte Seite bringt darauf ein literarisches Selbstporträt, das mit folgenden Worten beginnt:

Der sozialdemokratische Theologe

und Historiker Dr. Max Marenbrecher gewinnt mehr und mehr die Aufmerksamkeit nicht nur der theologischen Fachgelehrten in allen Lagern, sondern auch der gebildeten, ästhetischen Kreise in dem nicht kirchlich interessierten Publikum.

Dann folgen weitere Ausführungen über die Bedeutung Marenbrechers als theologischen Schriftstellers und schließlich eine Auswahl von älteren lobenden Zeitungskritiken.

Man kann begreifen, daß Leipziger Arbeiter solche Reklame wenig geschmackvoll finden.

Costas Tod vor der italienischen Kammer.

Rom, 10. Februar. (Fig. Ver.)

Nach einer warmen Sympathieumgebung für die Opfer der Ueberbevölkerungen in Frankreich hat die italienische Kammer heute (wie schon telegraphisch kurz gemeldet. Red.) ihre Sitzung dem Andenken Andrea Costas gewidmet. Als der Kammerpräsident Marcora das Wort ergriff, um des Verstorbenen zu gedenken, erob sich nicht nur die äußerste Linke, sondern die ganze Kammer von den Seiten, und auch die Minister hörten die Gedächtnisrede lebend an. Marcora gedachte der langjährigen persönlichen Freundschaft, die ihn mit dem Verstorbenen verband, seiner langen parlamentarischen Wirksamkeit und seines unermüdbaren Wirkens für die Sache des Proletariats. Er bezeugte Costas als einen der wesentlichen Faktoren der politischen Erhebung und des sozialen Aufstiegs der italienischen Arbeiterklasse.

Nach dem Kammerpräsidenten sprachen die Abgeordneten Pralberto für die Radikalen, Lacava, ein Exminister und Giolittianer, Gallini für die konstitutionellen Demokraten, weiter der Exminister Rava, der Radikale Pera, Genosse Ventini und die Republikaner Rizza und Mirabelli. Genosse Ventini betonte in warmer und schlichter Rede, daß er gern einem Verdienteren die Aufgabe überlassen hätte, im Namen der Parteifraktion Costas zu gedenken, aber die Wahl der Fraktion sei ihm als einem der Jungen gefallen; die Jugend, weil sie mehr der Zukunft zugewendet ist, sei seinen Fraktionskollegen am besten erschienen, die Gedächtnisrede auf Costas zu halten, dessen ganzes Leben der Zukunft zugewendet war. Ventini hat dann die Einmütigkeit der Trauerumgebung konstatiert. Sie ginge darauf zurück, daß Costas in jedem Augenblick seines Lebens, als junger Mensch vor den Äpfeln wie als reifer Mann im Parlament, auf der Rednerbühne wie in den demonstrierenden Volksmassen, selbst in den Stunden des erregtesten Kampfes sich von jeder persönlichen Erbitterung und jeder Gebässigkeit freigehalten. Er schonte die Menschen, um seiner Sache zu dienen. „Unsere Ideale“, fährt Ventini fort, „die zum Triumph berufen sind, was auch immer sich ihnen entgegenstellen möge, fordern von ihren Verehrern Eingabe und Opfer. Opfer hat Costas in Ueberzahl gebracht. Der dumpe tumultuarische Groll der Massen wurde in ihm Betrußlein, und es war Costas Stolz, immer ein gefügiges Werkzeug der Massenbedürfnisse des Proletariats zu sein, ohne Schonung für sich selbst, aber ohne Haß für die Gegner. Man hat ihn an der Propaganda seiner Ideen hindern wollen, aber seine Gefängniszelle und sein Exil scharten die Massen um ihn und tiefen sie zum Kampfe auf. Je mehr man ihn verfolgte, um so weiter strahlte die Wirkung seiner Persönlichkeit. Mit ihm hat man ein Stück der Geschichte unserer Partei zu Grabe getragen, den leuchtendsten Träger unseres Idealismus. Unsere Partei hat viel von ihm zu lernen. Wenn auch die Zeiten vorbei sind, in der die Bewegung unsere Handgelenke forderte, um ihnen Handlähmen anzulegen, so fordert sie doch weiter das, was Costas in hohem Maße besaß: eine lautere Seele, frei von Reiz und Haß, die ohne persönliche Zwecke ihre ganzen Kräfte an ihre Aufgabe legt.“

Anhaltender Beifall folgte den Schlussworten Ventinis. Nachdem andere Abgeordnete die Gedächtnisreden auf die verstorbenen Deputierten De Michetti und Majorana gehalten hatten, ergriff der Ministerpräsident Sonnino das Wort, der im Namen der Regierung der Trauerumgebung für Costas beitrug und mit der Erklärung schloß, daß das ganze in den Dienst eines Ideals gestellte Leben unseres Genossen die Achtung der Menschen aller Parteien verdiene. Daraus beschloß die Kammer eine achtminütige parlamentarische Trauer und hob zur Ehrung des Andenkens Costas die Sitzung auf.

Parteiliteratur.

Biblische Geschichten. Von den unter diesem Titel aus der Feder des Genossen Max Marenbrecher erscheinenden religionsgeschichtlichen Abhandlungen ist Heft 4 zur Ausgabe gelangt. Es führt den Titel „Mosegeschichten“ und hat folgenden Inhalt:

Der Auszug aus Ägypten. Israels Lot in Ägypten. Der Plan zur Verfehlung. Verhandlungen mit dem Pharao. Die Tötung der Erstgeburt und das Passah. Die Katastrophe am Roten Meer. Geschichtlicher Hintergrund. Die soziale Bedeutung der Auszugsgeschichten. Mose. Die lewitischen Priester. Der Priester im alten Israel. Lewitische Sagen von Mose. Jahwe im flammenden Dornbusch. Mose und der Sinai. Moses Kindheit und Tod. Der Religionsstifter Mose. Der ursprüngliche Jahwe. Die Vulkanfornie aus dem Sinai. Naturgott und heilige Stätte. Die Beschneidung. Die Tieropfer. Das Passah. Jahwe als Stammgott. Babylonische Einflüsse in der Wüste. Der Jahwe vom Sinai und der Jahwe von Arah. Der bildlose Jahwe bei den Lewiten. Anhang: Texte. 1. Israels Fronarbeit in Ägypten. 2. Die Katastrophe am Roten Meer nach dem Berichte des Jahwisten. 3. Ein Jahwe-Hymnus aus Juda, über die Katastrophe am Roten Meer. 4. Moses Vererbung nach der Darstellung des Jahwisten. Literatur.

Jedes Heft kostet 1 M., Volksausgabe 40 Pf. Ausführliche Prospektive versendet der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, kostenlos.

Die Differenzen in Holland.

Ausserdam, 14. Februar.

Der Anstich der (neuen) Sozialdemokratischen Partei Hollands an die Internationale wurde bekanntlich vom Internationalen Bureau an die holländische Sektion, d. h. an die S. D. P. (alte Partei), als erste in Frage kommende Zustanz verwiesen. Aus dem vom Parteisekretär der S. D. P., wie gebräuchlich, im „Het Volk“ erstatteten Bericht über die letzte Sitzung des Parteivorstandes erhellt nunmehr, daß die S. D. P. sich mit der S. D. A. P. am 23. Dezember v. J. deshalb in Verbindung gesetzt hatte.

Der Parteivorstand hat nun in seiner Sitzung vom letzten Freitag beschlossen, daß er nicht für die Zulassung der S. D. P. eintreten könne! Er verweist zur Begründung auf eine Adresse, die er im vorigen Jahre in dieser Angelegenheit dem Int. Soz. Bureau eingereicht hat. Hinzugefügt wird, daß dem Vorstand eine andere Art der Aufnahme in die Internationale als durch die Bestellung eines Vertreters im Int. Soz. Bureau nicht bekannt ist. Dieser Vorbehalt ist erfolgt, weil die S. D. P. wegen ihrer numerischen Schwäche erklärt hatte, daß sie zwar die Aufnahme in die Internationale, nicht aber das Recht auf Entsendung eines Delegierten zum Int. Soz. Bureau beanspruchen.

Die S. D. P. ist durch diesen Beschluß der S. D. A. P. vorerst von der Vertretung auf den Internationalen Sozialistenkongressen ausgeschlossen. Der Kongress selbst ist die höchste Instanz zur Entscheidung über die Frage; er wird sich, da die S. D. P. zweifellos an ihn appellieren wird, mit der Frage zu befassen haben, ob die durch die Unzulässigkeit der S. D. P. aus dieser Partei Verdrängten von der Internationale ausgeschlossen sein sollen.

Aus Industrie und Handel.

Der Wertzuwachs ländlicher Güter.

Die Höherbewertung ländlicher Güter erhebt sich zu einem gewissen Grade aus den Uebersichten über die Ergebnisse der Neuverpachtung der in den Jahren 1900 pachtfrei gewordenen und der im Jahre 1910 pachtfrei werdenden Domänen in Preußen, deren Zahl sich auf 26 bzw. 27 beläuft. Die in der abgelassenen und zukünftigen Pachtperiode erzielten Pachtsummen stellten sich für die Verpachtungen in den Jahren 1900 und 1910 in Marx wie folgt:

	Pachtsumme insgesamt		Pachtzins pro ha	
	alte	neu	alter	neuer
1900	447 580	491 784	44,1	50,6
1910	581 608	598 482	48,8	48,9

Während bei den im Jahre 1900 erfolgten Neuverpachtungen von Domänen die verpachtete Fläche von 10 182 auf 9 721 Hektar zurückgegangen ist, hat die Fläche der Neuverpachtungen vom Jahre 1910 nur einen ganz geringen Zuwachs erfahren. Der auf den Hektar entfallende durchschnittliche Pachtzins ergibt daher den besten Anhalt zu einem Vergleich der Steigerung. Die Erhöhung des Pachtzinses pro Hektar von 44,1 auf 50,6 beziehungsweise 48,8 auf 48,9 für die Neuverpachtungen in den Jahren 1900 und 1910 bedeutet eine ziemlich ansehnliche Wertsteigerung der Domänengüter. Unter Zugrundelegung eines Pachtzinses von 4 Proz. auf den Wert der Güter stellt sich dieser auf Grund der alten Pachtsumme für die 58 Domänengüter zusammen auf 24 881 825 M. Unter Zugrundelegung der neuen Pachtsumme stellt sich bei Annahme einer ebenfalls vierprozentigen Verzinsung der Werte der Domänen auf 27 204 900 M. Demnach beläuft sich der Wertzuwachs der 58 Domänen infolge des erzielten höheren Pachtzinses auf rund 2,323 Millionen Mark. Bei fünf von den 26 im Jahre 1900 verpachteten Domänen ist der Pachtzins niedriger geworden, während bei den 27 Neuverpachtungen im Jahre 1910 bei vier Domänen eine Ermäßigung des Pachtzinses eintreten wird. Bemerkenswert ist, daß unter den Neuverpachtungen im Jahre 1900 bei drei auf Hessen-Rassau entfallende Domänen der Pachtzins pro Hektar von 89,2 auf 50,5, bei den fünf Domänen in der Provinz Brandenburg von 28,4 auf 34,2 und bei einer Domäne in Westpreußen von 21 auf 33,3 M. gestiegen ist. Auch die Steigerung, die bei einer Domäne in Posen von 15,7 auf 27 M. pro Hektar stattgefunden hat, ist sehr erheblich. Für die Neuverpachtungen im Jahre 1910 ergeben sich folgende nennenswerte Steigerungen: Bei vier Domänen in Pommern von 36,3 auf 43,8, bei zwei Domänen in Hessen-Rassau von 84 auf 40,2, bei je einer Domäne in Ostpreußen und Schleswig-Holstein von 18,6 auf 21,2 bzw. 10,6 auf 24,9 und bei drei Domänen in der Provinz Posen von 19,4 sogar auf 37,8 M. pro Hektar.

Die Folge der Preis- und Pachtsteigerung ist die, daß das Lied von der Rot der Landwirtschaft nie verstummen wird. Steigen die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse infolge unserer „organisch fortentwickelten“ Zollwucherpolitik, schmelzen auch die Preise der Güter und der Landpächter hinauf. Der produktiv tätige Landmann zahlt den Mehrwert an den Grundrentenkapitalisten. Das erhöhte investierte Kapital rentiert sich für den Bewirtschaftler wieder nur so, wie vor der Zoll- und Preissteigerung. Werden dann die Verkaufspreise durch künstliche Mittel erneut hinaufgedrückt, steigen auch wieder die Güterpreise und Pachten. So geht's fort mit Grazie — der Konsument muß bluten. Von der „Rot der Landwirtschaft“ werden wir unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht erlöst.

Die neue Fernsprechtarifordnung.

Im Februarheft der Monatszeitschrift „Die Welt des Kaufmanns“ schreibt Dr. H. E. Dirichberg u. a.: Das schwerste Bedenken aber, gegenüber dem alle diese ungläublichen praktischen Erwägungen und Hemmnisse fast noch verblissen, liegt in den Gebühren selbst. Ja, brauche ja hier nicht die Zahlen, die sich ergeben werden und die man so unangenehm schon berechnet und mitgeteilt hat, noch zu wiederholen. Nur eine Biffer soll hier noch angeführt werden: Es ist von sachkundiger Seite berechnet worden, daß die Durchschnittsgesprächszahl für ein mittleres Detailgeschäft in einer Großstadt circa 40 pro Tag beträgt. Ein solches Geschäft hätte nunmehr bei einer Gebühr von 4 Pf. pro Gespräch und 200 M. Grundtaxe für die Telephonbenutzung, die bisher nur 150 M. kostete, circa 700 M. zu bezahlen; 200 M. Grundgebühr (da bei mehr als 10 000 Gesprächen im Jahre ein zweiter Apparat gelegt werden muß) plus 818 × 40 × 0,04 gleich circa 500 M.! Diese Zahlen reden ihre eigene Sprache.

Was wäre die Folge dieser Gebührenordnung? Die Benutzung des Telephons, dessen Ausbreitung man mit allen nur möglichen Mitteln zu fördern bestrebt sein sollte, würde um ein ganz Bedeutendes zurückgehen, und der Kaufmann, nicht zuletzt auch der kleine und mittlere Gewerbetreibende würde des wichtigsten Instrumentes zur Verebung und zur erspriechlichen Durchsührung seines Geschäftes verlustig gehen.

In welcher Weise die Telephongebühren zu reformieren sind, ist in den Debatten ja schon unzählige Male gesagt worden: Man soll die Verkaufsgebühren in gestaffelter Form beibehalten und Sätze festsetzen für 3000, 5000, 8000, 10 000 usw. Gespräche im Jahr. Eine Festsetzung ist durch eine Reihe von (dem Telephongenossinern natürlich nicht bekannten) Stichworten im Jahr ganz leicht möglich, und die Forderung, bis zum gewissen Grade nach der Größe der Benutzung zu differenzieren, ist in ihrer einzig möglichen Form, ohne daß das einzelne Gespräch eine ihm nicht zukommende Bedeutung erhält und ohne daß der gesamte Verkehr gebremst und gestört wird, erfüllt. Man hat in Oesterreich mit diesem System sehr gute Erfahrungen gemacht, und es ist gar nicht einzusehen, aus welchem Grunde eine Uebertragung auf unsere Verhältnisse nicht möglich sein sollte. Keine unserer und anderer Länder Verkehrsanstalten wird nach derartig kleinlichen Grundfragen behandelt, daß man ein so unwissenschaftliches und gar nicht in seinem Werte zu bemessendes Ding wie das einzelne Gespräch als Maßstab normiert. Die großen Geschäftspunkte, die Zulässigkeit von Pauschal- und Abonnementzahlungen sind stets in den Einrichtungen des Verkehrs die ausschlaggebenden gewesen und haben allein seine Entwicklung, seine Ausbreitung und seine Zweckdienlichkeit gewährleistet. Und diese ist das Ziel!

New York als Seehafen.

Das neueste Monatsbulletin des New Yorker Chamber of Commerce enthält Angaben, nach denen New York an der Spitze der Liste der Seehäfen der Welt steht. Im Jahre 1908 belief sich die Tonnage der den Häfen im Außenhandelsverkehr anlaufenden Schiffe auf 12 154 780 Netto-Registertonnen. Ein Vergleich mit der Ziffer von 7 771 412 Tonnen für das Jahr 1898 läßt eine Zunahme in diesem Schiffsverkehr um 60,4 Proz. erleben. Für die drei jährigen Periode meldet London nur eine Zunahme um 22 Proz., nämlich von 9 110 926 auf 11 160 367 Netto-Registertonnen. Antwerpen eine Zunahme um 81 Proz., von 6 187 922 auf 11 211 808 Proz., Hamburg eine von 82,7 Proz., von 6 000 510 auf 10 888 588. Liverpool um 48,2 Proz., von 5 845 384 auf 8 167 419, Marseille um 67 Proz., von 4 092 250 auf 6 798 008 und Genua eine solche Zunahme um 55,1 Proz., nämlich von 3 514 801 Netto-Registertonnen in 1898 auf 5 450 818 in 1908.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nordverurtheil von Lehrlingen

lag einer Anklage wegen zugrunde, welche gestern das Schwurgericht des Landgerichts I beschaffte. Aus der Untersuchungshaft wurden die 19-jährigen Lehrlinge Emil Kurzius und Heitz Wzefinski vorgeführt, um sich wegen gemeinschaftlichen verübten Nordes und wegen Diebstahls zu verantworten. — Der Vater des Kurzius war Friseur, während der Vater des Wzefinski noch heute Werkmeister in einer Fabrik in Posen ist. Beide waren vor nicht langer Zeit erst nach Berlin gekommen und hatten in der Drogen- und Farbenhandlung von Hermann Stieling in der Rigauerstr. 12 eine

Stellung als Lehrlinge gefunden. Wie der Angeklagte Kurzius in seiner Vernehmung vor Gericht behauptete, habe er es in dieser Stellung denkbar schlecht gehabt. Er habe es nie recht machen können und sei von Stieling an allen Ecken und Enden schikaniert worden. Eines Tages habe er sich angeboten, einen Teil des Labens zu streichen und habe dabei versehentlich zwei Flaschen Essig und verschiedene andere Dinge zerbrochen. Stieling habe dann von seiner Mutter insgesamt 7,25 M. als Schadenersatz verlangt, obwohl die Sachen selbst bei Ansetzung des Verkaufspreises erheblich weniger gelostet hätten. Seine Mutter habe das Geld an Stieling eingeschickt und ihm selbst in einem Briefe mitgeteilt, daß sie ihm nun natürlich nichts mehr zum Geburtstag schenken könne, der am 30. Mai war. Am 27. Mai habe ihm Wzefinski den Revolver des Stieling gezeigt, den dieser bisher unter seinem Kopfkissen aufbewahrt habe. Er (Kurzius) habe dabei geäußert, man müsse eigentlich den Chef tödlichen, da er sie zu schlecht behandle. Wzefinski sei sofort auf den Plan eingegangen und habe auch Kugelpatronen gekauft, da der Revolver bisher nur mit Schrot geladen war. Am Nachmittag des 28. Mai habe er zu Wzefinski geäußert, daß ihm W. helfen solle, den Chef zu verprügeln, wenn er diesen nicht gleich zu Tode treffen würde. Am Abend habe er sich dann, so behauptet Kurzius weiter, erst noch Mai angetrunken. Nachdem der Laden geschlossen worden war, habe sich Stieling an seinem Schreibtisch zu schaffen gemacht. In diesem Augenblick habe er auf E. einen Schuss abgegeben, der diesen zu Boden gestreckt habe. Stieling sei dann wieder aufgesprungen und habe auf ihn eingegegangen. Er habe hierauf den zweiten Schuss auf seinen Chef abgegeben. — Wie sich später herausstellte, hatte der Angeklagte tatsächlich 5 Schüsse auf seinen Chef abgegeben, die diesen am Arm, am Kopf und am Halse getroffen hatten, ohne jedoch lebensgefährliche Verletzungen herbeizuführen. — In seiner weiteren Vernehmung gab der Angeklagte Kurzius an, daß er nach der Tat zu dem im Nebenzimmer wartenden Wzefinski geäußert habe: „Nun erlöse ich mich, da es sonst doch den Kopf kostet. Am besten ist es, wir erschießen uns beide, da wir sonst hingerichtet werden!“ Wzefinski habe ihm jedoch zugeredet, lieber mit ihm nach Posen zu flüchten. Beide wären dann durch ein Fenster geklettert, um zu flüchten. Er sei jedoch nur bis zur Königsberger Straße gekommen, wo man ihn festgenommen habe. — Auf Anregung des als Sachverständiger geladenen Medizinalrat Dr. Stormer beklundet der Angeklagte Kurzius noch, daß sein Vater und seine Großmutter durch Selbstmord getötet hätten. Er selbst habe im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch unternommen, nachdem ihm geträumt hatte, daß ihn seine Mutter entsetzt habe. — In der Vernehmung des Angeklagten Wzefinski gibt dieser den geschilderten Sachverhalt mit wenigen Abweichungen von der Darstellung des Kurzius zu.

Der Angeklagte Wzefinski führt noch aus: Er ist als Volontär bei Stieling eingetreten unter der Bedingung, daß er noch 1½ Jahr lerne und beide Parteien eine Konventionalstrafe von je 150 M. auferlegt werden sollte, wenn die Vertragszeit aus nichtigen Gründen nicht innegehalten würde. Zuerst habe er es, wie er beklundet, ganz gut gehabt, dann aber habe Stieling begonnen, auf ihn zu schimpfen. Er habe ihn auch wiederholt bestig geschlagen und geschimpft und mit Schimpfnamen aller Art bedacht. Schließlich habe er es nicht mehr aushalten können und sein Onkel habe schließlich Herrn Stieling bezwungen, ihn gegen Zahlung von 50 M. zum 1. Juni zu entlassen. Stieling habe ihm auch schon am 28. Mai ein Zeugnis ausgestellt, mit dem er nicht recht zufrieden war. Schon eine Woche vorher habe Kurzius ihm gesagt: er werde auf den Chef schießen, wenn er sie nochmals mißhandle. Er wolle ihm Angst einjagen. Er (Wz.) habe die ganze Sache für Spaß aufgefaßt und sein Einverständnis ausgedrückt. Als dann aber Kurzius wieder darauf zurückkam, will er ihn gewarnt haben, da er den Chef ja tödlichen könnte und dann ins Gefängnis käme. Kurzius habe dann, als er den Brief von seiner Mutter erhalten, monach sie ihm nichts zum Geburtstag schenken wolle, in der Erregung gesagt: er werde den Chef tödlichen, wenn er am Pult stehe. Zu ihm, Wz., habe Kurzius drohend gesagt: „Wenn Sie mich veratzen, schieße ich Sie tot und dann werde ich mich erschießen!“ Der Angeklagte bestritt, daß er Patronen für den Revolver gekauft oder den Revolver durch Zureden zur Vergebung der Tat aufgefördert habe. Er habe erst, als er in seinem Schlafzimmer war, plötzlich 8 Schüsse gehört, dann sei Kurzius mit erregtem Gesicht in das Schlafzimmer gekommen und habe ihm zugerufen: „Fliehen Sie! Fliehen Sie!“ Er habe, da er nun Angst vor Kurzius hatte, vollständig den Kopf verloren, sei zum Fenster hinausgesprungen und Kurzius sei ihm gefolgt. Auf der Straße habe er wiederholt den Kurzius gefragt, was denn eigentlich passiert sei, ehe er aber eine Antwort erhalten, sei Kurzius verhaftet worden. Er selbst sei ins Geschäft zurückgekehrt und habe sich umgezogen; dann sei er verhaftet worden.

Auf Vorhalt bleibt Kurzius dabei, daß Wzefinski in den Plan, den Chef zu erschießen, ganz eingeweiht gewesen sei; er habe auch die Kugelpatronen besorgt und unmittelbar vor der Tat selbst ihm zugesehen und gerufen: „Na nun los!“ Wzefinski müsse auch gesehen haben, daß er den Revolver bereits in der Hand hielt. — Die Darstellungen der beiden Angeklagten widersprechen sich in den wesentlichsten Punkten. — Zur Sprache kam noch, daß Kurzius gerade an dem Tage der Tat zur silbernen Hochzeit seiner Tante gehen wollte. Kurzius behauptet, daß er plötzlich zu der schon vorher besprochenen Tat hingerufen worden sei, weil Stieling wieder geschimpft habe. — Auf eine Frage eines Geschworenen bestätigt Kurzius, daß er als Friseurlehrling mit Schusswaffen und deren Wirkungen Bescheid wußte. Die Schrotpatronen habe er durch Kugelpatronen vertauscht, weil die ersteren „nicht ziehen“. — Der Angeklagte Wzefinski gibt zu, die Kleinigkeiten aus dem Geschäft sich angeeignet zu haben, was ihm als Diebstahl ausgelegt werde. Von abnormen, krankhaften Reigungen des Kurzius will Wz. nichts bemerkt haben, insbesondere nicht von den behaupteten „Traumwanderungen“. Er wisse nur, daß Kurzius im Schlafe sehr geschwätzt habe, auch habe dieser ihm einmal erzählt, daß er mondsüchtig sei.

Der alsdann als Zeuge vernommene Drang Albert Stieling ist noch heute an den Folgen der erlittenen Verletzungen krank. Er bestätigt, daß er mit Wzefinski nicht zufrieden gewesen sei und ihn auch mondmal geschimpft habe. Kurzius habe viel gebummelt und sei auch die Nächte fortgeblieben, so daß er ihm wiederholt Vorhaltungen zu machen hatte. Schon acht Tage vor der Tat hat der Zeuge den Verdacht gehabt, daß Kurzius ihn vergiften wollte, denn der Kaffee, den ihm dieser servierte, habe einen sehr eigentümlichen Geschmack gehabt und ihm sei recht schlecht nach dessen Genuss geworden. Vor der hier fraglichen Tat sei es zu einem irgendwie bedeutsamen Wortwechsel mit dem Angeklagten nicht gekommen. Als er sich anzog und den Hut sich aufsetzen wollte, habe Kurzius auf ihn fünfmal geschossen, in die Schläfe, hinten am Halse, in die Wade, nochmals am Halse und am Arm. Nach seiner Meinung schießen die Kugeln noch fest. Er hat bis zum 13. Juni im Krankenhaus gelegen und wird noch sehr manchmal ohnmächtig. Von irgend welcher geistigen Abnormität des Kurzius hat der Zeuge nie etwas bemerkt. Beide Angeklagte hätten keine Lust zum Geschäft gehabt, seien aber sonst sehr gewiß gewesen. Er ist der Meinung, daß er die beiden viel zu milde behandelt habe.

Ueber den Geisteszustand des Angeklagten Kurzius wurde der Jrenarzt Dr. Wzefinski vernommen, der diesen zwei Wochen in einer Anstalt beobachtet hatte. Der Sachverständige kommt unter Berücksichtigung aller Momente aus dem Vorleben und der Familiengeschichte und des körperlichen Befundes zu dem Gutachten, daß Kurzius als ein schwachsinziger und geistig entarteter Mensch zu bezeichnen sei, der die Tat in einer Störung der Geistestätigkeit begangen habe. — Medizinalrat Dr. Stormer dagegen, der seinerzeit auf Ersuchen des Untersuchungsrichters hin den Angeklagten Kurzius auf den Geisteszustand untersucht hatte, begutachtete, daß er bei Kurzius nur einen geringen Grad von Schwachsinn habe konstatieren können. Von einer eigentlichen Geistesstörung könne keinesfalls die Rede sein. Kurzius sei ein milderwertiger Mensch, der jedenfalls mit einem anderen Maße gemessen werden müsse, wie ein normaler Mensch; der 3 51 Jahre jedoch bei ihm nicht in Anwendung.

Trotz des Ausspruchs der Sachverständigen und trotz der Jugend der Angeklagten glaubten die Geschworenen, die Schuldfrage nicht völlig verneinen zu können. Sie bejahten die Schuldfragen wegen verurteilten Totschlages. Das Gericht verurteilte darauf den Angeklagten kurzzeitig zu einem Jahr und neun Monaten, und den Angeklagten Brzinski zu einem Jahr Gefängnis. Beiden wurden je drei Monate Untersuchungshaft angedroht.

Polizei will nicht belästigt werden.

Nach Weihnachten meldeten wir, daß ein Mechaniker Krauskopf, wohnhaft Sonnenburger Straße 27, in der Weihnachtsnacht auf der Straße umgefunken und verlorben sei. Jener traurige Vorfall spielte hinein in eine Gerichtsverhandlung, die am Dienstag vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 141) stattfand.

Auf der Anklagebank stand der Autodroschkenführer Dennert. In der Weihnachtsnacht sollte Dennert zwei Schulkinder belästigt haben, die von Passanten nach der Eberswalder Straße gerufen worden waren, um sich bei dem Hause Straße 30/31 auf dem Bürgersteig liegenden Krauskopf anzunehmen. D. war, mit seiner Frau von einer Weihnachtsfeier heimkehrend, in der Eberswalder Straße an die Gruppe herangetreten, die den Verunglückten umstand. Kr. scheint, als die Schulkinder ihn in eine Droschke trugen, schon tot gewesen zu sein. Das ist zu schließen aus dem Wortlaut des Strafmandates, das später von der Polizei gegen D. verfügt wurde und ihm eine Geldstrafe von 30 M. zubilligte. D. sollte groben Unfug dadurch verübt haben, daß er „zwei Auffichtsbeamten die Feststellung und Durchsicherung einer Leiche mit Nebenarten und höhnischen Worten erschwerte“. Auch habe er, sagte das Strafmandat, „den Aufforderungen der Beamten, sich um die polizeilichen Angelegenheiten nicht zu kümmern, keine Folge geleistet“; schließlich habe er „seine Zwangsgestellung erschwert durch häufiges Stehenbleiben und beleidigende Redensarten“. Gegen das Strafmandat erhob D. Widerspruch.

Vor dem Amtsgericht, das nun zu entscheiden hatte, bat D. zunächst um Vertagung, da die von ihm beantragte Ladung seiner Schutzzeugen unterblieben sei. Der Vorsitzende belehrte ihn, daß die Ladung abgelehnt worden sei, weil er das Beweisthema nicht genannt, d. h. nicht angegeben hatte, was seine Zeugen bezeugen sollten. D. hatte nicht gewußt, daß diese Angabe beim Antrag auf Ladung nicht fehlen darf. Das mußte er nun büßen: Das Gericht willigte nicht in Vertagung, so daß er ohne Schutzzeugen da stand. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß er, als die Schulkinder Krauskopf weggeschaffen wollten, vor den Umstehenden erklärt habe, daß bei dem Verunglückten gesunde Geld müsse gezahlt werden. Nachher habe D. dem Schutzmännchen, der ihn zur Wache führte und ihn dabei am Arm hielt, gesagt: „Machen Sie mich nicht schmutzig.“ Vor Gericht führte D. zu seiner Verteidigung an, aus dem Kreise der Umstehenden heraus sei die Bemerkung gefallen: „Das Geld muß doch erst gezahlt werden.“ Da habe dann er, wie zur Veruhigung, hinzugefügt, daß selbstverständlich das Geld gezahlt werde. Die Aeußerung: „Machen Sie mich nicht schmutzig!“ bezog sich darauf, daß der Schutzmännchen bei der Hilfeleistung sich die Handschuhe beschnitzelt hatte und mit diesen Handschuhen nun auch die Feiertagskleidung des von ihm festgehaltenen D. beschnitzelt. D. wollte dem Gericht auch erzählen, wie es ihm auf der Wache ergangen sei, aber der Vorsitzende wehrte ab: „Was auf der Wache geschehen ist, geht uns nichts an. Wir haben hier nicht über die Polizei zu urteilen.“

Die Beweishebung brachte nur die Aussagen der beiden Beamten. Der eine, ein Schutzmännchen Walbow (Nr. 669), befandete, in jener Weihnachtsnacht habe eine Zivilperson ihm gemeldet, daß da ein Mann auf der Straße liege, er habe aber der Sache keine

Bedeutung beigelegt. Später sei in seinem Kollegen Strobach ein Bote mit einem Zettel gekommen, der die Worte enthielt: „Sofort herkommen!“ Da habe er gewußt, daß es sich jetzt um Eiliges handle. Er sei nunmehr sofort hingegangen und habe Strobach bei dem verunglückten Krauskopf vorgefunden. Während sie den Mann in die Droschke schafften, habe D. jene Aeußerung über das Geld getan. Schutzmännchen Strobach (Nr. 4361) belundete, zu ihm sei auf die Wache ein Mann gekommen, der sich Krapp nannte und ihm meldete, daß da unten einer liege. Str. sei hinunter gegangen, aber es habe ihm geschienen, daß der Verunglückte schon tot war. Er habe bei ihm nach Papieren gesucht, auch das Geld an sich genommen, es gezählt und den Betrag auf 22 M. angegeben. Als er es seinem Kollegen Walbow einhändigte, habe D. jene Bemerkung über das Zählen gemacht. Nach seiner Festnahme habe er gesagt: „Machen Sie mich nicht schmutzig!“ Schließlich habe er, der Schutzmännchen Strobach, „auf der Wache noch verschiedene Theater mit ihm durchzumachen gehabt“. Auf der Wache habe nachher Herr Krapp gegen Dennert geäußert: „Das ist eine Frechheit von dem Menschen.“ Dieser Herr Krapp, sagte D., hatte mit anderen Zeugen und der Gattin D.s vor der Wache gewartet, bis D. entlassen wurde. Er gab für D. seine Adresse an: Arbeiter Hermann Krapp, Invalidenstr. 15. Während er noch wartete, wurde er von einem Schutzmännchen heraufgeholt, um über die Sache auszusagen. Da nannte er dann auf dem Bureau dieselbe Adresse. Als Zeuge wurde er von der Polizei vorgeschlagen und auch von dem Angeklagten, aber die Ladung konnte ihm nicht zugestellt werden, da er nicht zu ermitteln war.

Dem Gericht schien der Sachverhalt hinreichend geklärt. Es entschied nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Bestätigung der Geldstrafe von 30 Mark.

Der Graf von Luxemburg.

Rizzi Wirth, die bekannte Operettendiva des Neuen Operettentheaters, trat gestern vor der 47. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Leiden als Privatklägerin gegen ihren Direktor Viktor Drechsler (alias Paffi) auf.

Zwischen der Privatklägerin und ihrem Direktor ist es zu ernstern Zerwürfnissen gekommen, die zu einer ganzen Anzahl von Klagen und Widerklagen geführt haben. Der gestrige Termin war ein Glied in dieser Kette persönlicher Differenzen. Direktor Paffi soll am 11. Dezember in einer Probe des „Grafen von Luxemburg“ gegen die Privatklägerin eine zornige Bemerkung gemacht haben, die diese als schwere Ehrenkränkung empfunden hat. Zum Termin waren mehrere männliche und weibliche Mitglieder des Neuen Operettentheaters als Zeugen geladen, außerdem waren mehrere Vertreter des Hofstaates des „Grafen von Luxemburg“ im Zuhörerraum anwesend. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Vorsitzende an, die unerquickliche Angelegenheit durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen. Der Vorfall habe sich doch in einer für beide Parteien erregten Zeit ereignet, als die Privatklägerin in einem neuen Lustspiel eine neue Rolle übernehmen sollte, die sie ja schließlich auch gespielt hat. Dazu komme doch, daß gegenüber dem Rechtsanwalt Dr. Simon eine Art Ausöhnung zwischen den beiden Parteien stattgefunden habe, wobei sich diese die Hand gereicht haben. — Rechtsanwalt Dr. Salsinger: Die letztere Tatsache sei richtig. Kaum habe Direktor Paffi aber dadurch wieder Oberwasser gehabt, so habe er mit den Schikanen sofort wieder begonnen. Außer dieser Klage seien noch andere Klagen gegen Direktor Paffi anhängig gemacht, außerdem habe die Privatklägerin eine Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet, und der Angeklagte habe seinerseits wieder mehrere Beleidigungsklagen gegen Frau Rizzi Wirth angestrengt. Vergleichsverhandlungen haben daher wenig Aussicht auf Erfolg. — Frau Rizzi Wirth er-

klärte ihrerseits: „Bei der Schwere der Beleidigung einer Frau und wehlosten Frau gegenüber ist an einen Vergleich nicht zu denken!“ — Rechtsanwalt Rosenberger weist darauf hin, daß Direktor Paffi wegen mehrerer Vorfälle Widerklage erhoben habe, und zwar wegen zweier Briefe, die Frau Rizzi Wirth geschrieben, und wegen gröblicher Beleidigungen, die die Privatklägerin vor anderen Angestellten des Theaters gegen den Direktor ausgesprochen habe. Er ergänze dies durch eine neue Widerklage. Die Privatklägerin habe einen Brief an den „Börse-Courier“ gerichtet, in welchem behauptet werde, der Angeklagte habe sie ihrer Freiheit beraubt und lässlich beleidigt. Dies sei eine verleumderische Beleidigung. — Frau Rizzi Wirth: Es betrifft dies den Vorfall, der mir Anlaß zur Anzeige beim Oberregierungsrat v. Glasenapp und zur Strafanzeige beim Staatsanwalt Anlaß gegeben hat. — Da die neue Widerklage aufrecht erhalten wurde und dadurch eine Vertagung erforderlich schien, auch unter Beweis gestellt wurde, Klägerin habe verziehen, legte der Vorsitzende den Parteien nochmals nahe, die Sache doch durch einen Vergleich zum Abschluß zu bringen. — Frau Rizzi Wirth: Ich kann absolut darauf nicht eingehen. Der Mann hat mich geschlagen, er hat mich eingeschlossen und beschimpft. — Das Gericht beschloß, die Verhandlung zu vertagen und einen neuen Termin auf den 5. März, vormittags 11½ Uhr anzuberaumen. Zu diesem wurden von beiden Seiten noch neue Zeugen vorgeschlagen.

Wegen Dummheit freigesprochen.

Der Invalide Olschewski war vom Schöffengericht in Loh (Ostpreußen) wegen Betruges zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte versprochen, dem Kantor Dusch 230 M. gestohlenen Geld durch Gebet wieder zu beschaffen und ließ sich für seine Taten 4 M. zahlen. Die Strafammer in Loh hob gestern das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Der Angeklagte hatte dargelegt, er habe mit dem lieben Gott in so innigem Verhältnis, daß er durch inbrünstiges Gebet gestohlenen Gut wiederbeschaffen könne. Das Gericht nahm an, dem Angeklagten sei nicht nachzuweisen, daß er von der Unmöglichkeit seiner Handlungen überzeugt sei. Deshalb müsse Freisprechung erfolgen.

Wie tief steht die Kultur in einem Lande, in dem nicht nur der Angeklagte, sondern auch der Betrogene an derlei Albernheiten glauben. Natürlich sind beide Staatsstücken wert, in die erste Wählerklasse aufzurücken.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Sechster Wetterbureau.

Wasserstand	am 14. 2.		am 13. 2.	
	am	seit	am	seit
Remel, Mühl	467 ⁷	-2	467 ⁷	-2
Bregel, Anstatterburg	79	-11	79	-11
Reichel, Horn	192 ⁷	+12	192 ⁷	+12
Ober, Kalkofen	190	-20	190	-20
Stollen	198	+28	198	+28
Frankfurt	180	+1	180	+1
Waldhe, Scharn	160	0	160	0
Landberg	117	+6	117	+6
Rege, Vorbaum	59	-1	59	-1
Elbe, Lemmeritz	58	-22	58	-22
Dresden	-49	-23	-49	-23
Harbo	276	+19	276	+19
Magdeburg	224	+26	224	+26
Saale, Großhül	196	-8	196	-8
Qabel, Spandau	128	+9	128	+9
Kathenow	154	+3	154	+3
Spree, Spremberg	102	-4	102	-4
Beeslow	164	-1	164	-1
Seier, Rinden	69	-16	69	-16
Rhein, Rinden	199	-27	199	-27
Rhein, Martenshausen	542	-28	542	-28
Kraus	488	-14	488	-14
Köln	573	-28	573	-28
Redar, Heilbrunn	168	-4	168	-4
Rain, Wertheim	277	-23	277	-23
Roßel, Trier	237	-27	237	-27

+) + bedeutet Sturz, - Fall. - *) Unterpegel. - *) Wasserstand. - *) Eisbewegung.

Schutz gegen Influenza.

Häufig wird eine Erkältung unbeachtet gelassen und die Influenzabakterien finden einen vorzüglichen Nährstoff in dem kranken Blut des erkälteten Körpers. **Santa Lucia Kraft-Rotwein** a Flasche 1.50 u. 2.00 vor jeder Mahlzeit genossen, gibt kräft. Wärmegefühl und wirkt äußerst anregend. Wer eine leichte Erkältung spürt, trinke vor dem Schlafengehen 1 Glas erwärmten Santa Lucia Kraft-Rotwein. **Käuflich in allen Apotheken, Drogen- und Delikatessgeschäften.**

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

DURCH WEISSEN DEKORATION während der WOCHEN

leicht gelittene Artikel sowie die vom Ausschnitt übrig gebliebenen

Reste und Coupons

kommen heute sowohl Vorrat

enorm billig zum Verkauf

Einzelne Tischtücher
Handtuchstoff-Reste
Klöppel-Handarbeiten

Damen-Hemden
Damen-Nachtjacken
Damen-Beinkleider

Frühstücks-Servietten
Herren-Oberhemden
Kragen u. Manschetten

Baumwollstoff-Reste ☒ Wiener Luxus-Wäsche

Russenkittel in verschiedenen Größen	75 Pf. 1 ³⁵	Batist-Mädchen-Blusen für das Alter bis 12 Jahre	1 ⁸⁵	Batistkleider in verschiedenen Größen	2 ⁵⁰ 3 ⁷⁵ 6 ⁰⁰
---	------------------------	---	-----------------	--	---

Weisse Kleiderstoffe ☐ Spitzen und Stickereien ☐ Gardinen, Tüll-Bettdecken ☐ Weisse Schuhe und Stiefel!

Taschentücher welche zur Dekoration verwendet waren **durchweg 130 Dutzend**

Gewerkchaftliches. Zwangsschiedsgerichte

Sind bekanntlich in Australien eingerichtet worden, um Streiks unmöglich zu machen und die Differenzen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern durch den Schiedspruch von staatlich eingesetzten Gerichten zu lösen.

Die Arbeiter wollen jetzt von den Zwangsschiedsgerichten nichts mehr wissen; sie behaupten, daß die Unternehmer nur ihre eigenen Interessen damit fördern.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Nachdem durch Verhandlungen zwischen Direktion und Arbeiterausschuss der Streik in der A. E. G. Turbinenfabrik beendet ist, haben wir hiermit die Sperre auf.

Lohnbewegung der Herrenmaßschneider Charlottenburgs.

Am Montag hielten die Herrenmaßschneider Charlottenburgs im „Vollshaus“ eine zahlreiche Versammlung ab, in der die Frage: Welche Forderungen stellen wir an die Arbeitgeber? auf der Tagesordnung stand.

Heute ist folgender Vertrag geschlossen worden. Zwischen dem Herrn Emil Zrmer, Bromberg, Wilhelmstraße 15, und dem Schneidermeister (folgt Name und Wohnung).

Deutsches Reich.

Bergarbeiter und Wahlrechtskampf.

Die neueste Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ widmet einen großen Teil ihres Raumes dem preussischen Wahlrechtskampf, an dem die Bergarbeiter ja in besonderem Umfange interessiert sind.

Wir zählen in jenem merkwürdigen Lande, das man Preußen nennt, mehr als 600 000 Bergarbeiter; in das Berufsleben spielt hinein die preussische Gesetzgebung, oft und tief einschneidend!

Es wird dann besonders das Verhalten des Zentrums und der christlichen Arbeiterführer beleuchtet und deren Worte und Taten hinsichtlich der Wahlrechtsfrage gegenübergestellt.

In einem Artikel: „Die Bergarbeiter und die preussische Gesetzgebung“ heißt es zum Schluß:

„In den Bergrevieren häufen sich die Bilder des Elends. Und unten in der Tiefe da treibt man Schindluder mit den Knappen, da treibt ein Mißstand nach dem anderen, schlechte Behandlung und wüste Anreizerei die Bergarbeiter in grenzenlose Erbitterung.“

Ob es den 600 000 Knappen so erginge, wenn man sie als gleichberechtigte Bürger im Staate, als Menschen im wirtschaftlichen Leben betrachtete? Wohl nicht! Wenn wird es so weit kommen? Das weiß man jetzt noch nicht!

Zunungsmeister-Schlüsse.

Am Frühjahr 1908 haben die Schneider von Bromberg mit den Meistern und Geschäftsinhabern einen Tarif abgeschlossen, der bis April 1910 Gültigkeit hat.

Vertrag.

Deute ist folgender Vertrag geschlossen worden. Zwischen dem Herrn Emil Zrmer, Bromberg, Wilhelmstraße 15, und dem Schneidermeister (folgt Name und Wohnung).

§ 1. Der Unterzeichnete verpflichtet sich, die Schneiderarbeiten für obengenannte Firma zu den tarifmäßigen Löhnen des Tarifs vom 2. April 1908 weiter anzufertigen.

§ 2. Im Falle eines Streiks weiter zu arbeiten und sich daran auch nicht zu beteiligen.

§ 3. Sollte sich der Arbeitnehmer am Streik beteiligen, so unterwirft sich dieser einer täglichen Konventionalstrafe von 10 M.

§ 4. Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses muß 14 Tage vorher geschehen.

Vorstehendes ist gegenseitig vereinbart und von beiden Parteien unterschrieben worden.

Bromberg, den 11. Februar 1910. (Unterschrift.)

Die Bromberger Schneider sind nur zum kleinen Teil organisiert. Die, denen dieser Vertrag angeboten ist, sind Mitglieder im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein.

Abgebliebte Demuzianten.

Das auf Betreiben von Dohme u. Zentrumsführern gegen den Genossen Götze vom Bergarbeiterverband eingeleitete Reinlichungsverfahren ist nach umfangreicher Zeugenvernehmung in der Voruntersuchung, bei der die Zentrumsführerschaften schlecht abgegrünt haben, eingestellt worden.

Die Holzarbeiteraussperrung in Göstz a. M. ist beendet und die Arbeit am Montag aufgenommen worden. Die Arbeiter haben im wesentlichen ihre Forderungen durchgesetzt.

In den Buchbindereien und Kartonnagenfabriken zu Plauen im Vogtlande kommt es nun doch zum Streik. Am Montag ist in vier Werkstätten bereits die Arbeit niedergelegt worden.

Die Brauereien in Freiburg i. B. haben die Aussperrung vollzogen. Als nach zweimaligen Verhandlungen mit den Vertretern des Brauereiarbeiterverbandes keine Einigung erzielt wurde, hauptsächlich aus dem Grund, weil die Lohnsätze für die Bierfahrer und Hilfsarbeiter zu niedrig waren und die Brauereien auch noch einen Vorkaufsschutzparagrafen im Tarif einschmuggeln wollten.

Der antisemitische Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte seinen Vertrauensmännern Geheimmaterial geliefert, das der Bekämpfung des gewerkchaftlichen Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen dienen, aber ohne Quellenangabe benutzt werden sollte.

Daraufhin klagte die antisemitische Verbandsleitung nicht etwa wegen Verleumdung, um die Sache gerichtlich klarzustellen, sondern sie stellte Strafantrag wegen unerlaubten Nachdrucks des Materials; auch verlangte sie 1000 M. Buße.

Ausland.

Schwere Schädigung der österreichischen Gewerkschaften durch die Krisis.

Die seit mehr als zwei Jahren in Oesterreich wütende furchtbare, durch eine wahrwichtige Teuerung der Lebensmittel und Wohnungen potenzierte Krise hat fast alle Gewerkschaften schwer getroffen. Sie haben fast durchwegs einen Rückgang an Mitgliedern, mitunter von sehr erheblichen Bruchteilen der Mitgliedschaft und ernste finanzielle Einbußen zu verzeichnen.

In fast allen Verbänden ist als eine Ursache des traurigen Ergebnisses dieses Jahres die Jesplitterungsarbeit der tschechischen Sozialdemokraten zu betrachten, die eigene tschechische Reichsverbände gründeten, obgleich selbstverständlich die alten Verbände vollste nationale Parität wahren lassen.

Koalitionsrecht und Erpressung.

Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hat durch eine jedes gesunde Rechtsempfinden empörende Auslegung des Erpressungsparagrafen so ziemlich jede Ankündigung eines Streiks als strafbare Erpressung erklärt.

Die ungeheuerliche Rechtsprechung des Reichsgerichts macht geradezu die Ausübung des Koalitionsrechts für die Arbeiter illusorisch. Im Reichstag wurde von sozialdemokratischer Seite bereits Anfang der neunziger Jahre und dann im Jahre 1896 bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches, später durch Initiativentwürfe bei Gelegenheit des Zuchthausgesetzes Abhilfe gegen diesen Rechtsprechungsunsinn verlangt.

hatte, wegen unfittlicher Beleidigung seiner Ehefrau Strafanzeige zu erlassen, falls der Beleidiger nicht 150 M. an die Armenkassa zahle. In einem anderen ähnlichen Fall ist Verurteilung wegen vollendeter Erpressung ergangen, weil der Beleidigungsprozeß durch Zahlung von 10 M. an eine Armenkassa verhindert wurde usw. usw.

Seit dem Erscheinen des Buchausgesehenes suchte das Reichsgericht noch ein anderes Gebiet, um den Arbeiter zu bestrafen, wegen Erpressung zu bestrafen. Solche Bestrafungen erfolgten, weil Arbeiter Mitglieder für ihre Organisation unter Drohung mit irgendeinem Uebel geworden hatten! Ausdrücklich erklärte das Reichsgericht, auch in der Form eines Rates oder einer Verwarnung könne bereits eine Drohung im Sinne des Erpressungsparagraphen sein. Rechtswidrig sei der Vermögensvorteil, den der einen Arbeitsschlepper unter Drohung zum Beitritt zu einer Organisation Zurechnen für den Verein anstrebe. Daß die Gegenleistung, die der Verein gewährt, nach früherer Judikatur selbst des Reichsgerichts die Möglichkeit einer Rechtswidrigkeit ausschließt, verschweigt das Reichsgericht in den gegen Arbeiter ergangenen Erkenntnissen.

Diese ungeheure, in der gesamten Welt einzig dastehende moralische Verletzung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Kampfes gegen das Koalitionsrecht wurde selbst außerhalb Deutschlands als etwas geradezu Unfassbares von den Regierungen anerkannt. So heißt es z. B. in den Notizen zum Norwegischen Strafgesetzbuch: „Wenn man schließt und recht jede Drohung, mit der etwas Unberechtigtes erreicht werden soll, als strafbar stempelt, so sind exorbitante Resultate zu befürchten. Die Wichtigkeit dessen scheint die deutsche Rechtspraxis in der schlagendsten Weise zu bekräftigen. Denn dort hat man so erstaunliche Verurteilungen erlebt, wie sie das Reichsgericht gegen Arbeiter ausgesprochen hat, die unter Drohung mit rechtlich zulässiger Arbeitseinstellung den Arbeitgeber gezwungen haben, gewisse, gegen einzelne Arbeiter getroffene Bestimmungen zu widerrufen — eine Verurteilung, die übrigens nicht einmal den Wortlaut des Gesetzes für sich hat.“

Zur Beseitigung der in der falschen Rechtsprechung des Reichsgerichts liegenden Bedrohung eines jeden anständigen Menschen mit der Bestrafung wegen Erpressung gibt es drei Wege: Es ist notwendig, die Mittel der Drohung klar zu umgrenzen, ferner ausdrücklich festzusetzen, daß ein rechtswidriger Vermögensvorteil niemals ein Vermögensvorteil sein kann, der durch eine Gegenleistung, auch wenn diese in der Zukunft liegt, abgegolten wird und der berechnete Interessen wahrnimmt, sowie endlich der Weg, die hauptsächlich durch das Reichsgericht bedrohte Koalitionsrechts- und Vereinsrechtsfreiheit der Arbeiter durch fakultative Aufzählung der wesentlichsten Fälle sicher zu stellen. Die drei Wege gemeinsam ergriffen, würden verhüten, daß der ungeheure Unfug, den der Welt der deutschen Rechtspraxis geschaffen wird, daß zwar die Einstellung der Arbeit wegen ungenügender Lohnbedingungen jedem Arbeiter freisteht, daß er aber Gefahr läuft, als Erpresser behandelt zu werden, wenn er die Wahrnehmung seines Rechts ankündigt.

Die Strafnovelle beschränkt keinen von diesen Wegen. Sie versucht lediglich den Erpressungsparagraphen (§ 253) durch Einschaltung der nachstehend durch Sperdruck hervorgehenden Worte zu ändern:

„Wer in der Absicht, sich oder einem dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird wegen Erpressung mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft, der Versuch ist strafbar.“

Wir hatten beim Erscheinen des Gesetzesentwurfes bereits darauf hingewiesen, daß durch den Vorschlag lediglich die Unternehmer vor Verurteilung wegen Erpressung geschützt werden, wenn sie z. B. unter Androhung einer Sperre Herabsetzung der Löhne verlangen. Denn nach der juristischen Begriffsbestimmung gebührt die Arbeitskraft nicht zum Vermögen im juristischen Sinne. Der juristische Begriffsbereich hat sich von der nationalökonomischen Auffassung der Dinge noch ferngehalten. Es würde also geradezu die Klassenjustiz zugunsten des Unternehmers und zuungunsten des Arbeiters auf dem Gebiete des Koalitionsrechts durch den Entwurf legalisiert werden. Ferner aber erklärt der Entwurf in seinen Motiven ausdrücklich, daß keineswegs in sämtlichen Fällen, wo gegen den erstrebten Lohn Arbeit geleistet wird, Erpressung nun nicht vorliegen würde; vielmehr käme es darauf an, ob zwischen Leistung und Gegenleistung ein Mißverhältnis vorliege. Dadurch werden also, wenn dieser Entwurf Gesetz würde, richterliche Höchstinstanzen gegen den Arbeiter eingeführt und die Ueberschreitung der Höchstgrenze mit Ehrverlust bedroht werden.

In der Strafnovellkommission betonte der Geheimere Regierungsrat von Tschendorff ausdrücklich, daß die Regierung auf der Ansicht, daß bei Mißverhältnissen zwischen Leistung und Gegenleistung auf dem Gebiete des Koalitionsrechts und des Arbeitsrechts Erpressung vorliegen könne, beharren müsse. Zur Unterstützung seiner Ansicht bezog er sich auf einen Aufsatz des Abgeordneten Heine. Demgegenüber betonten die sozialdemokratischen Mitglieder der Kommission, Frank, Frohme und Stadthagen mit aller Entschiedenheit, daß unter keinen Umständen, und mag selbst ein Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung vorliegen, die Drohung mit einem Streik, falls bestimmte Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht bewilligt würden, als strafbare Erpressung erachtet werden dürfen. Den sozialdemokratischen Darlegungen traten auch mehrere andere Kommissionsmitglieder bei.

Aus der Mitte der Kommission wurden folgende Anträge zu dem Regierungsentwurf gestellt:

1. (Vom Abgeordneten Gröber): Nach dem Wort Drohung im § 253 folgende Worte einzuschalten: „mit Begehung einer strafbaren Handlung oder mit Behauptung oder Verbreitung einer Tatsache, welche einen anderen verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist.“

2. (Vom Abgeordneten Wellstein): Im § 253 der Vorlage statt „rechtswidrigen Vermögensvorteil“ zu setzen: „Vermögensvorteil“ und dann nach „nötigt“ einzuschalten: „Es sei denn, daß er in Wahrnehmung eines berechtigten Interesses sich oder einem Dritten den Vermögensvorteil zu verschaffen sucht.“

3. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten: Der Vorlage und dem § 253, wie immer er sich gestalten möge, zuzufügen:

Das Verlangen, einen Arbeitsvertrag zu schließen, andere in Arbeit zu nehmen, andere Arbeitsbedingungen, insbesondere höhere Löhne oder längere Arbeitszeit zu gewähren oder bestimmte Forderungen als Voraussetzung für Fortsetzung oder Aufnahme der Arbeit zu erfüllen, sowie das Verlangen, einer Wohltätigkeitsanstalt, einer öffentlichen-rechtlichen Korporation, einer Armenkassa oder einer religiösen, politischen, gewerblichen oder gemeinnützigen Vereinigung eine Zuwendung zu machen, ist nicht als rechtswidrig und der dadurch erstrebte Vermögensvorteil nicht als ein rechtswidriger zu erachten.

Bei der gestern erfolgten Abstimmung fielen durch das Verhalten von drei freisinnigen Abgeordneten alle Verbesserungsanträge. Der Antrag Gröber wurde mit 14 gegen 11 Stimmen (Zentrum, Sozialdemokraten, Polen), der Antrag Wellstein mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten das Zentrum, die Sozialdemokraten und der Pole, sowie der Freisinnige Müller-Herzogen, dagegen die freisinnigen Abgeordneten Geddegen, Müller-Weinigen und Storz. Und das, obwohl von allen Antragstellern ausdrücklich betont wurde, daß die endgültige redaktionelle Fassung der zweiten Lesung vorbehalten werden müsse.

Redigiert von nun wenigstens eine zweite Lesung in der Kommission zu ermöglichen, stimmten die drei Sozialdemokraten nunmehr für die Regierungsvorlage, gegen deren Inhalt sie sich an

sich ausdrücklich erklärt hatten. Für ihren eigenen Antrag trafen nur sie selbst ein. Die Regierungsvorlage wurde so mit 15 gegen 10 Stimmen in die zweite Lesung hinübergerichtet. Wenn in dieser nicht zustande kommt, um die ungeheuerlichen, auf dem Gebiete des Koalitionsrechts vorgenommenen Rechtsbeugungen für die Zukunft zu verhindern, so sind daran die oben genannten drei freisinnigen Abgeordneten in erster Reihe schuld.

Heute beginnt in der Justizgesetznovellkommission die Beratung über den gegen die Presse gerichteten Anhebungsparagraphen (lex Eulenburg).

Aus der Frauenbewegung.

Wahlfeier der Frauen.

In Australien besteht bekanntlich das Frauenwahlrecht. Zuletzt wurde es im Staate Victoria eingeführt, und die ersten Wahlen, an denen sich die Frauen beteiligen durften, haben bewiesen, daß die Frauen ihr neuerworbenes Recht zu schätzen wissen. Von den wahlberechtigten Männern stimmten 64, von den Frauen dagegen über 83 Prozent. Dabei hatten die Frauen noch mit einer Gegenströmung zu kämpfen. Eine Organisation von Antifrauenrechtlerinnen hatte die Einführung des Frauenwahlrechts zu verhindern gesucht und hoffte bei der ersten Wahl zeigen zu können, daß die Frauen in ihrer großen Mehrzahl vom Wahlrecht nichts wissen wollen. Das alte Argument kann sich auf keinen neuen Fall berufen, im Gegenteil, die Antifrauenrechtlerinnen sind glänzend widerlegt worden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Donnerstag, den 17. Februar, 8 1/2 Uhr, im Reinen Klubhaus, Kommandantenstraße 72: Vortrag, Architekt M. Steiner: „Die wichtigsten Merkmale der historischen Stilarten.“ Am 20. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Stiftungsfest des Vereins. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Eintritt.

Leseabende.

Graf-Lichterfeld. Freitag, den 18. Februar, im Kaiserhof (Stranoldplatz). Vortrag: „Kinderarbeit und Kinderschutz.“

Verfammlungen.

Die Gewerkschaftskommission hielt am Montag eine Versammlung ab, die zunächst

Stellung zur Reichsfeier

nahm. Wie Genosse Körsten ausführte, handelt es sich lediglich um Beschlußfassung über die Frage: Sollen die Gewerkschaften, obgleich der 1. Mai in diesem Jahre ein Sonntag ist und die Arbeit in diesem Jahre nicht als Demonstrationsmittel gelten kann, am Vormittag des 1. Mai die üblichen Demonstrationen veranstalten? Im Namen des Ausschusses der Gewerkschaftskommission und in Uebereinstimmung mit dem Aktionsausdruck der Partei empfahl der Redner, daß die Gewerkschaften auch in diesem Jahre am Vormittag des 1. Mai in gewohnter Weise ihre Versammlungen abhalten. Die Versammlung stimmte dem ohne Debatte zu.

Darauf sprach Körsten über die

Aufnahme einer allgemeinen Lohnstatistik

durch die Gewerkschaften. Er verwies darauf, daß eine solche Aufnahme notwendig sei, weil sehr oft Anfragen an die Gewerkschaftskommission ergäben wegen Ueberschätzung statistischer Nachweise über Lohnhöhe und vergleichen in den verschiedenen Berufen. Derartige Material werde bei Tarifberatungen oft verlangt, auch hätten die Gewerkschaftsleitungen in manchen Fällen ein Bedürfnis, zu erfahren, welche Löhne in anderen Berufen gezahlt werden. Der Ausschuss schlägt vor, die Aufnahme der Statistik in der Weise zu bewirken, daß die Leitungen der einzelnen Gewerkschaften Angaben machen über die vollen Wochenlöhne, die durchschnittlichen Wochenlöhne für das ganze Jahr berechnet und den durch Arbeitslosigkeit und Krankheit verursachten Lohnausfall im wöchentlichen Durchschnitt. Eine noch diesen Grundsätzen gemachte Aufstellung des Holzarbeiterverbandes lag der Versammlung als Muster vor. Die Versammlung beschloß, daß die Gewerkschaften derartige Aufstellungen machen und sie dem Ausschuss übermitteln sollen. Anregt wurde noch, einer Zusammenstellung aller in den Gewerkschaften bestehenden tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen näher zu treten.

Genosse Brückner sprach über die

Werbung von Mitgliedern für die politische Organisation

gelegentlich der gewerkschaftlichen Tätigkeit. Er führte u. a. aus: Es sei ein für jeden Parteigenossen unerwünschtes Mißverhältnis, daß die Wahlvereine Groß-Berlins nur 90 000 Mitglieder zählen, während die Gewerkschaften 226 000 Mitglieder haben. Es müsse das Bestreben jedes Parteigenossen sein, diese Differenz dadurch auszugleichen, daß die Zahl der politisch Organisierten vermehrt wird. In diesem Zweck habe der Aktionsausdruck der Partei die Mitwirkung der Gewerkschaften nachgesucht und sich mit dem Ausschuss der Gewerkschaftskommission dahin verständigt, daß in den gewerkschaftlichen Betriebsbesprechungen auf die politische Organisation hingewiesen werde sowie Flugblätter zugunsten derselben und Aufnahmegettel für die Wahlvereine verbreitet werden. Ein Mißverständnis sei es dagegen, wenn im „Mittelungsblatt“ der Wahlvereine gesagt werde, die Gewerkschaften sollten Versammlungen zum Zweck der politischen Agitation veranstalten, zu denen die Partei Referenten stelle. Ein derartiges Abkommen sei nicht getroffen worden. Sollen die Gewerkschaften auch nicht empfohlen werden, doch könne den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht werden, mehr als bisher ihre Mitglieder hinzuweisen auf die Pflicht, sich der politischen Organisation anzuschließen und in den Betriebsbesprechungen in der erwähnten Weise zu wirken.

Sobald bemerkt, der Metallarbeiterverband habe in allen seinen Versammlungen auf die politische Organisation hingewiesen und tue das auch ferner. Das werde auch bei den anderen Gewerkschaften der Fall sein, und dadurch sei es gelungen, die Mitgliederzahl der politischen Organisationen auf ihre jetzige Höhe zu bringen. Wenn es sich jetzt nur darum handeln sollte, die Gewerkschaften anzuhalten, daß diese Taktik auch ferner unablässig geübt werden solle, dann sei selbstverständlich nichts dagegen einzuwenden. Eine hierüber hinausgehende politische Betätigung der Gewerkschaften könnte ihnen Schwierigkeiten machen und müsse deshalb unterbleiben.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die Gewerkschaften es sich angelegen sein lassen, mehr als bisher auf die Gewinnung von Mitgliedern für die Wahlvereine hinzuwirken. Brückner teilte hierauf mit, daß der Jugendausschuss die Gewerkschaften ersucht, für den

Verein Jugendheim

(der bekanntlich den Zweck hat, die Mittel zur Errichtung von Jugendheimen aufzubringen) in der Weise zu wirken, daß die Werkstattvertrauensleute und sonstigen Funktionäre Mitglieder für den Verein Jugendheim aufnehmen und deren Beiträge einsammeln, wozu der Jugendausschuss das erforderliche Material liefert. Die Versammlung erklärte sich durch Annahme einer Resolution damit einverstanden.

Auf Ersuchen des Genossen Körsten erklärte sich die Versammlung dafür, daß sich die Gewerkschaften, damit sie im Telephonbuch leicht aufgefunden werden können, unter der Bezeichnung: Gewerkschaften (freie) eintragen lassen.

Museen, Sammlungen, Sehenswürdigkeiten.

(Eintritt ist unentgeltlich, wenn nicht anders vermerkt ist.)

Museo und Neues Museum. Am Lustgarten. Wochentags (außer Montags): April bis September 10—4, Oktober bis März 10—3. Am

Sonntag und an den zweiten Weihnachts-, Oster-, Pfingstfeiertagen: April bis September 12—6, Oktober und März 12—5, November und Februar 12—4, Dezember und Januar 12—3. Am Montag und an Feiertagen (außer den zweiten Feiertagen): geschlossen.

Aquarium. Unter den Linden 68a. Im Sommer: täglich 9—7, im Winter: an Sonn- und Feiertagen 9—7, an Wochentagen 9—6. Eintrittsgeld: 1,00 M., an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am letzten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

Architektur-Museum. Technische Hochschule, Charlottenburg, Berlinerstraße 151. Montag 10—3 (auch 5 1/2—7 1/2), vom Oktober bis März), Dienstag 12—3 (auch 10—12 für Studienzwecke), Mittwoch 10—12, Donnerstag 12—3 (auch 10—12 für Studienzwecke, auch 5 1/2—7 1/2, vom Oktober bis März), Freitag 10—3. Geschlossen: Sonnabend und Sonntag.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt. Charlottenburg, Braunhoferstraße 11/12. An allen Wochentagen (außer Montag) 10—1, am Dienstag und Donnerstag auch 6—9 abends. Sonntag 1—6.

Baumuseum. Siehe Verkehrsmuseum.

Berg- und Gärtenmuseum. Invalidenstr. 41. Wochentags (außer Sonnabend) 12—2, am Sonntag: April bis September 12—6, Oktober und März 12—5, November und Februar 12—4, Dezember und Januar 12—3.

Botanischer Garten. Dahlem. Unentgeltlich: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Freitag 9—7, Sonntag 10—7. An Wochentagen vormittags Zutritt nur gegen Erwerbung des „Führers“ (beim Hörtner). (Nur im Sommer geöffnet.)

Botanisches Museum. Dahlem. Montag und Donnerstag 8—6, Mittwoch 9—6.

Glenahammuseum. Siehe Verkehrsmuseum.

Kaiser Friedrich-Museum. Nordhornstraße. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Montag) am 10, am Sonntag am 1, am Montag und an den zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen am 12. Schluß an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Montag 1 M., Dienstag und Mittwoch 50 Pf. Eintritt frei: an allen übrigen Tagen.

Hygienemuseum. Hefischestr. 4. Dienstag und Freitag 10—2; Sonntag: April bis September 1—6, Oktober und März 1—5, November und Februar 1—4, Dezember und Januar 1—3.

Kunstgewerbe-Museum. Prinz-Albrechtstr. 7. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Landwirtschaftsmuseum. Invalidenstr. 42. An den Wochentagen (außer Montag) 10—3. An jedem dritten Sonntag im Monat: 11—3.

Martisches Provinzial-Museum. Wallstr. 50/54. Besuchszeit täglich (mit Ausnahme von Sonnabend) 10—3 Uhr. Eintritt frei. Gedruckte Führer 10 Pf.

Neuerfindungsmuseum. Georgenstr. 34—36. Sonnabend und Montag 11—4. Sonntag 12—3.

National-Galerie. Museumsinsel, an der Friedrichsbrücke. Eröffnung: an den Wochentagen (außer Donnerstag) am 10, am Donnerstag am 1, am Sonntag und an den zweiten Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertagen am 12. Schluß, an allen Tagen: April bis September um 6, Oktober und März um 5, November und Februar um 4, Dezember und Januar um 3. Eintrittsgeld: Donnerstag 1 M., Freitag und Sonnabend 50 Pf. Eintritt an allen übrigen Tagen frei.

Naturkunde-Museum. Invalidenstr. 43. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend: April bis September 10—4, Oktober bis März 10—3. Am Sonntag und an zweiten Feiertagen: wie beim Alten Museum.

Post-Museum. Leipzigerstr. 16/18. Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10—2. Am Sonntag und an den zweiten Feiertagen: 12—2.

Rauch-Museum. (Werke von Christ. Rauch.) Klosterstr. 76. Wochentags: April bis September 10—4, Oktober bis März 10—3.

Rathaus. Rådighstraße. Täglich (außer Donnerstag und Freitag) 10—3, unentgeltlich. Lärmbekämpfung: April bis September, täglich (auch Donnerstag und Freitag) 10—3, Eintrittsgeld 20 Pf.

Reichstagsgebäude. Rådighplatz. An Wochentagen 5 1/2—9 1/2, vormittags, am Sonntag 2—4. Eintrittsgeld 50 Pf.

Sternwarte. Invalidenstr. 3a. Mittwoch und Sonnabend, im Sommer 9—11, vormittags, im Winter 10—11 vormittags.

Sternwarte. Trepower Park. Täglich von 2 Uhr nachmittags ab, im Sommer bis 12 Uhr nachts, im Winter bis 10 Uhr abends. Eintrittsgeld: 50 Pf. für Besichtigung der Sternwarte und des Astronomischen Museums, 1 M. für Beobachtung mit dem großen Fernrohr.

Sternwarte der Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich 7 1/2—11 Uhr abends. Eintrittsgeld 50 Pf.

Urania. Sammlungen und wissenschaftliches Theater. Taubenstr. 48. Täglich von 10 Uhr vormittags ab. Eintrittsgeld 50 Pfennig (für Wendvorstellungen von 1 Mark an).

Verkehrs- und Baumuseum. Invalidenstr. 51. Sonntag 11—4, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10—4, Mittwoch und Sonnabend 2—3.

Völkermuseum. Rådighplatzstr. 120. Besuchszeit wie beim Alten Museum.

Museum für deutsche Volkstrachten und Volkskunde. Poststraße 36. Besuchszeit wie beim Alten und Reuen Museum.

Jugendhaus. An der Schlossbrücke. Wochentags (außer Sonnabend): März bis Oktober 10—3, November bis Februar 10—2; am Sonntag und an den zweiten Feiertagen 12—3.

Zoologischer Garten. Eingänge: Lützow-Ufer, Kurfürstendamm und Stadtbahnhof. Eintrittsgeld: an Wochentagen 1 Mark, (abends nach 6 Uhr 50 Pf.), an Sonn- und Feiertagen 50 Pf.; Kinder die Hälfte. Am ersten Sonntag jedes Monats 25 Pf.

Vermischtes.

Dampferzusammenstoß im Hamburger Hafen.

Aus Hamburg wird vom gestrigen Tage gemeldet: Der heute früh im hiesigen Hafen eingetroffene englische Dampfer „Greenland“ ist gestern infolge Nebels in der Nordsee mit einem unbekanntem Fischdampfer zusammengestoßen. Der Fischdampfer sank sofort. Der englische Dampfer blieb längere Zeit an der Unfallstelle, sah aber nichts von der Mannschaft, sondern nur Wrackstücke.

Zwei Kinder tödlich verunglückt. Wie aus Essen a. d. R. gemeldet wird, sind dort in einem Hause der Altenessener Straße gestern zwei Kinder im Alter von 5 1/2 und 6 Jahren, als sie ihrer Mutter, die ausging, nachblicken wollten, aus dem Fenster gestürzt und tödlich verletzt worden.

Zum Untergang des „General Chanzy“.

Aus Paris wird gemeldet: Nach einer Depesche an den Marineminister aus Ciudabela hat die dorthin entsandte Torpedobootflotille damit begonnen, die umhertreibenden Leichen zu bergen. Die Leichen sollen, falls nicht Gegenbefehl eintrifft, sämtlich dort beerdigt werden, nachdem sie zuvor photographiert worden sind. Die Unglücksstelle, wo der „General Chanzy“ scheiterte, liegt in der Bucht von Enderosoff auf der äußersten Nordwestspitze der Insel Menorca. Das Wetter ist jetzt sehr schön.

Der Raubmord in Boguslawice.

Der des Mordes verdächtige Rodzinski soll jetzt, wie aus Pleschen gemeldet wird, gestanden haben, den achtsamen Raubmord in Boguslawice begangen zu haben. Er will den Mord allein in einer halben Stunde ausgeführt, sich dann Soden der Ermordeten angezogen und die blutbefleckten Uniformstücke im Getreideschuber versteckt haben.

Das Hochwasser. Einer Meldung aus Bourges an Oresse (Dep. Ain) zufolge hat das Hochwasser die Deiche der Saône durchbrochen und zwei Dörfer überflutet. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten.

Die Untersuchung über den Brand im Tschiragan-Palast ist einer Meldung aus Konstantinopel zufolge jetzt abgeschlossen. Es wurde, wie verlautet, festgestellt, daß das Feuer durch einen Zufall entstand, dessen Ursache nicht bekannt ist.

Eingegangene Druckschriften.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Die Hefte 4 und 5 sind erschienen. Wöchentlich erscheint 1 Heft. Abonnementpreis vierteljährlich 3 M. Verlag Buchhandlung Bornärs, Berlin SW. 68.

„In Freier Stunden.“ Hefte 4 und 5 sind erschienen und bringen außer dem Hauptroman „Die Adenaburg“ von Bruno Wille die Fortsetzung der Erzählung „Romana“ von Theodor Rügge sowie einige kleinere Erzählungen und heitere Inhalts. „In Freier Stunden“ kostet 10 Pf. pro Heft. Preisnummern liefert der Verlag Buchhandlung Bornärs, Berlin SW. 68, kostenlos.

Die gesundheitlichen und hygienischen Verhältnisse der Metallarbeiter in Groß-Berlin. Statistische Aufnahme der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 43 Seiten. A. Cohen, Berlin NW. 6.
Der Umschlagverkehr in Baumaterialien auf den Berliner Wasserstraßen und die Zweckmäßigkeit der Verwendung mechanischer Ent-

ladevorrichtungen für den Satteltransport. Von Dr. C. Claus. 3,50 M. R. Koenig, Berlin W. 67.
Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909. bearbeitet von Wilhelm Schröder, komplett in 18 Lieferungen à 30 Pf. zu je 32 Seiten. Verlag von G. Dieckmann & Co. m. b. H., Rindgen, Sorben in die 4. Lieferung des Handbuchs erschienen. Es werden darin behandelt:

Ausführung von Vorarbeiten, Subjektfrage, Streikrecht, Bürgerliches Gesetzbuch, Bürgerliche Presse (Mitarbeiter), Einmündigung, Dampfer-Subvention, Dänische Agitation, Danzig, Diäten für Reichstagsabgeordnete, Doppelhandlungen zum Reichstag, Düsseldorf, Eisenbahnen und Kasseler, Eisenbahnenverwaltung, Gieß-Vorbringen.

Öffentliche politische Versammlungen.

Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 Uhr:

Dienstboten - Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.
Tages-Ordnung:
„Welche Forderungen stellen die Dienstboten zur Reichs-Krankenversicherung?“ Referent: **Luise Zietz**. Diskussion.
Die Arbeiterchaft wird ersucht, alle ihr bekannten Dienstboten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
283/9 Die Einberufung: Anna Joppich, Hohensteufer 1.

Gewerbegerichtswahlen in Rixdorf.

Wittwoch, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im großen Saal von Hoppe, Hermannstr. 49:

Große Volks-Versammlung.

283/6 Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des Gewerbegerichts für die Arbeiter. Referent: Arbeitersekretär **Adolf Ritter**. Berlin. 2. Diskussion. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Gewerkschafts-(Unter-)Kommission Rixdorf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Kernmacher und Kernmacherinnen

in den Borussia-Sälen, Kaserstr. 6, 7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **A. Wuschick**: Die Unternehmer auf dem Kriegsschauplatz. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet.
111/10 Die Ortsverwaltung.

Produktenhändler und Händlerinnen!

Freitag, den 18. Februar, abends 9 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn **Wickowski**, Andreasstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **Justizrats Hattendorf**. 2. Diskussion und Beschließendes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.
Da der Vortrag sehr lehrreich und interessant wird, erwartet zahlreichen Besuch.
Der Einberufung: **C. Münchberg**, Drontheimerstr. 14.
NB. Für Deckung der Unkosten findet Leberausstellung statt. 283/8

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler zc.

Filiale Berlin. Bureau: Melchiorstr. 25, part.
Öffnet von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags.
Donnerstag, 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Abrechnung vom 3. und 4. Quartal 1909. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschiedenes.
128/15 Mitgliederbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstr. 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.)
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schieler etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maschinenfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Hustentropfen

von **Otto Reichel**.
Nur echt mit Marke „Medico“.
Fl. 50 Pf. u. 1 M.
Vor Nachahmungen jeder Art sei jedoch dringend gewarnt.
In den meisten Drogerien und bei **Otto Reichel**, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Das arbeitende Volk und die Steuern.

I. Teil: Allgemeine Einführung in das Steuerwesen von **Dr. Karl Renner**.
Preis 50 Pf.
Die Brandschabung des Volkes durch indirekte Steuern in Deutschland von **J. Karaki**.
Preis 50 Pf.
Expedition des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 69 (Laden).
Lege-Hühner, garantiert junge, beste Lege, 2 1/2 M. Euten, Lauben, Puten empfiehlt reichl. Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 31.

Sofort zu vermieten: 4163L
Tegel, Bahnhof-Str. 17-18
2 Zimmer u. Küche. Preis 330 M.

Die hierorts findenden Schweinepreise ermöglichen es mir **in Schweinefleisch** (belehend aus Schlingen, Oren, fleischigen Pfoten, Kopfhäuten zc.) garantiert inländische, herstellend unterworfene Ware in Kisten von 30 Pfd. an p. Pfd. mit 30 Pf. zu offerieren. Bestellt enthaltend 9 Pfd. 8.- M. in Glasen (Dübeln), vollständig pro Pfund 65 Pf. Alles ab hier p. Nachnahme. Garantie. Nichtschallendes retour.
219/13 A. B. Carstens, Altona Nr. 410.

WESTMANN & WESTMANN & WESTMANN
Zur Eröffnung der Frühjahrsaison
gibt ich zu meine Kundschaft ab:
Orig.-Frühjahrs-Modelle u. Reismuster zum Teil für die Hälfte des Preises und darunter
von Mittwoch, den 18. cr. bis Dienstag, den 22. cr.
Hochschöne Frühjahrskostüme, franz. garantierte Kleider, wirklich eleg. Frühjahrsmäntel, Jacketts, Beduinenmäntel, Kimonos, Regenmäntel, Ueberjagungsäntel, Busen, Originalpreise h. M. 25.- M. 45.- M. 65.- M. 85.- usw. bis M. 200.-
Jetzt teilw. nur M. 12.- M. 21.- M. 32.- M. 41.- M. 52.- usw. bis M. 100.-

WESTMANN
Gratis auf Wunsch
Die gesamten Bestände der Herbst- und Winter-Jahres-Perlsamer- u. Herzmurmel-Jacketts, Muffens, Stolen, Plüsch- und Astrachan-Konfektion, Kostüme, Mäntel, Jacketts nach folgenden Notierungen und billiger
früher bis M. 30.- M. 55.- M. 75.- M. 140.- M. 210.- usw. bis M. 1000.-
Jetzt teilw. nur M. 14.- M. 25.- M. 35.- M. 45.- M. 75.- usw. bis M. 60.-
Sofortiger Entschluss dringend notwendig!

WESTMANN & WESTMANN & WESTMANN
Zur Eröffnung der Frühjahrsaison
gibt ich zu meine Kundschaft ab:
Orig.-Frühjahrs-Modelle u. Reismuster zum Teil für die Hälfte des Preises und darunter
von Mittwoch, den 18. cr. bis Dienstag, den 22. cr.
Hochschöne Frühjahrskostüme, franz. garantierte Kleider, wirklich eleg. Frühjahrsmäntel, Jacketts, Beduinenmäntel, Kimonos, Regenmäntel, Ueberjagungsäntel, Busen, Originalpreise h. M. 25.- M. 45.- M. 65.- M. 85.- usw. bis M. 200.-
Jetzt teilw. nur M. 12.- M. 21.- M. 32.- M. 41.- M. 52.- usw. bis M. 100.-

WESTMANN
Gratis auf Wunsch
Die gesamten Bestände der Herbst- und Winter-Jahres-Perlsamer- u. Herzmurmel-Jacketts, Muffens, Stolen, Plüsch- und Astrachan-Konfektion, Kostüme, Mäntel, Jacketts nach folgenden Notierungen und billiger
früher bis M. 30.- M. 55.- M. 75.- M. 140.- M. 210.- usw. bis M. 1000.-
Jetzt teilw. nur M. 14.- M. 25.- M. 35.- M. 45.- M. 75.- usw. bis M. 60.-
Sofortiger Entschluss dringend notwendig!

WESTMANN & WESTMANN & WESTMANN
Zur Eröffnung der Frühjahrsaison
gibt ich zu meine Kundschaft ab:
Orig.-Frühjahrs-Modelle u. Reismuster zum Teil für die Hälfte des Preises und darunter
von Mittwoch, den 18. cr. bis Dienstag, den 22. cr.
Hochschöne Frühjahrskostüme, franz. garantierte Kleider, wirklich eleg. Frühjahrsmäntel, Jacketts, Beduinenmäntel, Kimonos, Regenmäntel, Ueberjagungsäntel, Busen, Originalpreise h. M. 25.- M. 45.- M. 65.- M. 85.- usw. bis M. 200.-
Jetzt teilw. nur M. 12.- M. 21.- M. 32.- M. 41.- M. 52.- usw. bis M. 100.-

WESTMANN
Gratis auf Wunsch
Die gesamten Bestände der Herbst- und Winter-Jahres-Perlsamer- u. Herzmurmel-Jacketts, Muffens, Stolen, Plüsch- und Astrachan-Konfektion, Kostüme, Mäntel, Jacketts nach folgenden Notierungen und billiger
früher bis M. 30.- M. 55.- M. 75.- M. 140.- M. 210.- usw. bis M. 1000.-
Jetzt teilw. nur M. 14.- M. 25.- M. 35.- M. 45.- M. 75.- usw. bis M. 60.-
Sofortiger Entschluss dringend notwendig!

WESTMANN & WESTMANN & WESTMANN
Zur Eröffnung der Frühjahrsaison
gibt ich zu meine Kundschaft ab:
Orig.-Frühjahrs-Modelle u. Reismuster zum Teil für die Hälfte des Preises und darunter
von Mittwoch, den 18. cr. bis Dienstag, den 22. cr.
Hochschöne Frühjahrskostüme, franz. garantierte Kleider, wirklich eleg. Frühjahrsmäntel, Jacketts, Beduinenmäntel, Kimonos, Regenmäntel, Ueberjagungsäntel, Busen, Originalpreise h. M. 25.- M. 45.- M. 65.- M. 85.- usw. bis M. 200.-
Jetzt teilw. nur M. 12.- M. 21.- M. 32.- M. 41.- M. 52.- usw. bis M. 100.-

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nieder-Barnim

Bezirk Neuenhagen.

Am Sonntag, den 13. Februar, ist unser langjähriges Mitglied **August Schreiber** in Brandenburg verstorben.
Wir verlieren in ihm einen langjährigen, braven Parteigenossen.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr, in **Alt-Landsberg** statt.
Die Beirleitung.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Am 12. Februar verstarb unser Mitglied, der **Robeleger Paul Kersten** (1. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Friedhofes (Wartenborfer Weg) aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
234/7 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schmiede.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Albert Senst** (Klosterhof, gestorben ist).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, vormittags 10 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Klosterhof, Meyer Str. 6, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
176/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der **Wahlhelfer Paul Nehse** am 14. Februar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Wartenborfer Weg, aus statt.
176/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsbüro Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Metallarbeiter Paul Krause** am 12. d. Mts. an Lungenleiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedhofsfelde, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
111/14 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

(G. O.), Ortsverwaltung Berlin 4.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Hermann Hildebrand** am 13. d. Mts. an Blinddarmentzündung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 17. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Pringel-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
697/5 Die Ortsverwaltung.

Verband der Kupferschmiede Deutschlands.

Filiale Berlin.
Am 3. Februar verstarb unser Mitglied, der Kollege **Karl Hahn** im Alter von 44 Jahren an Herzschlag.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Februar, nachmittags 3 1/4 Uhr, von der Halle des Philipps-Waldes, Kirchhofes, Wälder, Gde. Eestrasse, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Filialverwaltung.

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geruchsalben, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Hiermit für Orts- und Filial-Verwaltungen.
Berlin N., Lehnstr. 69, alle Bruchbänder mit elastischen Polstern, argenteum u. weiß am Körper.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Die Wahl des Zweigvereinsvorstandes erfolgt durch Stimmzettel. — Die Versammlungen dazu finden in den Zahlstellen und Bezirken an folgenden Tagen statt:
Mittwoch, 16. Februar 1910, abends 8 Uhr:
Groß-Lichterfelde, Kranoldplatz, „Kaiserhof“.
Steglitz, Schloßstraße 117, Rohmann.
Dranienburger Vorstadt, Schlegelstraße 9, Dams.
Donnerstag, 17. Februar 1910, abends 8 Uhr:
Weißensee, Königshausen 38, Kopsch.
Friedrichshagen, Am Hundtüll, Lerche.
Friedenau, Rheinstraße 31, Schönefeld.
Lantow, Mühlentstraße 21, Schulz.
Mariendorf, Chausseestraße 27, Löwenhagen.
Westen, Villowstraße 58, Wiemers.
Südwest, Kreuzbergstraße 48, Hoffmann.
Teltow, Berliner Straße 16, Preuß.
Alt-Glienitz, Röhdenstraße 6, Witte.
Süden, Admiralstraße 18a, „Räufischer Hof“.
Moabit, Waldstraße 8, Stark.
Südost, Raunpstraße 6, Böhm.
Wilmerdorf, Altsandstraße 106, Deon.
Rixdorf, Kirchhoffstraße 41, Wolf.
Nordost, Georgenstraße 65, Spät.
Wedding, Pasewalker Straße 3, Hoffmann.
Norden I u. II, Spinnmünder Str. 42, „Gesellschaftshaus“.
Charlottenburg, Köpenicker Straße 3, „Volkshaus“.
Adlershof, Meyer Straße 1, Baschin.
Osten I, Adreasstraße 21, Borgmann.
Osten II, Frankfurter Allee 127, Schröder.
Friedrichsfelde, Miquelstraße 70, Sommerfeld.
Schöneberg, Weininger Straße 8, „Neue Rathauskale“.

Sektion der Putzer.

Die Wahlen des Sektionsvorstandes sowie des gesamten Zweigvereinsvorstandes finden statt am
Mittwoch, 16. Februar 1910, abends 8 Uhr, in den Bezirkslokalen.
Die Kollegen werden ersucht, auf den Handzettel zu achten, welcher dem „Grundstein“ beigelegt ist.
196/10

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14 (Zimmer 4):
Sitzung der Ortsverwaltung.
Freitag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Boeker**, Weberstraße 17:
Kombinierte Sitzung der Kontroll- und Branchenkommissionen und der Ortsverwaltung.
Montag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in **Kellers Sälen**, Kopenstraße 29:
Vertrauensmänner - Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.
Die Ortsverwaltung.

Fliesenleger!

Am Freitag, den 18. Februar 1910, abends 8 Uhr: **General-Versammlung** im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Eing. B, Saal 4.
Tages-Ordnung: Jahresbericht; Vorstandswahl; Wahl der Schlichtungskommission. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.
Der Sektionsvorstand.

Dänischer Kapitän-Kautabak

in Rollen, Bündel und Enden.
General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 112 (Amt VII, 3861).

WESTMANN & WESTMANN & WESTMANN
Zur Eröffnung der Frühjahrsaison
gibt ich zu meine Kundschaft ab:
Orig.-Frühjahrs-Modelle u. Reismuster zum Teil für die Hälfte des Preises und darunter
von Mittwoch, den 18. cr. bis Dienstag, den 22. cr.
Hochschöne Frühjahrskostüme, franz. garantierte Kleider, wirklich eleg. Frühjahrsmäntel, Jacketts, Beduinenmäntel, Kimonos, Regenmäntel, Ueberjagungsäntel, Busen, Originalpreise h. M. 25.- M. 45.- M. 65.- M. 85.- usw. bis M. 200.-
Jetzt teilw. nur M. 12.- M. 21.- M. 32.- M. 41.- M. 52.- usw. bis M. 100.-

WESTMANN
Gratis auf Wunsch
Die gesamten Bestände der Herbst- und Winter-Jahres-Perlsamer- u. Herzmurmel-Jacketts, Muffens, Stolen, Plüsch- und Astrachan-Konfektion, Kostüme, Mäntel, Jacketts nach folgenden Notierungen und billiger
früher bis M. 30.- M. 55.- M. 75.- M. 140.- M. 210.- usw. bis M. 1000.-
Jetzt teilw. nur M. 14.- M. 25.- M. 35.- M. 45.- M. 75.- usw. bis M. 60.-
Sofortiger Entschluss dringend notwendig!

WESTMANN & WESTMANN & WESTMANN
Zur Eröffnung der Frühjahrsaison
gibt ich zu meine Kundschaft ab:
Orig.-Frühjahrs-Modelle u. Reismuster zum Teil für die Hälfte des Preises und darunter
von Mittwoch, den 18. cr. bis Dienstag, den 22. cr.
Hochschöne Frühjahrskostüme, franz. garantierte Kleider, wirklich eleg. Frühjahrsmäntel, Jacketts, Beduinenmäntel, Kimonos, Regenmäntel, Ueberjagungsäntel, Busen, Originalpreise h. M. 25.- M. 45.- M. 65.- M. 85.- usw. bis M. 200.-
Jetzt teilw. nur M. 12.- M. 21.- M. 32.- M. 41.- M. 52.- usw. bis M. 100.-

Abzahlungs-Geschäfte

Credit-Haus Moabit Turmstraße 55, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei spielend leichter An- und Abzahlung mehrjährigen Kredit auf Waren und Möbel.

Credithaus Gebr. Weber, Neue Königstr. 58. Spandau, Potsdamerstr. 23 I. Kaulasiesstr. 4 Pl.

Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 23 I. Kaulasiesstr. 4 Pl.

Rosenheimer, M. Schönberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn.

Wolter, Carl, Rosenthaler Straße 12. W. 57 Culmstr. 10

Zuttraun & Co. Ecke Göbenstr. best. s. 1887. Möbel- u. städtische Waren.

Alkoholfreie Getränke Sinaleo (Bilzbrause) Gen.-Vertreter Otto Starick

NO, Landsberger Allee 6/7. Fernruf VII. 1666 und 1504.

Bäckereien, Konditorien Elisabeth-Kraftlof, vord. yhm. u. Krut. wagt

H.P.P., Feronia 157307 Extra-Prämie: Bei 20 Feronia-Markten erhält Jed. Käufer 1 Bockbrot, bei 100 also Bockbrot.

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf.

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen.

Peter's Gross-Bäckerei in allen Stadtteilen und Getrieben Vororten: über 60 eigene Geschäfte.

Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederbarnimstr. 5, Landsb. Allee 144.

Ulbrich Charlottenburg, 90 Filialen. Badeanstalten

Augusta-Bad, Köpenicker Str. 60/61. Diana-Bad, Köpenicker Str. 99.

Bad Invalidenstr. 16. Wippenicker Bad, Köpenickerstr. 176.

München-Bad, Köpenickerstr. 31. Neander-Bad, Neanderstr. 12.

Prinzen-Bad, Prinzenstr. 42. Viktoria-Bad, Bismarck-Platz 15.

Bandagen, Gummiwaren Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Meyer, F., Rixdorf, Berlinstr. 49-50. Pelzmann, D., Neue Königstr. 50.

Tachache, M., Fankow, Dreifelderstr. 20. Wende, A., Turmstr. 34.

Zimmermann, Rich., gr. Frkfr. Str. 112. Seordigungsanst., Sargm.

Fuchs, Paul, Frankfurter Allee 143. Jordan, E., Birkenstr. 12, Moab. 3196.

Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 37. Rembeck, C., Rl., Hermannstr. 22.

Slegnund, Josef, Rl., Nogatstr. 29. Wegner, F., Rl., Elbestr. 31.

Belaucht-Gegenstände Böttner, A., Danzigerstr. 94.

Neuendorf, O. P., Lt. d. Spar-Vor. Nord. Schrammar, H., Rixdorf, 118.

Stoß, M., Rl., Kaiser Friedrichstr. 219. Berufskleidung

Bohn, R., Invalid-Str. 135, Chausseestr. 129. Gardsrobentz, Nordstern, Brunnenstr. 25.

BORUSSIA Malzbier.

Brauerei „Germania“ Aktien-Gesellschaft. In ca. 100 eig. Ausschanklokal.

4/10 L. Bairisch 10 Pfg., kl. Weißb. 10, gr. Weißb. 20 Pfg.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg. Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier. Brauerei Weissensee, G. Enders.

Groterjans Malzbier, Schiebhaux-Allee 130, Tel. III, 5643.

Hempel, E., Müllerstr. 139 d. Kahlenberg, A., Müllerstr. 136 c.

Luisenbrauerei Weißensee. Malz- u. Weißbier-Brauerei Stern, N. Prinz-Allee 77.

Richter & Co., J. C. A., Weisbierbrauerei, Berlin C 54, Tel. III, 1517.

Schlossbrauerei Schöneberg. Schlossbräu - Kronenbräu in Gebinden und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei, Westend. Stauch, Christian, Weiß- u. Malzbierbrauerei, Wildenowstr. 4, Tel. II, 1885.

Streblow & Co., Weißb., Gerichtstr. 43. Vereins-Brauerei Rixdorf

Berliner Kindl. Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87. Weißbier-Brauerei, vorm H. A. Bolle.

Friedrichstr. 129, Tel. III, 2542. Weissbier, C. Breithaupt, Pallasenstr. 37, Tel.-A. VII, 2634.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O.

Dankler, Otto, 11 Filialen. Butterhandlung Fritz Moth. Schulz, Arthur, Rl., Hermannstr. 29 u. 48.

Zu den drei Sternen, 23 Filialen. Zu den drei Kronen, 23 Filialen.

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 153.

Cylix, G., Filialen in allen Stadtteilen. Seiffert, Erich, Filialen in Berlin und Vororten.

Cigarrenhandlungen Adelt, A. G., Müllerstr. 12. Rixdorf.

Böckmann, J., Bergstr. 125/127. Conrad, W., Rl., Hermannstr. 53.

Frei-Rauch, Zigaretten, Rixdorf, Ringbahnstr. 201, T. Rl. 1244.

Genelle, Rudolf, Fruchtstr. 66. Henning, A., S., Camphausstr. 12.

Koschorrek, G., Kreuzbergstr. 16-20. Müller, Paul, Heusenstr. 38.

Priestner, Wilh., Bellealliancestr. 75. Schirmer, A., Invalidenstr. 12.

Strahler, W., SW, Nostitzstr. 2. T. A. G., Petersburgerstr. 5.

Teuber, Franz, Urbanstr. 25. Weber, K., Rl., Hermannstr. 110.

Welters, Theod., Blicherstr. 25. Damenkonfektion

Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117, Badstr. 32. Bissen, Esser, Miel, Kaiserstr. 19.

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 3. Dressel, Paul, Brunnenstr. 67.

Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67. Graff & Heyn, Straße 118/119.

Hirschowitz, Rixdorf, 118. Hirschowitz, Rixdorf, 118.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40. Hausberr, Willy, Alte Jacobstr. 93.

Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel. Heinrichs, E., Müllerstr. 13.

Hoppe, Lothringenstr. 40, Teihahng. Steglitz, Schloßstr. 116.

Krüger, Rich., Köpenickerstr. 47a. Leopold & Schulz, Danzigerstr. 29.

Pohle, Reinhold, Schöneberg, Hauptstr. 105. Röper, Carl, Fetsberg-Str. 2 u. 4.

Röpkke, G. Rl., Hohenzollernplatz 15. Fahrrad-Reiser von Rund um Berlin

Solidaria-Mitglieder Händlerpreise. Weinmeisterstr. 2, I. Kein Laden.

Schubert, Willy, Charlbg., Schulstr. 5. Färbereien, Wäschereien

Carl Pollnow, Frankfurter Allee 63. 20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Hering, Neue Königstr. 44.

Meesters, Th. Osw. Naefe

Ärbererei chem. Wäscherei Fbr. Britz, Rüdowstr. 24.

Fil. Rixd., Bergstr. 74 u. 161. Rixd. Kais. Fdr.-St. 185a-248.

Priedelstr. 24. Steinmetzstr. 43.

Liebaustr. 23. Bin. Louiseplatz 8.

Wassauerstr. 8. Schivelbeinerstr. 39.

Betzowstr. 38. Gräfst. 22. Kastanienallee 27.

Bernhardstr. 13. Bernauerstr. 25.

Goltzstr. 12. Akazienstr. 4.

Hauptstr. 108. Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin.

Fischhandlungen Winkler & Bärthold, Bergstr. 5 u. 57.

Kottbuserstr. 30. Fleischerwaren u. Wurstat.

Blesold, K., Rl., Hermannstr. 147. Wurst, Speck, Schinken

kaufen Sie am besten u. billigsten bei Anton Fehlau, Gonthardstr. Stadtbahnhofen Ecke

Königsgr. Androsstr. 47, Landsbergerstr. 98, Königsbergerstr. 8.

Landsb. Allee 30, Rixd., Bergstr. 16. Hassensteil, A. O., Badstr. 12.

Emdenstr. 2. Wähle, Gust., Turmstr. 67.

Grammophon, Sprechm. Becker, W., Wilmersdorferstr. 127, I.

Goetsch, Frid., Alt-Moabit 107, Edison. Heinrichs, E., Müllerstr. 13.

Lothringenstr. 40. Hoppe, Lothringenstr. 40, Steglitz, Schloßstr. 116.

Rixdorf. Hoyer, A., Bergstr. 161 I. Juhre, M., Brunnenstr. 117.

Teilnahlg. gestattet. Phonographen-Ratz größtes Spezialhaus.

Werner, Erich, Schiebhaux-Allee 134. Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66. Belle, Rud., Chausseestr. 66.

Carper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 139. Cohn, Simon, Goltzstr. 22.

Freutzel, Albert, Rixdorf, Bism. Str. 226. Graff & Heyn, Wilmersdorfer

Straße 118/119. Haase, Rich., Kastanien-Allee 26.

Jacob, Oskar, Schönehauser Allee 104. Kehr-Hüte, Friedrichshain 25

(Königsstr.). Krüger, Otto, Müllerstr. 174.

Littauer, Fritz, Frankf. Allee 184. LOBER-HÜTE

Frankfurter Allee 193. Lucht, Paul, gr. Frankf. Str. 109.

Mandel's Hutfabrik, Frkfr. Nord-Ost, Gr. Frankf.-Str. 120.

Papst, E. O. 17, Gr. Frankf. Str. 138. Partal, A., Frankf. Allee 149.

Prager, Hutfabrik, Prenzl. Allee 27. Rieck, Em., Badstr. 94.

Gerichtstr. 63. Ring, A., Rosenthaler Straße 19.

Schlesinger, Reichenkronerstr. 43. Schoerr, Herm., Wilmersd. Str. 46.

Vester, E., Damm 18/19. Wancke, Ernst, Brückerstr. 6a.

Wolner, H., Großwasserstr. 33. Zimmer, H. Rl., Hermannstr. 108/109.

Zöllner, Julius, Badstr. 23. Kaufhäuser

Falkenstein, Paul, Hochstätt-Str. 1.

Emil Hoegner Schöneberg Grunewaldstr. Ecke Akazienstr.

Vorwärts-Leser erhält dopp. Marken. Kaufhaus für Gelegenheitskäufe

Siegfried Hirschfeld, Hahnsburgerstr. 7. Täglich Eingang von Partien zu enorm billigen Preisen.

Kaufhaus Gustav Pinkus Müllerstr. 165a, streng reelle Bedien.-bill. fest. Preise.

Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Bunsenstr. Ecke Huttenstr.

Beste Bezugsqu. für siml. Manufakturwaren. Spez. Damenkonfektion. Sursurg reelle Bedien. Liefer. siml. Sparr.

Nelson, Bernh., Amsterdamerstr. 16. Lichtenberg, J., Frankf. Chaussee 160.

Kohlen, Koks, Brkotte Loebell, L., Kohlenbahnhof, Wedding.

Sieman, A. R., Kohlenbhf. Wedding. Kolonialwaren

Barz, Wilh., NO, Weberstr. 9. Alexander Bischoff, Gruse, O., Rl., Bergstr. 101.

Hapke, Marita, Gabriel Maxstr. 8. Heinrich, R., Rixdorf, 25/26.

Kais.-Friedr.-Str. 244. Hentschel, Otto, Kominternstr. 23.

Horn, Otto, Rl., Kaiser-Friedr.-Str. 230. Kelm, Max, Köpenickerstr. 21.

Kerker, Willy, Katenowstr. 24. Klüben, Ernst, Bozh., Gärtnerstr. 24.

Baumgarten, W., gr. Frkfr. Str. 29. Berliner „Norden“, Ackerstr. 128 u.

Möbelhalle „Norden“, Invalidenstr. 118. Blesch, Spandau, Schönwalderstr. 11.

Bolle's Möbelgeschäft, N. Gartenstr. 93. Bollmann, Carl, Rl., Boddinstr. 61.

Buchholz, Paul, Stromstr. 45. Cohn, E., kulant Teilzahlung.

Geppert, Paul, a. Marheineckeplatz. Gericke, Fritz, Müllerstr. 143.

Glazekski, P., Neue Königstr. 26. Gelegenheitskäufe i. Alts. Nes. 4 u. 5, B. Alexander-

Gorbahn, Ad., Brunnenstr. 164. Hönnicke, Otto, Elsenstr. 29.

Hopp, Jul., Brunnenstr. 133. Janitzkow, F., Möbel-Fabrik.

König, A. Rl., Berlinstr. 102. Kötchenmübel, Rl., Berlinstr. 90.

Lachotki, L., Rl., Hermannstr. 15. Lazarus, L., Petersburgerstr. 62.

Lothringenstr. 55. Lennert, Hans, Möbelgelegenheitsk. Lüdecke, R. Rl., Bergstr. 4.

Misch Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschäften aller Preislagen

Willy Hummensen Möbel-Haus Grunewaldstr. 27. Möbel Krause Möbel

Kastanien-Allee 40, Fabrikgebäude. Teilzahlung gestattet

Möbel-Rosien, Kastanien-Allee 57. Möbius, Rudolph, Ackerstr. 130.

Nagott, Rl., Richardplatz 8, Alt. Neu. J. Ostrowski jr. Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor

Möbel Spiegel Polsterwaren gegen Bar- u. Teilzahlung.

Neukirch, Gebr., Langestr. 9, Stralauerstr. 32.

Am Molkenmarkt. Früssing, Ludw., Gartenstr. 23.

Rehfeld, A., Dammstr. 20, Gelegenheitskäufe, kompl. Einr. v. 140 M. an.

Reitig, Fr. M., Fennstr. 44. Schmidt, Otto, Gartenstr. 82.

Siebeky W., Gneisenaustr. 18, eig. Tischlerei u. Tapetierwerkstatt.

Neue Königstr. 25. Stargard, O., Gelegenheitskäufe u. Bar- u. Teilzahlung.

Stoye, Bernh., N 20, Prinzen-Allee 59. Uhr, Johannes, Grünthalstr. 68.

Wendland, Ernst, Straße 121. Möbel-Fabrik - Bar- u. Teilzahlung.

Ge. Frkfr. Str. 45/46, auch Teilzahlung. Zierman, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47

Molkereien „Schweizerhof“, Meierei und Milchkanstalt, liefert

Vollmilch u. Kindermilch u. jed. Tageszeit frei Haus zu d. üblich. Preisen. Zirkis 100 Verkaufswagen.

Musikinstrumente Grunow, A., Frankfurter Allee 150.

Kirst, Rich., Brunnenstr. 45. Pfeiffers Musikh., Kotb. Damm 30.

Schnödt, Otto, Rl., Richardstr. 115. Scholz, Paul, Frk. Allee 79 b.

Frk. Chaus. 156. Scholtz, Pstschmann & Co., Brunnenstr. 22.

Behnke, Marienburgerstr. 11, Lf. Konz. Conrad, Paul, Frankf. Allee 171.

Flaue, B., Müllerstr. 163 a. Lieferant d. Konz.-Genossensch. Berlin u. Umg.

Fiebig, C., Winterfeldplatz. Floor, Friedr., Sparr-Str. 17.

Formanowitz, E., Yorkstr. 53 am Hof. Wilmersdorfer

Graff & Heyn, Straße 118/119. Hannes, Gust., Am

Weddingpl. 1. Horioza, Grunewaldstr. 3, Frankf. Allee 14.

Heise, Helmut, Badstr. 17. Lieferant der Konz.-Genossensch.

Hübner, C., Rosenkronstr. 72. Klein, A., Gr. Frankf. Str. 141.

Kuhn, Rich., Frankf. Allee 119a. Masuch, Otto, Pallasstr. 14. 5/6. Babst

Michling, A., Weidenweg 20. Odrowski, F., Kottbuserdamm 109.

Oesterling, O., Grüner Weg 107. Petersohn, Osk., Müllerstr. 153.

Räsener, Gelegenheitskäufe Brunnenstr. 29.

Salomon, J., Petersburgerstr. 49. Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.

Schreier, J., Hermannstr. 32. Kottbuserdamm 48.

Schuhh. Max Koh, Bellealliancestr. 90. Schuhwaren des Westens

York-Str. 40/41. Schüler, Wilh., Schönhauser Allee 91.

Sommer, Wilh., N. Schönhauser Allee 85. Tauscher, E., Weidens. Köpenickerstr. 41b.

Tornow, Franz, Tegel, Berlinstr. 1a. Wegner, R., Rixdorf, 141.

Winter, H., Schönhauser Allee 91. Zastrow, E., Rl., Berlinstr. 71/72.

Stoll, Marie Leander, Irminenstr. 137. Teppiche u. Gardinen

Frankenstein & Co., Rl., Bergstr. 140. Graff & Heyn, Wilmersdorfer

Straße 118/119. Mauerhoff, M., Gr. Frankf. Str. 9, p. Uhren u. Goldwaren

Arit, Herm., Manteuffelstr. 114. Bürger, Jul., Müllerstr. 6.

David, Max, Brunnenstr. 43. Ebert, Otto, Huttenstraße

Nr. 67. Ellinghausen, Gebr., Grünerweg 48.

Fabian, Max, SO 25, Wilmersstr. 25. Fliegen Schmidt, M., Bergmannstr. 2.

Friese, Konrad, Müllerstr. 4. George, Adolph, Badstr. 62.

Gromadits, E., Androsstr. 29. Kniebusch, W., Frankf. Chaussee 61.

Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40. Lewin, Adolf, 43/44.

Linde, Max, Tegel, Berlinstr. 83. Lux, Carl, N. Chausseestr. 41.

Mildt, A., Charl. Krummenstr. 14. Nahr, Gust., Gr. Frankfurter Str. 91.

Ostereich, M., Gr. Frankfurter Str. 126. Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 19. Februar er. veranstaltet der Reichsdeutsche Männer-Chor Berlin 1900 im Belt 2 sein 10. Stiftungsfest. Da man bemerkt ist, hierzu möglichst viel Willkür, speziell in Metallarbeiterkreisen, umzusetzen, weisen wir darauf hin, daß das genannte Lokal gesperrt ist.

Dritter Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 20. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in den Ritterfäden, Ritterstr. 75 eine Versammlung stattfindet. Vortrag des Stadtd. Adolf Ritter. Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein.

Halensee. Am Sonntag, den 20. Februar er. findet in dem Wilmersdorfer Festfäden, Halensee, Johann Georgstr. 19 eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Rubeil spricht über die gegenwärtige politische Lage. Agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

Pankow. Morgen, Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr findet bei Großfurt, Berliner Straße 27 die Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten für die Gemeinderatswahlen. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Spandau. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr findet im Stadttheater der dritte Vortragsabend über das Thema: „Theorien und Programme der bürgerlichen Parteien in Deutschland“ statt. Wir erwarten, daß besonders die Funktionäre der Partei und Gewerkschaften ein etwas lebhafteres Interesse an den Tag legen und sich noch an den beiden Abenden (18. und 23. Februar) beteiligen. Die Teilnahmekarte kostet jetzt nur 20 Pfennig.

Der Bildungsausschuss.

Berliner Nachrichten.

Der Schulkassenstreit zwischen den Vororten und der Stadt Berlin ist durch das gestern mitgeteilte Urteil des Oberverwaltungsgerichts, in welchem die Gemeinde Weißensee mit ihren Ansprüchen gegen die Gemeinde Berlin abgewiesen worden ist, in ein neues Stadium getreten. Es wird sich fragen, ob die übrigen Prozesse, die verschiedene andere Vororte gegen Berlin führen, noch weiter geführt werden, da die Aussichten, ein obliegendes Urteil zu erzielen, sehr gering geworden sind. An sich ist es ja ein eigenartiger Zustand, daß eine Gemeinde gegen eine andere klagt, weil Personen in ihrem Bezirke wohnen, die in einer anderen Gemeinde arbeiten. Aus diesen unerquicklichen Zuständen herauszukommen, wäre nur möglich, wenn Groß-Berlin auch eine kommunale Einheit bilden würde. Leider ist die Aussicht hierzu immer mehr geschwunden.

Vom städtischen Armenwesen.

Die Armenverwaltung hat sich in der letzten Sitzung mit der Armenspeisung zu beschäftigen. Der Dezernent, Herr Dr. Levy, teilte mit, daß der Antrag auf in diesem Jahre ein außerordentlich großer sei; denn es seien im Dezember und Januar über 400 000 Portionen Essen auf Kosten der Armenverwaltung ausgegeben. Da der im Etat eingestellte Betrag von 50 000 M. nur das Späthoch zum 1. März gestatte, so werde sich die Direktion zu entschließen haben, einen weiteren Betrag von 20 000 M. beim Magistrat zu beantragen, damit die Fortsetzung der Speisung bis zum 1. April ausgeführt werden könne. Dieser Antrag wurde durch unsere Genossen Dupont und Hingst lebhaft unterstützt; sie wiesen namentlich auf die riesige Teuerung aller Lebensmittel, auf die immer noch bedeutende Arbeitslosigkeit und auch auf die bevorstehenden Aussperrungen durch die Unternehmer hin. Da das Bedürfnis vorliege, so müßte man auch die nötigen Mittel bewilligen. Befürworter des Antrages war mit seinem guten Herzen Herr Stadtrat Münsterberg, der erklärte, daß er nur ungern mit Nachforderungen an den Magistrat herantrete; außerdem hätten sich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter gebessert. Und das Resultat? Die Mehrheit lehnte in der Tat den Antrag ab, und somit hört die Armenspeisung am 1. März auf. Die zahlreichen Arbeiterfamilien des Nordens und Ostens, denen die Speisung durch die Armenämter immerhin über die größte Not des Winters hinweghalf, die zahllosen Obdachlosen, welche die übriggebliebenen Reste in den Küchen verzehrten, mögen sehen, wie sie ihren Hunger stillen. Wasichert das Herrn Stadtrat Münsterberg und die Mehrheit der Armenverwaltung?

Eigentümlich nehmen sich die Berichte des „Berliner Lokal-Anzeigers“ und der „Vossischen Zeitung“ aus. Danach soll Herr Stadtrat Münsterberg bei der Einführung von 6 neuen Vorstehern erklärt haben, es sei nicht nötig, wie in Charlottenburg unsere Armenkommissionsvorsitzer anzuweisen, daß sie alle Unterstützungsfälle sofort zu erledigen hätten, denn so würde es in Berlin laut Geschäftsverteilung schon immer gehandhabt. Das Gegenteil hat Herr Münsterberg ausgeführt. Er sagte, daß es sich hier in Berlin eingebürgert habe, daß ein großer Teil der Armen, welche um Unterstützung nachsuchen, auf die Zeit der Werdung zwischen dem 10. und 15. des Monats verwiesen wird, damit dann erst die Nachfragen vorgenommen werden und endlich am 1. die Unterstützung ausgegahlt werde; daß also, wenn sich jemand nach dem 15. Februar melde, er endlich am 1. April eine Unterstützung bekommen würde. Diesem Uebelstande siehe die Verwaltung leider machtlos gegenüber, und Herr Münsterberg ermahnte am Schluß seiner Ausführungen die neuen Vorsteher, nicht in die gleichen Fußstapfen zu treten. Was sagen der „Lokal-Anzeiger“ und die „Vossische Zeitung“ zu ihren zuverlässigen Berichterstattern?

Eine größere Zahl von Beschwerden über verfallene Unterstützung durch die Armenkommissionen und Armenräte zeigt auch, daß in unserer Armenverwaltung noch viel zu wünschen übrig bleibt.

Die juristische Sprechstunde fällt heute abend aus.

Zur Verhütung anstandsloser Invalidität übernimmt die Invalidenversicherung in vielen Fällen für ihre Versicherten das Heilverfahren, um die von Invalidität Bedrohten womöglich wiederherzustellen und ihnen die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit zu erhalten. Ein Fall, in dem an der Notwendigkeit eines Heilverfahrens gar nicht zu zweifeln war, aber von der Invalidenversicherung die Übernahme der Kosten verweigert wurde, wird uns aus dem Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg gemeldet.

Ein 60-jähriger Mann, 60 Jahre alt, glaubte eines künstlichen Gehirns zu bedürfen. Er ließ sich durch einen Zahnarzt untersuchen, und dieser bescheinigte ihm: „Herr H... klagt über mangelhafte Kaukraft, schlechte Verdauung, Magenbeschwerden, Durchfall und Ohnmachtsanfälle. In letzter Zeit habe er sich häufig so schwach gefühlt, daß er zeitweise arbeitsunfähig war. Antragsteller ist vor längerer Zeit wegen Herz- und Lungenleiden in ärztlicher Behandlung gewesen. Patient ist ein Mann von schwächlicher kleiner Gestalt und hat keinen Zahn mehr im Munde, so daß bei der mangelhaften Kaukraft die oben angegebenen Beschwerden erklärlich sind. Das Herz- und Lungenleiden und nicht zuletzt die mangelhafte Funktion des Verdauungsapparates hat die Widerstandsfähigkeit des Körpers derartig gemindert, daß vor-

zeitige Invalidität zu befürchten ist, wenn nicht sofort durch geeigneten Ersatz Abhilfe geschaffen wird. Es ist daher ein Gebiß mit zusammen 28 Zähnen à 3,50 M. = 98 M. nötig.“ H. wandte sich nun an die Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg, bat um Kostenübernahme zur Beschaffung eines Gebisses und fügte das obige Attest sowie 18 Aufrechnungsarten bei. Nach mehreren Wochen kam von der Versicherungsanstalt eine Antwort, die kurz und bündig lautete: „Ihrem Gesuch um Gewährung einer Beihilfe zu den Kosten Ihres Zahnersatzes können wir zu unserem Bedauern nicht entsprechen.“ Warum dem Gesuch nicht entsprochen werden könne, darüber jagte die Antwort nichts. Da die Versicherungsanstalt unterlassen hatte, dem Antragsteller das von ihm selbst bezahlte Attest zurückzugeben, so mußte dieser ihr einen Mahnbrief schicken. Er benutzte die Gelegenheit, um Angabe des Grundes der Ablehnung zu erlangen, indem er schrieb: „Daß die Landes-Versicherungsanstalt Gebisse oder Zuschuß zu denselben bewilligt, ist mir bekannt, unbekannt dagegen ist mir, in welchem Zustand das Gebiß des Antragstellers sein muß, wenn derselbe mit Aussicht auf Erfolg um Bewilligung eines solchen an die Landes-Versicherungsanstalt herantreten darf. Da ich, wie aus dem Attest des Herrn Dr. W... hervorgeht, keinen einzigen Zahn mehr habe, wäre es mir interessant, zu erfahren, welche Gründe für die Ablehnung meines Gesuches maßgebend waren.“ H. wandte sich jetzt an die „Allgemeine Orts-Krankenkasse zu Charlottenburg“, deren Mitglied er war. Diese erklärte sich in kürzester Frist bereit, drei Hünstiel der Kosten des Gebisses zu übernehmen, wenn die Versicherungsanstalt die restlichen zwei Hünstiel übernehmen wolle. H. wurde an einen Zahnarzt gewiesen, der das Gebiß zum Preise von 8 M. pro Zahn — mehr zahlen im allgemeinen die Kassen nicht — anfertigen wollte, so daß für das ganze Gebiß mit 28 Zähnen immer noch 224 M. zu zahlen waren. Zum drittenmal wandte H. sich jetzt an die Landes-Versicherungsanstalt Brandenburg. Er bat um Übernahme von zwei Dritteln des Kostenbetrages und fügte das Schreiben des Kassenvorstandes bei. Aber auch auf dieses Gesuch wurde — diesmal schon nach wenigen Tagen — ablehnend geantwortet mit dem Bemerkung, daß wir zu unserem Bedauern ablehnen müssen, zu den Kosten Ihres Zahnersatzes beizutragen.“ Ein Grund war wieder nicht angegeben.

Was bleibt dem von Invalidität bedrohten Arbeiter übrig? Mit dem „Bedauern“ allein war ihm natürlich nicht genügt. Wenn er nicht vorzeitig erwerbsunfähig werden wollte, so mußte er die zwei Drittel aus eigener Tasche bezahlen, das machte für ihn 33,60 M.

- Von den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung des Stadtkreises Berlin und des Regierungsbezirks Potsdam sind auf Grund des § 8 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900, für das Jahr 1910 1. der Geheimrat Medizinalrat Dr. Weder in Berlin W. 30, Rollendammstr. 10, 2. der Sanitätsrat Dr. Köhler in Berlin W. 50, Augsburger Straße 43, 3. der Sanitätsrat Dr. Wagner in Berlin W. 30, Münchener Straße 48, 4. der praktische Arzt Dr. Engel in Berlin W. 30, Landshuter Straße 22, 5. der Sanitätsrat Dr. Hehl in Berlin W. 50, Geisbergstr. 27, 6. der praktische Arzt Dr. Edwin Brand in Berlin W. 15, Joachimsthaler Straße 33/34, zu Vertrauensärzten gewählt worden.

Die Wahlrechtsdemonstration und der „Berliner Lokal-Anzeiger“.

Daß die bürgerliche Presse unsere Wahlrechtsdemonstration von ihrem Vorstellendpunkte behandelt, ist selbstverständlich, erwähnt muß aber besonders werden, wie der sogenannte „parteilose“ „Lokal-Anzeiger“ über die Demonstration berichtet. Ganz abgesehen von der unvorsichtigen Behauptung, daß ein Demonstrationszug an der Invalidenstrasse durch die Polizei gestreut worden sein soll, während er in Wirklichkeit unbelästigt seinen Weg nach dem Humboldthain nahm, lautet das Urteil des „Lokal-Anzeiger“ wie folgt:

„Das Recht auf die Straße haben die Sozialdemokraten gestern wieder einmal „erobert“ wollen, und es ist ihnen wirklich gelungen, gewaltige Menschenmassen auf die Straße zu bringen und sie nach einem großen Plaz im Norden der Reichshauptstadt zu dirigieren, wo man sich an oppositionellen Reden und Hochrufen gütlich tat. Die Gesellschaft ist diesmal glimpflich abgelaufen; nur an zwei Stellen von Groß-Berlin ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, wobei es auf Seiten der Demonstranten einige blutige Köpfe und auf Seiten der Schutzmannschaft einen Verletzten gab. Wäre dieser Wahlrechtsantrag weniger friedlich ausgearbeitet, wenn nicht der neue Herr Polizeipräsident seine lapidaren vier Thesen über das Recht auf die Straße an alle Anschlagstulen der Stadt hätte heften lassen. Wir wichtige Hammer-schläge prägen sie sich den Lesern ein, und der Schlusssatz insbesondere: „Da warme Neugierige“, wird seine heilsame Wirkung auf diejenigen Elemente, die überall dabei sein müssen, wo etwas los ist in Berlin, nicht verfehlen.“ Ganz der Polizeistil! Der „Lokal-Anzeiger“ freut sich ordentlich über den genialen Polizeipräsidenten. Und da gibt es noch viele Arbeiter, die dieses Blatt noch halten, das ihre elementarsten Rechte mit Füßen tritt!

Prämiierte Schulkinder.

Übermals haben fünf Berliner Schulkinder aus den Rufen eines dem Deutschen Tierkubverein vermachten Legats bestimmungsgemäß je 150 M. erhalten für die größte Zahl der innerhalb eines Jahres zur Anzeige gebrachten Tierquälereien. Wir nehmen davon nur Notiz, weil sich unter den prämierten Schulkindern wieder, wie so oft schon, zwei Beamte befinden, die die gleiche Prämie bereits öfter erhielten. Merkwürdig! Diese beiden Beamten müssen viel Zeit übrig haben oder auf Tierquälerei-Anzeigen besonders zugewandten sein. Schon früher haben wir ausgeführt, daß es keine Bedenken hat und leicht Mißgriffe hervorrufen kann, wenn man unter der Aufsicht, daß prämiert zu werden, nach Tierquälereien sucht. Den fünf belohnten Schulkindern steht nur ein einziger prämiertes Antäher gegenüber, der für liebevolle Pflege und sorgsame Behandlung seiner Herde ein eingeordnetes Ehrendiplom erhielt. Der Testator hätte besser getan, den Antäher das Geld und den Schulkindern die Ehrendiplome auszugeben. Unsere Polizei kann solche Diplome brauchen.

Mit Polizeihunden scheint in Zukunft ganz nach dem letzten Sinn der Realisation der halbe preussische Staat regiert werden zu sollen. Man erwartet von diesen Spezialhunden, die doch noch lange nicht mal ihre Feuerprobe bestanden haben, wadere Wunderdinge und überpuzelt sich in allerlei Vorschlägen und Absichten zu ihrer Verwendung. Neben dem eigentlichen Kriminaldienst sollen die Polizeihunde auch in den Forsten verwendet und den Forstbeamten zum Schutz beigegeben werden. Schon jetzt sind eine Anzahl derartiger Hunde an der Obersee stationiert, wovon im nächsten Sommer die Ausläufer nicht sonderlich erbaulich sein dürften. In der „Berliner Morgenpost“ legt sich jetzt ein Strafanwaltsdirektor für Hunde im Gefängnisaufsichtsdienst ins Zeug und erklärt gleichzeitig, daß ein entsprechender Versuch schon im Roabiter Untersuchungsgefängnis gemacht worden sein soll. Da werden wohl in der projektierten staatlichen Polizeihund-Zuchtanstalt bei Strausberg gar nicht so viele angebende Polizeihunde produziert werden können, als man braucht. Auch die Uniformierung von Polizeihunden und ihre Dekorierung mit Tapferkeitsmedaillen wird in unserem Staatswesen, in dem heutzutage von Erbäuen zum Rächerlichen nur ein Schritt ist, wohl nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Am letzten Sonntag bemerkten übrigens Wahlrechtsdemonstranten im Tiergarten einen Schutzhund mit einem Polizeihund. Man nahm an, daß gegebenenfalls der Hund auf die Arbeiter gehetzt werden sollte.

Göttliche Weltordnung. Der 25-jährige Malergehilfe Hermann Fiedler war an einer Weidvergiftung erkrankt und hatte deshalb längere Zeit im Krankenhaus zubringen müssen. Vor drei Tagen war er entlassen worden, bemühte sich aber vergeblich, wieder Arbeit zu erhalten. Zwei Tage irrte er obdachlos in den Straßen Berlins umher. Gestern Abend gegen 9 Uhr trank er vor dem Hause seiner früheren Wirtin, Völknerstraße 4, Lyfsof. In bemitleideter Weise wurde der Lebensmüde zunächst nach der Unfallstation in der Badstraße und von dort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Arbeitslosigkeit hat auch den 32-jährigen Kellner, Willi Klein aus Hamburg den Revolver in die Hand gedrückt. Er war vor einigen Tagen von der Hansstadt nach Berlin gekommen, um hier Stellung zu suchen. Seine Bemühungen waren aber vergeblich und als seine geringen Ersparnisse erschöpft waren, schoß er sich gestern aus Verzweiflung eine Kugel in die Brust. Klein wurde, nachdem er auf der Unfallstation am Spittelmarkt einen Rotverband erhalten hatte, nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

In bewußtlosem Zustande auf der Straße aufgefunden wurde in der letzten Nacht eine gutgekleidete, aussehend den besseren Ständen angehörige, etwa 28-jährige Frau. Von Passanten wurde die Frau nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo der Arzt eine schwere Vergiftung mittels Cyanid festgestellt. Trotz längerer Bemühungen war es nicht möglich, die Frau zum Bewußtsein zu bringen. Die Lebensmüde, die keinerlei Verfassungen und Papiere bei sich trug, wurde nach dem Krankenhaus in Roabit übergeführt.

Beim Zahnziehen plötzlich gestorben ist die 42-jährige alte Schlosserfrau Anna Bergmann geb. Schneider aus der Volzgerstr. 1. Die Frau begab sich gestern nachmittag zu einem Zahnarzt in der Kleinen Frankfurter Straße, um sich drei Zähne ziehen zu lassen. Der Vorbericht gemäß zog der Zahnarzt zur Kontrolle einen anderen Arzt zu. Die Frau verlor plötzlich das Bewußtsein und konnte trotz aller Bemühungen nicht wieder in das Leben zurückgerufen werden.

Zum Rowdy geworden. Sonntag abend gegen 12 Uhr ging ein Arbeiter W mit seiner Frau, von einer Familienfeierlichkeit kommend, die Rittelpromenade der Danziger Straße, Ecke Treßlawstraße, entlang. Frau W. machte ihren Mann auf einen mit seinem Bruder daherkommenden früheren Blumendruckern, den Lithographen Georg Haberkorn, aufmerksam, der bekanntlich als Polizeispion entlarvt worden ist. Nach einem kurzen Wortwechsel fielen beide Haberkorn über den Mann her und bearbeiteten ihn mit ihren Stahlböden in solcher barbarischen Weise, daß das Blut vom Kopfe nur so herabrieselte. Dann entführte Haberkorn den Revolver, den er bei sich trug, und drohte zu schießen, wenn sich jemand ihm näherte. Schutzleute brachten die beiden Haberkorn nach der Wache. Da zahlreiche Personen Zeugen des Vorfalles waren, wurden Augenzeugen gebeten, ihre Adressen an Heinrich Walter, Schildwache der Straße 43, Seitenflügel 1 Treppe, gelangen zu lassen.

Ein Jopfabsteher geht wieder um. Der Tischler Otto Oberst aus der Karlsplatzstr. 86 schickte am Sonnabendnachmittag seine 12-jährige alte Tochter Frieda nach der Androsstr. 33 in Berlin, Leisten zu holen. Die Kleine fuhr mit dem Omnibus hin und wurde, daß die Leisten zu Hause ab und ging dann nach einem Schlägerladen in der Sektower Straße zu Rüdorf. Es war ihr schon aufgefallen, daß unterwegs viele Wäde sich verwundert auf sie gerichtet hatten. Jetzt machte eine kleine Freundin, die sie beim Schläger traf, sie darauf aufmerksam, daß ihr Jopf nicht in Ordnung sei. Es ergab sich, daß zwei Strähnen durchgeschnitten waren. Wahrscheinlich hat der Jopfabsteher eine zu kurze Schere benützt.

Todessturz vom Wagen. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstagnachmittag gegen 2 Uhr in der Kreuzbergstraße. Dort hatte der 40-jährige alte Aufseher Jakob Ödring, Bergstraße 26 wohnhaft, der bei der Firma Max H. Jansen beschäftigt war, einen Wagen hoch mit Dung beladen. Als D. nun seinen Sitz einnehmen wollte, geriet die Ladung ins Wanken und der Aufseher stürzte mit einem Teil derselben herab. Ödring fiel so unglücklich, daß er eine schwere Verletzung des Rückgrates erlitt, der er auf dem Transport nach der Unfallstation in der Warkauerstraße erlag. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Wertvolle Kunstgegenstände erbeuteten Schankstencinbrecher, die in der vergangenen Nacht die Glaswarenhandlung von Harsh u. Co., Liner den Linden 66, heimsuchten. In die Hände fielen ihnen u. a. ein Silbernes Flitterglas mit Kopf und Armen aus Eisenblech, ein Leib aus Goldbronce auf Rarmorollet, das eine Fahne hochhält, eine weibliche Wäse und dergleichen mehr.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Dienstagnachmittag gegen 1/2 Uhr in der Corneliustrasse. Dort war in dem Hause Nr. 3 der sechszehnjährige Fensterverger Max Habel mit dem Reinigen der Fenster der zweiten Etage beschäftigt, als er plötzlich fehl trat und kopfüber auf die Straße hinabstürzte, wo er blutüberströmt und bestimmungslos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten geschafft, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde. Nach Anlegung eines Rotverbandes mußte H. nach dem Elisabeth-Krankenhaus übergeführt werden.

Zwei Personen bei einem Brunnenaufbau verunglückt. Bei dem Brunnenaufbau am Neubau des Grundstücks Kopenhagener Str. 31 glitt gestern nachmittag beim Hinunterlassen des etwa zehn Zentner schweren Bohrers die Loder gewundene Kette an dem Gestänge in die Höhe, die stark angebrochene Welle schlug zurück und die eisernen Griffe der Welle trafen den 56-jährigen Arbeiter Hermann Gräber, Schleifstr. 6, gegen das Kinn, den 33-jährigen Arbeiter Paul Wojcizilowsky, Schulstr. 63, gegen die rechte Schläfe. Gräber erlitt einen schweren Unterkieferbruch und wurde, nachdem ihm ein Arzt den ersten Verband angelegt hatte, nach dem Lazarus-Krankenhaus geschafft. Wojcizilowsky trug eine schwere Quetschwunde davon und wurde von Arbeitskollegen nach seiner Wohnung gebracht. Die Schulbrüche bedarf noch der Aufklärung.

Kindesmord? Die Leiche eines neugeborenen Kindes fand gestern der Wächter der städtischen Baumschule an der Reinickendorfer- und Seestraße. Er sah dort auf einem Randweg ein Paket liegen, öffnete es und übergab es der Revierpolizei. Ob das Kind umgebracht worden ist, muß erst die gerichtsarztliche Untersuchung der nach dem Schauhause gebrachten Leiche feststellen.

Ein großer Geldhehlerei wurde in der Nacht zum Montag wiederum in dem Weinbause Adergold in der Vellenerstraße verübt. Man erinnert sich noch der großen Verurteilung, die vor längerer Zeit ein junger Angehender dieses Hauses beging. Der Lugereue entfloß damals mit einem Automobil und wurde mit einem Freunde zusammen nach langen Auto- und Eisenbahnfahrten endlich ergriffen. Damals handelte es sich um 27 000 M. In der Nacht zum Montag sind wiederum 23 000 M. auf bisher nicht gekläarte Weise verschwand. Es ist die Tageseinnahme, die gestern auf die Bank gebracht werden sollte, sich in dem Geldschrank aber nicht mehr vorfand. Von dem Täter hat man bis jetzt noch kein Spur gefunden.

Gasvergiftungen. Gestern abend wurde die Berliner Feuerwehr nach der Liedomstr. 7 gerufen. Dort hatte sich ein Gasmisgerüst W. Schmidt mit Leuchtgas vergiftet. Der 20-jährige Selbstmörder wurde tot dort aufgefunden. Alle Wiederbelebungsbemühungen mit Sauerstoff usw. waren erfolglos.

Eine Verkehrshürde entstand gestern mittag nach 1 Uhr in der Straßentrasse vor der Brückenstraße dadurch, daß ein Straßenbahnwagen der Linie 71 mit einem Obflurwagen zusammenstieß. Der Obflurwagen wurde total zertrümmert. Das Obflurhauptstück des Wagens, bedeckte den ganzen Straßendamm, so daß beide Weisse längere Zeit gesperrt waren.

Feuer in der Berliner Webefabrik. Montag abend kurz nach 8 Uhr kam Köpenicker Straße 18/20 in der Berliner Webefabrik von M. Nengers u. Söhne ein gefährlicher Brand aus. Als von der nahen Feuerwache der fünfte Zug eintraf, stand der erst neu aufgeführte Trockenraum in Flammen. Der Raum besteht aus einem etwa 20 Meter langen, 6 Meter breiten und sehr hohen eisernen Kasten, der ummauert ist. Hier werden die Webete getrocknet. Montag machte nun ein Engländer in dem Raume Versuche mit einem neuen Trocknungsverfahren, bei dem auch Benzin zur Anwendung gelangt. Während nun drei große Ballen zum Trocknen aufgehängt waren, entstand plötzlich auf noch nicht aufgeklärte Weise Feuer, das rasche um sich griff. Brandinspektor Teubner ließ mit zwei Schlauchleitungen vorgehen und brachte das Feuer nach einständiger Vörsichtigkeit zum Stehen. Der Trockenraum brannte jedoch vollständig aus. Neßz als achtzig große Ballen Webete wurden vernichtet.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute, Mittwoch abend 9 Uhr: 5. Abteilung in Rixdorf bei Kaufhold, Erststr. 8. Donnerstag: 6. Abteilung in Schöneberg bei Bielow, Grunewaldstr. 62. 4. Abteilung in Nichtenberg bei Wehmann, Samariterstr. 11. Vortrag in allen Abteilungen über Vergiftungen mit darauffolgenden praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg. Der Stadtverordnetenversammlung lagen am Montag zwei Dringlichkeitsanträge vor, die sich auf die preussische Wahlrechtsvorlage beziehen. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lautete:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, in Anbetracht der Tatsache, daß der Gesetzentwurf der Regierung zur Abänderung der Bestimmungen des Wahlgesetzes für das preussische Abgeordnetenhaus den berechtigten Ansprüchen der Einwohner Schönebergs auf eine ihrer Zahl und dem Grundbesitz gleichen Rechte entsprechende Vertretung im Preussischen Landtag in keiner Weise entspricht, eine Petition an das Haus der Abgeordneten abzulegen, worin dieses ersucht wird, die auf die öffentliche Stimmabgabe und die Klasseneinteilung der Wähler bezüglichen Bestimmungen des Entwurfs sowie die damit zusammenhängenden Bestimmungen über die Abstimmung in getrennten Wählerabteilungen als der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl durchaus widersprechend abzulehnen, an ihre Stelle Bestimmungen zu setzen, die für die Bildung des Hauses der Abgeordneten das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aller Erwachsenen vorsehen und dem Entwurf einen Zusatz über die Neueinteilung der Landtagswahlkreise anzufügen, gemäß dem die Vertretung des preussischen Volkes auf der Grundlage des gleichen Rechts nach der Einwohnerzahl der Kreise festgelegt wird.“

Der Antrag der Liberalen Fraktion hat folgenden Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, in einer an das Abgeordnetenhaus zu richtenden Petition dafür einzutreten: 1. daß eine neue Wahlkreiseinteilung für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus erfolgt, wonach unter anderem Schöneberg das Recht erhält, allein einen Vertreter zum Abgeordnetenhaus zu wählen; 2. daß die Wahlrechtsvorlage dahin abgeändert wird, daß unter Befreiung des Dreiklassenwahlrechts, wodurch die große Zahl der Bürger Schönebergs entrecht wird, das Reichswahlrecht auch für Preußen eingeführt wird.“

Stadtv. Wollermann (Soz.) beantragte, sofort in die Beratung der beiden Anträge einzutreten. Die Mehrheit stimmte auch diesem Vorschlag zu, jedoch wurde der Anerkennung der Dringlichkeit von dem Stadtv. Schneider (Unabh. Vereinig.) widersprochen, so daß die Verhandlung erst in der nächsten Sitzung stattfinden kann.

Die Vorlage des Magistrats betreffend die Veranstaltung eines Wettbewerbes zur Erlangung von Bauungsplänen für das Südgelände wurde zunächst einem Ausschuss überwiesen.

Sobald beschäftigt sich die Versammlung mit einer Reihe von Petitionen. Der Deutsche Bund für Mutterchutz petitioniert um die Bewährung eines Zuschusses von 300 M. Der Ausschuss empfiehlt nur 100 M. zu bewilligen. Stadtv. Käte (Soz.) tritt dafür ein, daß 300 M. bewilligt werden. Der sozialdemokratische Antrag wurde mit 20 gegen 20 Stimmen abgelehnt und der Antrag des Ausschusses angenommen.

Eine längere Debatte verursachte die Vorlage des Magistrats, für die Herstellung einer Warmwasserheizung im Direktorgebäude der Hohenzollernschule 5500 M. zu bewilligen. Es wurde festgestellt, daß der Magistrat mit der Herstellung dieser Anlage bereits fertig ist. Allseitig wurde das Vorgehen des Magistrats scharf verurteilt. Besonders rügte der Vorsitz, daß der Magistrat die Rechte der Stadtverordnetenversammlung so wenig beachtet, während er andererseits, wie z. B. bei Verlegung der Wahlzeit auf einen Sonntag, peinlich darauf sehe, daß sich die Stadtverordnetenversammlung nicht in die Befugnisse des Magistrats einmische. Die Angelegenheit wurde einem Ausschuss überwiesen.

Für die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes auf dem Nieselgute wurden 43 700 M. bewilligt.

Das Bauprogramm für das in Deutsch-Wusterhausen zu errichtende Alters- und Sichenheim wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses genehmigt.

Der Magistrat beantragte ferner die Herausgabe eines öffentlichen Publikationsorgans. Mit der Erhöhung der Pauschsumme von 800 auf 1500 M. für die amtlichen Bekanntmachungen hat sich das „Schöneberger Tageblatt“ nicht zufrieden gegeben, sondern stelle weitergehende Forderungen. Der Magistrat habe diese jedoch abgelehnt. Die Vorlage wurde zunächst einem Ausschuss überwiesen.

Darauf wurde in die weitere Beratung der Etats eingetreten. Ohne Aenderung genehmigt wurden der Etat der Desinfektionsanstalt (Einnahmen: 1510 M., Ausgaben: 26 650 M.), der Armenetat (Einnahmen: 178 160 M., Ausgaben: 407 148 M.), der Grundstücksetat (Einnahmen: 22 060 M., Ausgaben: 27 284 M.).

Der Garnerei-Etat (Einnahmen: 14 080 M., Ausgaben: 137 197 M.) rügte Stadtv. Kollenuhr (Soz.), daß die in der städtischen Garnerei beschäftigten Arbeiter bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft versichert sind, wodurch die Arbeiter einen großen Nachteil haben. Werde ein Arbeiter verletzt und habe er einen Anspruch auf die Vollrente von 66% Proz., so erhalte er in Wirklichkeit nur 44 Proz. Neben beantragte, die betreffenden Arbeiter bei der Tiefbauberufsgenossenschaft zu versichern. Der Antrag wurde angenommen und der Etat genehmigt.

Der Friedhofsetat (Einnahmen: 98 277 M., Ausgaben: 91 885 M.) gab dem Stadtv. Hoffmann (Soz.) Veranlassung, darüber Beschwerde zu führen, daß die Friedhofarbeiter nicht als händige Arbeiter gefehlt werden, obgleich sie zum Teil eine Reihe von Jahren beschäftigt sind. Die Arbeiter kommen dadurch um den ihnen zustehenden erhöhten Lohn. Auch sei es dargekommen, daß Friedhofarbeiter später als Handwerker beschäftigt wurden, ohne den Lohn als Handwerker zu erhalten.

Kammerer Machowicz erklärte in eine Prüfung der Beschwerden einzutreten und später Auskunft darüber zu geben.

Auch der Verkehretat (Einnahmen: 757 398 M., Ausgaben: 600 704 M.) wurde ohne Aenderung genehmigt. Ein zu diesem Etat gestellter Antrag, den städtischen Arbeitern bei einem Hausstand von drei Kindern Familiengulagen zu gewähren, wurde bis zum Etat der allgemeinen Verwaltung vertagt.

Stadtv. Wollermann (Soz.) begründete noch folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Verkehretat: „Die Stadtverordnetenversammlung richtet die Anfrage an den Magistrat, wie weit die Erhebungen betreffend die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die städtischen Arbeiter gediehen sind. Falls die Erhebungen ihren Abschluß noch nicht gefunden haben, wird der Magistrat ersucht, in eine beschleunigte Förderung derselben einzutreten.“

Neben wies darauf hin, daß bereits vor Jahresfrist die Stadtverordnetenversammlung einen Antrag angenommen hat, worin der Magistrat aufgefordert wurde, Erhebungen über die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit anzustellen. Es wäre notwendig gewesen, diese Erhebungen so zu beschleunigen, daß sich die Stadtverordnetenversammlung noch vor Beginn der Etatsberatungen damit beschäftigen konnte.

Stadtrat Bergmann erklärte, daß die Erhebungen schon nahezu abgeschlossen sind und die Versammlung sich in kürzester Zeit damit beschäftigen könne.

Der Antrag wurde darauf angenommen und die weiteren Punkte bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Rixdorf.

Bureaunkritischer Sparplan. Uns wird geschrieben: Wenn die Behörden den Bülowischen Sparplan betätigen, um neue Millionenanleihen zu verhindern, so fangen sie mit Feindigen zu sparen an. Dafür ein Beispiel. Die jungen Leute, die in Rixdorf während einiger Jahre dem Staat ihre Verteidigerdienste anbieten müssen, haben sich erst auf dem zuständigen Polizeirevier zu melden. Nach einiger Zeit müssen sie sich von derselben Stelle ihren Lösungsschein abholen, der in den meisten Fällen aber noch auf dem Polizeipräsidium am äußersten Ende unserer Stadt liegt. Wieder nach einiger Zeit müssen sie noch der Polizei, um die Musterungsborder abzuholen. Für diejenigen, dessen Arbeitszeit ein Aufsuchen des Polizeireviere während der Dienststunden nicht zuläßt, bedeuten diese Säuerereien einen erheblichen Verlust an Zeit und Verdienst. Die ganze Keimerei hat man nur, weil die Behörde 5 Pf. Porto sparen will. In Berlin z. B. erhält der Befehlspflichtige, abgesehen von der Meldung zur Stammrolle, seine Sachen per Post zugefandt. Sollte das in Rixdorf nicht auch möglich sein? Eine Steuererhöhung wird doch deswegen nicht notwendig werden. Scheut man aber die Portoaussage, so lasse man die Verantwortlichkeiten durch Beamte, die, wie sich am Sonntag wieder einmal gezeigt hat, überflüssigerweise beschäftigt werden, austreten.

Ueber die Bedeutung der Gewerbevereine für die Arbeiter spricht heute abend in einer bei Hoppe, Hermannstr. 49, stattfindenden öffentlichen Versammlung Genosse Adolf Ritter. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, für regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren.

Die Gewerkschaftskommission für Rixdorf.

Auf schreckliche Weise verübte gestern nachmittag die 23jährige Frau der Tischlers Weger aus der Münchener Str. 23 Selbstmord. Anscheinend in einem Anfall von Nervenüberreizung begoß sie in ihrer Wohnung die Betten mit Petroleum und Benzin und zündete sie an, um sich hierauf in die Flammen zu stürzen. Als der traurige Vorgang bemerkt wurde, war schon keine Hilfe mehr möglich. Die junge Frau wurde verbrannt als Leiche aufgefunden.

Bei dem Demonstrationszuge am Sonntag ist ein goldenes Uhrarmband verloren worden. Da selbiges ein teures Andenken ist, wird der ehrliche Finder gebeten, das Verlorene in der Vorwärts-Expedition, Redakstraße 2, abzugeben.

Einen schweren Verlust hat eine Arbeiterfrau zu beklagen. Dieselbe verlor am Montagabend zwischen 7—8 Uhr auf dem Wege Rogatstraße nach Bobnhof Hermannstraße 54 Mark. Der Finder des Geldes wird gebeten, dasselbe in der Parteipost, Redakstraße 2 abzugeben.

Johannisthal.

Mit der brennenden Frage der Vereinfachung von entsprechenden Mitteln für die Anlage eines Gemeindefriedhofes wird sich auf Antrag der Vertreter der 3. Klasse die am morgigen Donnerstag stattfindende Gemeindevertreterversammlung zu beschäftigen haben.

Steglich-Friedenau.

Der Bildungsausschuss veranstaltet einen Vortragskursus von vier Abenden. Anfang des Kurses am Montag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schelbke, Steglitz, Thormstraße 15a. Thema: Derwiltismus und Sozialismus. Vortragender wird bei Beginn des Kurses bekanntgemacht. Teilnehmerkarten zum Preis von 30 Pf. für den Kursus sind zu haben bei F. Ritterer, Fichtelstr. 8, Schmidt, Marktstr. 9, bei sämtlichen Bezirksoffizieren und im Lokal.

Ferner am 1. März: W. Busch-Abend. Großer Lichtbildervortrag im Rheinischloß, Friedenau, Rheinstraße. Eintrittskosten 30 Pf. Garderobe frei. Auch hierzu sind Karten bei den Obengenannten zu haben. Zu beiden Veranstaltungen ist der Eintritt für Jugendliche frei.

Ober-Schöneberg.

Am Sonntag, den 13. Februar, fand die Einweihung des von der Arbeiterkassette gegründeten Jugendheimes in der Alaraststraße 2 statt, zu welcher die Vertreter der verschiedensten Organisationen erschienen waren. Eingeleitet wurde die Feier durch das vom Gesangsverein „Ober-Schöneberg“ vorgetragene Festlied: „Krönt den Tag.“ Namens des Jugendauschusses übergab hierauf Genosse Rutz der Jugend die Räume, dabei der großen Opferfreudigkeit der Arbeiterkassette, welche dies Werk geschaffen, gedenkend. Genosse Grunow würdigte in der Festrede die Bedeutung der Bildung gerade für die arbeitende Bevölkerung. Die Arbeiterkassette würde bestrebt sein, ihre Jugend frei zu machen von allen in der Volk- und höheren Schule genährten Vorurteilen und sie zu einem freien Bewußtsein zu erziehen. Sie handelte dabei nach dem großen Lehrprinzip eines Pestalozzi und Diesterweg, die die Entfaltung aller Kräfte im Menschen anstreben. Nachdem der Genosse Kestel als Obmann des Jugendauschusses erklärte, daß auch er im neuen Heim seine Tätigkeit ausüben werde, erfolgte mit dem vom Gesangsverein vorgetragenen „Festgefang“ der Schluß der Feier. Von der hierauf gestifteten Bewirtung des Heimes durch die Einwohnerschaft wurde reger Gebrauch gemacht.

Treptow-Baumshulenberg.

Die Neuwahlen zur Gemeindevertretung werden für die dritte Klasse voraussichtlich am 1. März, nachmittags von 1—7 Uhr, vorgenommen werden. Es sind in dieser Klasse drei Mandate zu besetzen, wovon zwei Angehörige sein müssen. Die Wahlen finden befristungsweise statt und zwar im 2., 3. und 4. Bezirk. Im 2. Bezirk, welcher von der Niesholstraße, dem Damme, der Spree und Nieder-Schöneberg umgrenzt wird, findet eine Ergänzungswahl für den Genossen Grunow statt, dessen Wahlperiode am 31. März dieses Jahres abgelaufen ist. Hier ist ein Nichtangehöriger zu wählen. Im 3. Bezirk, der von der Niesholstraße, Nieder-Schöneberg, Brix, Rixdorf und dem Damme begrenzt wird, findet auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung, wonach die Zahl der Gemeindeverordneten um sechs vermindert wird, eine Verdrängungswahl statt, hier ist ein Angehöriger zu wählen. Dasselbe trifft für den 4. Bezirk zu, welcher von dem Damme, der Niesholstraße, der Wiener Brücke, dem Blutgraben und Rixdorf begrenzt wird. Es wird bei den bevorstehenden Wahlen Aufgabe der Arbeiterkassette sein, dafür zu sorgen, daß wir nicht nur das bisherige Mandat behaupten, sondern die beiden anderen noch neu hinzu erobern. Daher muß die kurze Spanne Zeit zu lebhafter Agitation ausgenutzt werden, damit auch

Treptow-Baumshulenberg gleich den vielen anderen Orten über einen erfreulichen Sieg der Sozialdemokratie berichten kann.

Mit der bevorstehenden Gemeindevahl beschäftigte sich ein gemeinschaftlicher Jahlabend des Ortsteiles Baumshulenberg im Lokal von Speer. Nach einem Vortrage des Genossen Rutz über Gemeindevahlangelegenheiten gab Genosse Ratow noch einen kurzen Bericht aus der Gemeindevertretung. Mitgeteilt wurde, daß einige Lehrer am Orte die Namen von Kindern, deren Eltern aus der Kirche ausgeschieden sind, an die Tafel aufschreiben sollen. Ein solches Gebaren wurde von den Versammelten scharf verurteilt. Bei den Ergänzungswahlen zum örtlichen Vorstand wurden gewählt: Genossin Zielmann als Vorsitzende, Genossin Vogel als Lokalkommissionsmitglied und Genosse Wege als Obmann der Bezirksleiter.

Nichtenberg-Friedrichsfelde.

Jugendauschuss. Heute, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Ertel, Nichtenberg, Pfarrstr. 74: Unpolitische öffentliche Versammlung. Die Jugend wird ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Tempelhof-Mariendorf.

Der vom Jugendauschuss veranstaltete Kursus „Der Mensch und seine Stellung in der Natur“ wird heute abend fortgesetzt. Herr Dr. G. Bab spricht im Lokal von Apelt, Tempelhof, Berlinerstraße 41/42, abends 8 Uhr, über „Die Gewebe des menschlichen Körpers“.

Tegel.

Die Gemeindevertreterversammlung am Montag nahm zunächst Kenntnis von dem Bedauungsplan der Gemeinde Hermsdorf, angrenzend an die „Freie Scholle“. Der Verdrängungsvertrag mit der Gutsherrschaft Schloß Tegel wird mit einigen Ergänzungen nunmehr zum Abschluß kommen. Dem Angebot der Königl. Regierung, den Dorfplatz für 1 Pfennig pro Quadratmeter, das sind 90,08 M., zu erwerben, wurde zugestimmt, desgleichen der Aufnahme einer Anleihe 1. zur Herstellung einer Wasserleitung östlich der Staatsbahn im Betrage von 110 000 M., 2. von 25 000 M. zur Auffstellung einer Akkumulatorenbatterie im Märtefeld; 3. zur Ausgestaltung einer Hypothek für Arealerwerb an der Schloßstraße von 40 000 M. Sämtliche Anleihen werden zu 4 Proz. Verzinsung und 3 resp. 2 Proz. Amortisation von der Kreisparlase aufgenommen. Von 88 Einsprüchen gegen die Richtigkeit der Wählerlisten wurden 8 als unbegründet zurückgewiesen, sämtlich wegen Steuerresten und verpatetem Einpruch. Hierbei entspann sich eine Debatte darüber, was man unter Schlafurkunden zu verstehen habe. Die Auffassung, daß das Verfügungsrecht über ein Zimmer zu jeder Zeit des Tages den Mieter als Schlafurkunde charakterisiere, wurde als richtig anerkannt. Zum Erlaß eines Nachtrages zur Grundsteuerordnung wurde prinzipiell die doppelte Höhe für den unbauten Grundbesitz beschlossen. Die Steuerquote soll aber erst bei der Etatsberatung festgelegt werden. Die am 20. September vorigen Jahres beschlossene Hundesteuerordnung ist vom Landrat beanstandet worden; einige redaktionelle Aenderungen wurden akzeptiert; der § 11a jedoch, der von der Steuerbefreiung handelt, wird als im alten Wortlaute unentbehrlich nochmals zur Genehmigung unterbreitet, weil der Effekt der Steuer in Frage gestellt würde, falls das Monium des Landrats zur Geltung käme. — In der Hauptstraße sollen fünf alte Bäume vor dem Neubau eines der Herren Schöffen das Dorfbild stören und beseitigen. Der Gemeindevorstand soll in Gemeinschaft mit einem Sachverständigen nochmals prüfen und wenn möglich die alten Bäume dem Dorfbild erhalten. — Das aufgelassene Securer macht der Gemeinde trotz des gewonnenen Prozesses viele Schmerzen. Der lose weisse Sand wird von den Bewohnern mit Leichtigkeit emporgehoben und in die benachbarten Straßen und Wohnungen getrieben; die Uferbefestigung und der Erwerb des Areal verhängt wiederum 120 000 M. und mehr, gärtnerische Anlagen und eventuell Baumalleen können erst in Angriff genommen werden, wenn das in der Mitte des Terrains stehende Bootshaus des Rudervereins „Germania“ entfernt ist. Der germanische Klub, dem zum Wiederaufbau ein Platz vor der Vorflut abzugeben überlassen werden soll, hat nun den Wunsch, von der Gemeinde mit 14 000 M. entschädigt zu werden, und seltamerweise haben die bürgerlichen Vertreter, die in ihrem Ortsblättchen nicht genug über die Mißwirtschaft der „Ordnungspartei“ zeteren können, an dieser Forderung nichts auszuheben; ja sie gehen noch darüber hinaus und wollen eine Anleihe garantieren, die es dem „germanischen“ Klub erleichtert, ein neues, architektonisch schönes Bootshaus zu errichten. Die Sache wurde nur bis zum April vertagt, um je nach der finanziellen Lage die Höhe der Entschädigung zu bemessen. Es folgte eine geheime Sitzung.

Weißensee.

Der Unfall des Herrn Professor Dr. Kemfies bildet augenblicklich den Gesprächsstoff der Vierbanphilister. In einer Verächtigung an die „Weißenseer Zeitung“ bestritt Herr R., seine Familie um Kindeszimmer eingeschlossen sowie seine Möbel demoliert zu haben. Aber fest steht, daß von Hausbewohnern polizeiliche Hilfe requiriert werden mußte, um die nötige Ruhe in der Wohnung des Herrn Professors wieder herzustellen. Auch ist seiner vorgelegten Behörde Bericht zugegangen. Herr Professor Dr. Kemfies ist schon seit einiger Zeit wegen nervöser Ueberreizung vom Dienste beurlaubt.

Rowatow.

Eine sonderbare Auffassung über seine pädagogischen Aufgaben scheint ein Lehrer an der hiesigen Fortbildungsschule zu haben. Der dort unterrichtende Lehrer Engel soll, wie uns mitgeteilt wurde, an allen patriotischen Festtagen — so auch am letzten Geburtstag des Kaisers — Gelegenheit nehmen, den Schülern stundenlange Vorträge über die Herrlichkeit des Deutschen Reiches und die angeblichen Verdienste der Hohenzollern um die Entwicklung desselben zu halten. In einer der letzten Unterrichtsstunden soll dieser patriotische Herr sogar ein Loblied auf das preussische Wahlrecht gefungen haben. Falls diese Mitteilungen zutreffen, verdient die Unterrichtsmethode dieses Lehrers die schärfste Zurückweisung, denn der Lehrplan der Fortbildungsschule gibt demselben in keiner Weise das Recht, die letztere als Ablagerungsstelle seiner überquellenden patriotischen Gefühle zu benutzen. Wie übrigens die Einwohnerschaft von Rowatow über das preussische Wahlrecht denkt, dürfte Herr Lehrer Engel wohl am Sonntag an dem imposanten Demonstrationszug bemerkt haben. Der Vorstand der Fortbildungsschule, der sich nächsten mit der Erörterung obiger Beschwerden zu befassen haben wird, wird hoffentlich dafür Sorge tragen, daß derartige patriotische Seitenprünge des Lehrers in Zukunft unterbleiben.

Briefkasten der Redaktion.

Die städtische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, letzter Eingang, vier Treppen, ~~11~~ ~~12~~ ~~13~~ ~~14~~ ~~15~~ ~~16~~ ~~17~~ ~~18~~ ~~19~~ ~~20~~ ~~21~~ ~~22~~ ~~23~~ ~~24~~ ~~25~~ ~~26~~ ~~27~~ ~~28~~ ~~29~~ ~~30~~ ~~31~~ ~~32~~ ~~33~~ ~~34~~ ~~35~~ ~~36~~ ~~37~~ ~~38~~ ~~39~~ ~~40~~ ~~41~~ ~~42~~ ~~43~~ ~~44~~ ~~45~~ ~~46~~ ~~47~~ ~~48~~ ~~49~~ ~~50~~ ~~51~~ ~~52~~ ~~53~~ ~~54~~ ~~55~~ ~~56~~ ~~57~~ ~~58~~ ~~59~~ ~~60~~ ~~61~~ ~~62~~ ~~63~~ ~~64~~ ~~65~~ ~~66~~ ~~67~~ ~~68~~ ~~69~~ ~~70~~ ~~71~~ ~~72~~ ~~73~~ ~~74~~ ~~75~~ ~~76~~ ~~77~~ ~~78~~ ~~79~~ ~~80~~ ~~81~~ ~~82~~ ~~83~~ ~~84~~ ~~85~~ ~~86~~ ~~87~~ ~~88~~ ~~89~~ ~~90~~ ~~91~~ ~~92~~ ~~93~~ ~~94~~ ~~95~~ ~~96~~ ~~97~~ ~~98~~ ~~99~~ ~~100~~ ~~101~~ ~~102~~ ~~103~~ ~~104~~ ~~105~~ ~~106~~ ~~107~~ ~~108~~ ~~109~~ ~~110~~ ~~111~~ ~~112~~ ~~113~~ ~~114~~ ~~115~~ ~~116~~ ~~117~~ ~~118~~ ~~119~~ ~~120~~ ~~121~~ ~~122~~ ~~123~~ ~~124~~ ~~125~~ ~~126~~ ~~127~~ ~~128~~ ~~129~~ ~~130~~ ~~131~~ ~~132~~ ~~133~~ ~~134~~ ~~135~~ ~~136~~ ~~137~~ ~~138~~ ~~139~~ ~~140~~ ~~141~~ ~~142~~ ~~143~~ ~~144~~ ~~145~~ ~~146~~ ~~147~~ ~~148~~ ~~149~~ ~~150~~ ~~151~~ ~~152~~ ~~153~~ ~~154~~ ~~155~~ ~~156~~ ~~157~~ ~~158~~ ~~159~~ ~~160~~ ~~161~~ ~~162~~ ~~163~~ ~~164~~ ~~165~~ ~~166~~ ~~167~~ ~~168~~ ~~169~~ ~~170~~ ~~171~~ ~~172~~ ~~173~~ ~~174~~ ~~175~~ ~~176~~ ~~177~~ ~~178~~ ~~179~~ ~~180~~ ~~181~~ ~~182~~ ~~183~~ ~~184~~ ~~185~~ ~~186~~ ~~187~~ ~~188~~ ~~189~~ ~~190~~ ~~191~~ ~~192~~ ~~193~~ ~~194~~ ~~195~~ ~~196~~ ~~197~~ ~~198~~ ~~199~~ ~~200~~ ~~201~~ ~~202~~ ~~203~~ ~~204~~ ~~205~~ ~~206~~ ~~207~~ ~~208~~ ~~209~~ ~~210~~ ~~211~~ ~~212~~ ~~213~~ ~~214~~ ~~215~~ ~~216~~ ~~217~~ ~~218~~ ~~219~~ ~~220~~ ~~221~~ ~~222~~ ~~223~~ ~~224~~ ~~225~~ ~~226~~ ~~227~~ ~~228~~ ~~229~~ ~~230~~ ~~231~~ ~~232~~ ~~233~~ ~~234~~ ~~235~~ ~~236~~ ~~237~~ ~~238~~ ~~239~~ ~~240~~ ~~241~~ ~~242~~ ~~243~~ ~~244~~ ~~245~~ ~~246~~ ~~247~~ ~~248~~ ~~249~~ ~~250~~ ~~251~~ ~~252~~ ~~253~~ ~~254~~ ~~255~~ ~~256~~ ~~257~~ ~~258~~ ~~259~~ ~~260~~ ~~261~~ ~~262~~ ~~263~~ ~~264~~ ~~265~~ ~~266~~ ~~267~~ ~~268~~ ~~269~~ ~~270~~ ~~271~~ ~~272~~ ~~273~~ ~~274~~ ~~275~~ ~~276~~ ~~277~~ ~~278~~ ~~279~~ ~~280~~ ~~281~~ ~~282~~ ~~283~~ ~~284~~ ~~285~~ ~~286~~ ~~287~~ ~~288~~ ~~289~~ ~~290~~ ~~291~~ ~~292~~ ~~293~~ ~~294~~ ~~295~~ ~~296~~ ~~297~~ ~~298~~ ~~299~~ ~~300~~ ~~301~~ ~~302~~ ~~303~~ ~~304~~ ~~305~~ ~~306~~ ~~307~~ ~~308~~ ~~309~~ ~~310~~ ~~311~~ ~~312~~ ~~313~~ ~~314~~ ~~315~~ ~~316~~ ~~317~~ ~~318~~ ~~319~~ ~~320~~ ~~321~~ ~~322~~ ~~323~~ ~~324~~ ~~325~~ ~~326~~ ~~327~~ ~~328~~ ~~329~~ ~~330~~ ~~331~~ ~~332~~ ~~333~~ ~~334~~ ~~335~~ ~~336~~ ~~337~~ ~~338~~ ~~339~~ ~~340~~ ~~341~~ ~~342~~ ~~343~~ ~~344~~ ~~345~~ ~~346~~ ~~347~~ ~~348~~ ~~349~~ ~~350~~ ~~351~~ ~~352~~ ~~353~~ ~~354~~ ~~355~~ ~~356~~ ~~357~~ ~~358~~ ~~359~~ ~~360~~ ~~361~~ ~~362~~ ~~363~~ ~~364~~ ~~365~~ ~~366~~ ~~367~~ ~~368~~ ~~369~~ ~~370~~ ~~371~~ ~~372~~ ~~373~~ ~~374~~ ~~375~~ ~~376~~ ~~377~~ ~~378~~ ~~379~~ ~~380~~ ~~381~~ ~~382~~ ~~383~~ ~~384~~ ~~385~~ ~~386~~ ~~387~~ ~~388~~ ~~389~~ ~~390~~ ~~391~~ ~~392~~ ~~393~~ ~~394~~ ~~395~~ ~~396~~ ~~397~~ ~~398~~ ~~399~~ ~~400~~ ~~401~~ ~~402~~ ~~403~~ ~~404~~ ~~405~~ ~~406~~ ~~407~~ ~~408~~ ~~409~~ ~~410~~ ~~411~~ ~~412~~ ~~413~~ ~~414~~ ~~415~~ ~~416~~ ~~417~~ ~~418~~ ~~419~~ ~~420~~ ~~421~~ ~~422~~ ~~423~~ ~~424~~ ~~425~~ ~~426~~ ~~427~~ ~~428~~ ~~429~~ ~~430~~ ~~431~~ ~~432~~ ~~433~~ ~~434~~ ~~435~~ ~~436~~ ~~437~~ ~~438~~ ~~439~~ ~~440~~ ~~441~~ ~~442~~ ~~443~~ ~~444~~ ~~445~~ ~~446~~ ~~447~~ ~~448~~ ~~449~~ ~~450~~ ~~451~~ ~~452~~ ~~453~~ ~~454~~ ~~455~~ ~~456~~ ~~457~~ ~~458~~ ~~459~~ ~~460~~ ~~461~~ ~~462~~ ~~463~~ ~~464~~ ~~465~~ ~~466~~ ~~467~~ ~~468~~ ~~469~~ ~~470~~ ~~471~~ ~~472~~ ~~473~~ ~~474~~ ~~475~~ ~~476~~ ~~477~~ ~~478~~ ~~479~~ ~~480~~ ~~481~~ ~~482~~ ~~483~~ ~~484~~ ~~485~~ ~~486~~ ~~487~~ ~~488~~ ~~489~~ ~~490~~ ~~491~~ ~~492~~ ~~493~~ ~~494~~ ~~495~~ ~~496~~ ~~497~~ ~~498~~ ~~499~~ ~~500~~ ~~501~~ ~~502~~ ~~503~~ ~~504~~ ~~505~~ ~~506~~ ~~507~~ ~~508~~ ~~509~~ ~~510~~ ~~511~~ ~~512~~ ~~513~~ ~~514~~ ~~515~~ ~~516~~ ~~517~~ ~~518~~ ~~519~~ ~~520~~ ~~521~~ ~~522~~ ~~523~~ ~~524~~ ~~525~~ ~~526~~ ~~527~~ ~~528~~ ~~529~~ ~~530~~ ~~531~~ ~~532~~ ~~533~~ ~~534~~ ~~535~~ ~~536~~ ~~537~~ ~~538~~ ~~539~~ ~~540~~ ~~541~~ ~~542~~ ~~543~~ ~~544~~ ~~545~~ ~~546~~ ~~547~~ ~~548~~ ~~549~~ ~~550~~ ~~551~~ ~~552~~ ~~553~~ ~~554~~ ~~555~~ ~~556~~ ~~557~~ ~~558~~ ~~559~~ ~~560~~ ~~561~~ ~~562~~ ~~563~~ ~~564~~ ~~565~~ ~~566~~ ~~567~~ ~~568~~ ~~569~~ ~~570~~ ~~571~~ ~~572~~ ~~573~~ ~~574~~ ~~575~~ ~~576~~ ~~577~~ ~~578~~ ~~579~~ ~~580~~ ~~581~~ ~~582~~ ~~583~~ ~~584~~ ~~585~~ ~~586~~ ~~587~~ ~~588~~ ~~589~~ ~~590~~ ~~591~~ ~~592~~ ~~593~~ ~~594~~ ~~595~~ ~~596~~ ~~597~~ ~~598~~ ~~599~~ ~~600~~ ~~601~~ ~~602~~ ~~603~~ ~~604~~ ~~605~~ ~~606~~ ~~607~~ ~~608~~ ~~609~~ ~~61~~

die von Ihnen angeordnete Aufhebung besteht sich auf Vermögensabfindung einer Dritten, nicht des Erblassers. — P. R. 100. 1. Der Verurteilte hat nichts zu zahlen, wird aber zu Arbeiten herangezogen. 2. Sein, insbesondere nicht solche, deren Angehörige miterben. — Schneider 1884. 1. Auf Grund Ihrer Darstellung ist der Mann nicht haltbar. 2. Ja, gegenüber der Frau. Der gerichtliche Anspruch verjährt in 30 Jahren. 3. Ansehend ja. Verjährungsfrist 5 Jahre. Verfolgung geschieht durch die Staatsanwaltschaft. 4. Wir raten zunächst zu einem zivilrechtlichen Vorgehen. 5. Es kann Ermächtigung erfolgen, wenn das Einkommen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist. Der Antrag ist an die Vermögenskommission zu richten. — G. 69. Dr. Anckel (fr. Anknüpfung) war von 1892 bis 1897 preussischer Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten. — H. 3. 600. Wir sind der Ansicht, daß für Sie gemäß § 183 a und aa die verbriefte Abfindungsfrist unwirksam und die sechsmonatliche zum Ablauf eines Kalenderjahres in Frage kommt. — O. R. 98. Wir raten Ihnen, sich mit Ihrer Anfrage an den Direktor des Getreideamts, Ingenieur Hasenost, Goldschmidtstraße 26 III zu wenden. — H. R. 86. Berlin, Neue Friedrichstraße 47. — C. G. 8.

Wenn durch die Befehle nicht lediglich die mit dem Geschäft zusammenhängenden Kosten gedeckt werden sollten, ja. — Paul S. 1. Ja. 2. Nein.

Leute und Diefutierklub „Südbot“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Reibhardt, Köppler Straße 58: Sitzung. Tagesordnung: Wahlergebnisse; Disposition. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leute- und Diefutierklub „Karl Marx“. Heute abend bei Dummel, Sophienstr. 5: Sitzung. Gäste willkommen.

Künftlicher Marktbericht der künftlichen Marktdirektion über den Großhandel in den Zentral-Marktblöcken. Markttag: Freitag. Futur genügend, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Bild: Futur knapp, Geschäft reger, Preise hoch. Geflügel: Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fische: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Futur genügend, Geschäft schleppend, Preise fast unverändert.

Witterungsüberblick vom 15. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Strombe	756	SW	4	bedeckt	1	Papartanda	750	SW	4	bedeckt	-1
Hamburg	752	SW	3	wolkig	-2	Vetersburg	770	SW	1	heiter	7
Berlin	756	SW	2	bedeckt	-3	Stettin	741	SW	4	wolkig	7
Konigsberg	753	SW	1	Dunst	-4	Aberdeen	732	SW	1	wolkig	2
München	760	S	2	wolkig	-1	Paris	747	S	5	Nebel	4
Wien	761	SW	2	Rebel	0						

Wetterprognose für Mittwoch, den 16. Februar 1910.
Etwas wärmer, vorwiegend trübe mit geringen Niederdrücken und frischen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 15. Februar.

Königl. Opernhaus. 8 Uhr. **Figaros Hochzeit.**

Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.

Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen.

Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.

Kammerspiele. Der Kaufmann von Venedig. (Anf. 8 Uhr.)

Umlauf 8 Uhr.

Berliner. Hohe Politik.

Seffing. Das Konzert.

Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil. (Anf. 7 1/2 Uhr.)

Reines. Der Philosoph von Sanssouci.

Westen. Die geschiedene Frau.

Nomische Oper. Die Land.

Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Trianon. Theodore u. Cle. Kleines. Der große Kame.

Reidens. Im Laubenschlag.

Thalia. Die Dollarprinzessin.

Schiller. Die Schöne. (Anf. 8 Uhr.)

Die Lärmen um nichts.

Schiller-Charlottenburg. Der Warrer von St. Georgen.

Friedrich-Wilhelmstädter. Flachsman als Erzieher.

Rachmills. 8 1/2 Uhr: Die Jungfrau von Orléans.

Volksoper. Lindine.

Luisen. Der Weidenkrieger.

Marie. Maria Stuart.

Lustspielhaus. Der dunkle Punkt.

Metrov. Geloch!! — Die große Neude.

Gottes Gabrice. Der Luftturner.

Neuer bunter Teil. Herr Wassertröpf. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Casino. Der Oberbauer.

Gebel. Herrfeld. So muß man's machen. Eine Uebergangsehe.

Rebelle. Kavaliere. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Moaks. Eine Lie.

Stadttheater Moabit. Geschlossen.

Parodie. Lohengrin. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Wp. Der Liebeswalzer. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Palast. Spezialitäten.

Wagner. Spezialitäten.

Karl Haverland. Spezialitäten.

Walhalla. Spezialitäten.

Buggenbogen. Spezialitäten.

Urania. Laubenschlag 14/49.

Nachm. 4 Uhr: In den Dolomiten.

Abends 8 Uhr: Wissenschaftlicher Verein: Prof. Philippson: Die Natur des Mittelmeergebietes und ihr Einfluss auf die Bewohner und Geschichte.

Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Salpetersäure und die Gewinnung von Stickstoffverbindungen aus der atmosphärischen Luft.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Mittwoch 4 Uhr: **In den Dolomiten.** Uhr: Wissenschaftlicher Verein: Prof. Philippson: Die Natur des Mittelmeergebietes und ihr Einfluss auf die Bewohner und Geschichte. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Rathgen: Salpetersäure und die Gewinnung von Stickstoffverbindungen aus der atmosphärischen Luft.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.). Mittwoch, abends 8 Uhr: **Viel Lärmen um nichts.** Lustspiel in 5 Akten v. W. Schaferspeare. Ende 10 1/2 Uhr. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Viel Lärmen um nichts.** Freitag, abends 8 Uhr: **Der Pfarrer v. St. Georgen.**

Schiller-Theater (Charlottenburg). Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der Pfarrer v. St. Georgen.** Schauspiel in 5 Aufzügen von Heinrich Weiler. Ende 10 1/2 Uhr. Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Pfarrer v. St. Georgen.** Freitag, abends 8 Uhr: **Geschäft ist Geschäft.**

Zirkus Schumann. Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **Novität für Berlin: Mons. Romanoff der phänomenale Kopf.** The Franklins **fliegende Akrobaten.** Bagonghi, der kleinste komische Reitanfänger der Welt, 20 Jahre alt, 18 Rilo schwer. Auftreten des Kommissionsrats **Gustav Stensbeck** als Gast mit seinen neuen hervorragenden Schulpferden. Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr: **Die drei Rivalen.** Große Fecre in 5 Akten aus der Gugenottentzeit.

Zirkus Busch. Neute Mittwoch, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: **Großer Gala-Abend.** Auftreten von: Theresia Ffills, James Leon Ffills jun., Heinrich Ffills in ihren Produktionen der hohen Schule. **Mc Danell Co.** Skandinavischer Sport-Akt. Ski, Rodol und Rollschuhe. Mr. Jacob, Foxterrier-Dross. Herr E. Schumann, Moistordross. Zwergclown François, Kunst. Reiterfamilie Prosperi usw. 9 Uhr on. Ende ca. 11 Uhr. **Marja.** Pantomime.

Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin! **50 wilde Weiber.** Männer, Kinder. **Drei Negerdörfer.** Ohne Extra-Entree!

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 20. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelstr. **Zur Feier des 11. Stiftungsfestes: Heiterer Abend.** Mitwirkende: **Bozena Bradsky,** Gesang. **Robert Koppel,** Gesang und Regitation. **James Rothstein,** Klavierbegleitung. **Nachdem: Tanz.** **Billetts à 50 Pf.** sind zu haben bei Frau Jordan, Rübecker Straße 43, Frau Klotzsch, Büchlerstr. 1, Frau Köhler, Schreinerstr. 58, Frau Kullcke, Brinzenstr. 102, Frau Panoram, Vappellasse 76, Frau Zaehne, Loryingstr. 88, und am Vereinsabend. **Kinder unter 14 Jahren haben keinen Eintritt.** **Am Donnerstag, den 17. Februar, im „Neuen Klubhause, Kommandantenstraße 72: Versammlung.** Vortrag des Vizepräsidenten Herrn M. Steiner. Thema: „Die wichtigsten Merkmale der historischen Epochen.“ Zahlreicher Besuch dieser Veranstaltungen erwünscht. — Gäste herzlich willkommen. [55/4*] **Der Vorstand.**

CIRCUS SARRASANI. Alter Botan. Garten. Eingang Grunewaldstr. Täglich abends 8 Uhr: **Gala-Vorstellung.** — Mittw. u. Sonnabend, Sonntag und Festtage: **2 Vorstellungen** mit durchaus gleich reichhaltig. Programm nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr. Zu den Nachm.-Vorstell. zahlen Kinder unter 14 Jahr. u. Militär b. z. Feldweibel halbe Preise.

Folies Caprice. Der Luftturner. Neuer bunter Teil. Herr Wasserkropf. Anfang 8 1/2 Uhr. Gewerf. 11—2 Uhr.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr. **Gussy Holl.** **Lamborg.** **Schneider Duncker.** (prolongiert) **und das neue Februar-Programm.** 14 Varietè-Attraktionen.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage, 8 Uhr: **Theodore & Cle.** Sonntag nachm.: **Pariser Witwen.**

Neue Welt. Casenheide. Mittwoch, den 16. Februar 1910: **Sherlock Holmes.** Defektivkomödie in 4 Akten. Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater. **Hallo!!!** Die große Revue! In 8 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schulte. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Herrnfeld Theater. Kommandantenstr. 57. T. U. 4, 5063. Zum 8. Male: **Eine Uebergangsehe.** Zum 107. Male: **So muß man's machen** mit Anton und Donat Hornfeld. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11 bis 2 Uhr. Sonntag nachmittag 4 Uhr: **Meine-Deine Tochter.**

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: **Im Laubenschlag.** Schwank in 3 Akten von Hennequin und Weber. Morgen und folgende Tage: **Dieselbe Vorstellung.** **Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.** Mittwoch, den 16. Februar, 8 1/2 Uhr: **Die Jungfrau von Orléans.** Abends 8 1/2 Uhr: **Flachsman als Erzieher.** Donnerstag: **Geloch.**

Tonbild-Theater. Reform-Kind. Heute neues Programm. Hervorragende Darbietungen. 8. Platz 20 Pf. Kind. 10 Pf. ohne Nachzahlung. Dauervorstell. v. 4—11 Uhr. Reinkendörfer Str. 26—27. Ecke Weddingstraße.

ORPHEUM. SO. BRÜCKENSTR. 2. an der Jannowitzbrücke. Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne. 650 Sitzplätze. Feenhaftes Ausstattungsprogramm. **Beginn: Wochentags 4 Uhr. Sonntags 2 „**

WINTERGARTEN. Das drollige Faschings-Programm ein großer Erfolg! **Robert Steidl!** Der Vampir-Tanz! **Marionetten-Theater!** (Schicht) sowie die Februar-Attraktionen! **Casino-Theater.** Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr: **Nur noch bis 25. Februar: Der Oberbauer.** Sonnabend, den 19. Februar: **Zum 1. Male: Berlin bei Nacht.** Sonnt. 4 Uhr: **Mutter Gräber.**

Königstadt-Kasino. Holmarstraße 72. Täglich: **Franz Sobanski.** Rez. v. G. Troselli, Handstand. alt. The Frankon, Gexentri-Duo. Little Julius, Amstidolopfeiler. Prologier: Billor Ritter, William Weston und Son,itty Welt usw. **Kamerad Schruppke.** 8-He in einem Akt v. R. Reichardt.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: **Der Weidenkrieger.** Lustspiel in 4 Akten von G. v. Moser. Donnerstag: **Gib mich frei.** Freitag: **Vater und Sohn.** In Vorbereitung: **Was Gott zusammenfügt.**

Eröffnung Freitag mittag 2 Uhr. **XIV. Deutsche Nationaler Geflügel-Ausstellung.** verbunden mit einer all-Vogel u. Karintchen-Ausstellung. **Ausstellungshallen am Zoo 18.-21. Februar Berlin 1910.** Eintritt Freitag 2 M., sonst 1 M. Geöffnet 8—8 Uhr. **Arnold Scholz Neue Welt Hasonheide 108/114** **Täglich im großen Saal: Bockbierfest in den bayerischen Alpen.** Donnerstag, den 17. Februar: **Prämierung der längsten Damenhaare.** **Brauerei Friedrichshain am Königstor.** Größte Schenkwürdigkeit Berlins. Heute Mittwoch: **Elite-Tag!** Gratüßverlosung von 100 Wertgegenständen. Jeder Besucher erhält ein Los gratis. **Größter Bock-Jubel und Trubel „Auf der Alm“.** Der berühmteste Festwitz **Schorsch Ehrengreber** mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München. **Vorverkauf haben volle Galtigkeit.** **Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.**

Buggenhagen am Monbijouplatz **8 Uhr.** **Lehter Tag der Leichtgewicht.** Konturrenz. 9 1/2 Uhr: **Entscheidungs-Kampfung.** **Pein-Berlin geg. Zauerer-Ringsen.** Hinterher Proklamation der Sieger und öffentliche Preisverteilung. **Im unteren Saal: Großes Bockbier-Kellerfest mit Doppel-Konzert.** **W. Noacks Theater** Seemannstr. 16, am Rosenthaler Tor **Zum letzten Male: Die Anna-Lise.** Lustspiel in 5 Akten. Donnerstag: **Extra-Vorstellung: Dorf und Stadt.**

Palast-Theater. Direktion: Robert Hill & Karl Pinnas. Burgstraße 24, am Bahnhof Börse. **Das brillante Februar-Programm! 14 Attraktionen ersten Ranges.** **Der Ehemann vor der Tür,** oder: **Die überlistete Kattippe.** Anfang 8 Uhr. **Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.** Vorzugskarten abwärts zu haben.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Bei aufgehob. Abonnement: **Maria Stuart.** Trauerspiel in 5 Akten von Schiller. Donnerstag, Freitag: **Der Eisenbehänder.** **Lustspielhaus.** Abends 8 Uhr: **Der dunkle Punkt.** **Reichshallen-Theater.** StettinerSänger. Der Nachwächler von Zerpenschenfleue. D. F. Meyer. Anfang: **Sonnt. 8 Uhr.** **Sonntags 7 Uhr.** **Billetts sind 8 Tage vorher.**

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. **Donnerstag, den 17. Februar 1910:** **Zum 1. Male: Größter Schläger!** **Charleys Tante.** **Vaskevarious haben zu dieser Vorstellung keine Galtigkeit.**

Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 10-20, Rosenthaler Tor. **Anfang 8 Uhr.** **Die eigenartigen Februar-Spezialitäten.** **Tunnel: Wackpiefest.** **Regimentskapelle.** **Schülerchor.** **Theaterbesucherer freier Eintritt!** **Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.**

Lessing-Theater. Mittwoch, 8 Uhr: **Das Konzert.** Donnerstag, 8 Uhr: **Das Konzert.** Freitag, 8 Uhr: **Tantris der Rarr.** **Berliner Theater.** Heute: **Hohe Politik.** 8 Uhr. Morgen: **Venion Schöller.** **Neues Theater.** Abends 8 Uhr: **Der Philosoph von Sanssouci.** Morgen und folgende Tage: **Der Philosoph von Sanssouci.** **Volksoper.** SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: **Urdine.** **Theater des Westens.** Abends 8 Uhr: **Die geschiedene Frau.** Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Der Heide Bauer.** **Neues Operetten-Theater.** Heute und folgende Tage 8 Uhr: **Der Graf von Luxemburg.** Operette in 3 Akten v. Franz Lehar. Sonntag 3 Uhr: **Der Zigeunerbaron.** **Apollo Theater.** 8 Uhr: **Die neuen Spezialitäten.** 8 1/2 Uhr: **Der Liebeswalzer.** Operette in 3 Akten. **Muff von G. W. Fiedler.** **Konrad Dreher a. G.**

